Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (2.7.2012)

Sand im Getriebe 96

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/ Einzelne Artikel: http://sandimgetriebe.attac.at Mail: sig@attac.de

Kräfte sammeln für ein anderes Europa



Der Euro in der Krise, eine Konferenz jagt die andere angesichts der Turbulenzen auf den wildgewordenen Finanzmärkten: der Kapitalismus und seine Diener und Lakaien bekommt den Zauberlehrling, seine Finanzmärkte, nicht in den Griff: Ratlosigkeit und Konfusion allerorten.

Die Enttäuschung über die internationalen Konferenzen (**G20** in Mexiko und **Rio+20** in Brasilien) ist riesengroß. In Mexiko konnten sich die großen Wirtschaftsmächte auf fast nichts außer einem Grupppenfoto einigen. Nur mühsam konnten Währungskriege und neuer Protektionismus verschoben werden. **Peter Wahl** stellt fest: "*Die USA sind noch die Nr. 1, aber deutlich angeschlagen. Die Schwellenländer befinden sich in Aufholjagd, und die EU steigt in die zweite Liga ab. Wir erleben den Anfang vom Ende der 500-jährigen Epoche der Dominanz des Westens über den Rest der Welt. Das merkt man auch auf G20-Gipfeln*" -->

In **Europa** kristallisiert sich aus der allgemeinen Unüberschaubarkeit ein neuer linker Konsens heraus („Europa neu begründen"), der sich auch schon in Verschiebungen politischer Strukturen z.B. in Frankreich und Griechenland (Syriza) manifestiert. **Yorgos Mitralias** analysiert den erstaunlichen Aufstieg der u.a. aus der Sozialforumsbewegung hervorgegangenen „**SYRIZA**", die „ *zum Schreckgespenst für die Großen dieser Erde und zur Hoffnung für die Kleinen und Entrechteten in Griechenland und sogar europaweit wurde."* Ein Vorbild für andere europäische Länder? **Conrad Schuhler** fragt: „*Wird es gelingen, über die nationalen Grenzen hinweg eine europäische Bewegung für soziale Politik und Demokratie zu entwickeln, die die Spar- und Schrumpf- politiker zur Kurskorrektur zwingen kann*?" Der erste Schritt in diese Richtung bleibt die Ablehnung von Fiskalpakt und ESM. **Jean-Marie Harribey** und andere stellen fest: „*Der **ESM ist kein** Mechanismus der europäischen Solidarität."* **Attac Frankreich** fordert in einem Brief an den neuen Präsidenten Hollande ein **Referendum** zum Fiskalpakt. **Attac Österreich** lehnt eine Politik ab, *„die an den Ursachen und der falschen Krisenpolitik der EU nichts Grundlegendes ändert…Europa braucht eine Demokratieoffensive und eine neue identitätsstiftende Leitidee, in deren Zentrum Solidarität und Demokratie stehen. **Europa muss sich neu begründen!**"* Das hatte **Ignacio Ramonet** und andere schon vor einigen Jahren gefordert, als einen von vier Bausteinen für die Schaffung einer wirklich **multipolaren Welt:** „*Europa schlägt den Weg des Sozialaufbaus ein, also eines langwierigen Übergangs zu einem weltweiten Postkapitalismus und fängt an, definitiv seiner imperialistischen Vergangenheit und Gegenwart den Rücken zu kehren*".

Es besteht die Gefahr, dass angesicht des Chaos der kapitalistischen Ökonomien die Schicksalsfrage der Menschheit in den Hintergrund gerät: wie kann unsere destruktive Wirtschaftsweise so **transformiert** werden, dass sie sich nachhaltig mit dem Ziel globaler Gerechtigkeit entwickeln kann. Das war das Thema von „Rio+20". Einige der größten Verschmutzer-Staaten hatten es noch nicht einmal nötig, ihre Staatschefs zu schicken (Obama,Merkel). Immerhin wurde der Grundsatz „*Gemeinsame aber differenzierte Verantwortung*" beibehalten, der dem entwickelten Norden die Verpflichtung auferlegt, Platz zu machen für die Entwicklung des Südens. Die internationale Arbeiterbewegung in Gestalt des **Internationalen Gewerkschaftsbundes (ITUC)** hatte zum Verhältnis von sozialen und ökologischen Forderungen Stellung bezogen „*In der Erkenntnis, dass unser gegenwärtiges profitgetriebenes Produktions- und Konsummodell als die Ursache wachsender sozialer Ungerechtigkeiten und Umweltzerstörung identifiziert wurde und abgelöst werden muss, wenn eine wahrhaft nachhaltige Entwicklung erreicht werden soll",* verlangt sie danach, *„dass wir uns dem Ziel des Übergangs hin zu einem nachhaltigen Entwicklungsmodell verschreiben…";* dafür ist u.a. *eine „strenge Regulierung der Märkte"* notwendig. Wir dokumentieren unterschiedliche, zumeist enttäuschte Auswertungen von Rio+20, u.a. von **Alliance Süd** (Schweiz) und **BUND**.

Der deutsche Bundespräsident Joachim **Gauck** hat am 12. Juni 2012 beim Antrittsbesuch in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg eine skandalöse Rede gehalten, die wohl zur ideologischen Begründung gegenwärtiger und zukünftiger Kriege dienen soll. Er beklagt, dass es in *„unserer glückssüchtige Gesellschaft…nicht genug Bereitschaft zur Hingabe"* gebe. Für ihn befördert ausgerechnet das Militär *"das große ‚Wir', ohne das ein dauerhafter Friede nicht möglich ist."* Seine Rede rief zahlreiche Proteste hervor, die sich gegen die Banalisierung und Rechtfertigung der Kriegseinsätze der Bundeswehr richten. Eugen **Drewermann**: „*Was die Bundeswehr verteidigt, sind nicht die Menschenrechte und ganz bestimmt nicht die Freiheit in der Welt. Die Osterweiterung der NATO bis nach Georgien, Kasachstan, Kirgisien hat einen einzigen Zweck: Die Verteidigung der Interessen des Kapitalismus und die geostrategische Einkreisung von Indien und China.*"

Der Aufschrei gegen die **Panzerlieferungen** nimmt zu. Peter **Grottian** berichtet: „*Inzwischen gibt es ein beeindruckendes, noch nie dagewesenes buntes Bündnis von über 120 Gruppen in der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel«".* Es ist ein Schrei gegen den militärisch-industriellen Komplex, eine Warnung vor einem neuen kalten Krieg, ein Ruf für eine andere, friedliche und egalitäre Welt**.**

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! <u>Coorditrad braucht noch Unterstützung!</u> **www.coorditrad.attac.org**

Wir verschicken gedruckte Exemplare von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.

Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) ;
Online-Fassung: Barbara Waschmann (Attac Österreich)

Konferenz Rio+20

Internationaler Gewerkschaftsbund

Was die internationale Arbeiterbewegung von Rio+20 fordert

Wir veröffentlichen hier die Erklärung, mit der sich wichtige Akteure der internationalen Arbeiterbewegung ***vor*** *der Rio+20 Konferenz „Umwelt und nachhaltige Entwicklung" zu Wort gemeldet hatten. Ziemlich enttäuscht vom Verlauf dieser Konferenz haben sie* ***nach*** *der Konferenz (S. 7) ihre Einschätzung zusammen gefasst.(SiG)*
„Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB, englisch ITUC)) ist die wichtigste internationale Gewerkschaftsorganisation, die die Interessen von Beschäftigten weltweit vertritt. Der IGB wurde bei seinem Gründungskongress vom 1.-3. November 2006 in Wien (Österreich) gegründet. Er setzt sich zusammen aus den früheren Mitgliedsorganisationen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) und des Weltverbandes der Arbeitnehmer (WVA) sowie aus Gewerkschaftsorganisationen, die zuvor keinem Weltverband angeschlossen waren. Der IBFG und der WVA haben sich am 31. Oktober 2006 aufgelöst und somit den Weg für die Gründung des IGB frei gemacht." Vorsitzender: Michael Sommer, DGB (Aus „über uns" http://www.ituc-csi.org/about-us.html)

Die folgende Resolution wurde verabschiedet auf der 2. Gewerkschaftsversammlung zu Arbeit und Umwelt in Rio de Janeiro, Brasilien, (11.-13. Juni 2012), veranstaltet von **Sustainlabour**, dem Internationalen Gewerkschaftsverband (**ITUC**), und dem Gewerkschaftsverbund Nord-, Mittel-, und Südamerika (**TUCA**), in Anwesenheit von 396 Delegierten von 66 Organisationen aus 56 Ländern.

Rio de Janeiro, 13. Juni 2012

In der Hoffnung, dass die an der UNO-Konferenz für nachhaltige Entwicklung (Rio+20) teilnehmenden Regierungen sich auf **konkrete Schritte** einigen werden, die in verbindliche Vereinbarungen **umgesetzt** werden und die Beendigung der Armut, die Achtung der sozialen und gewerkschaftlichen Rechte und den Schutz der Umwelt gewährleisten;
In der Erkenntnis, dass unser gegenwärtiges profitgetriebenes Produktions- und Konsummodell als die **Ursache** wachsender sozialer Ungerechtigkeiten und Umweltzerstörung identifiziert wurde und abgelöst werden muss, wenn eine wahrhaft nachhaltige Entwicklung erreicht werden soll;
Im Bewusstsein der gegenwärtigen und zukünftigen **Auswirkungen der Umweltzerstörung** sowohl auf Gesundheit, Einkommen, Arbeitsplätze und das Wohlbefinden von Arbeitnehmern und Gemeinschaften, insbesondere der ärmsten von ihnen, als auch auf unsere Möglichkeiten, Wohlstand, Chancengleichheit und anständige Arbeit für Frauen und Männer zu erreichen;

sind wir zutiefst besorgt wegen der Folgen von Nahrungsmittel- und Klimakrisen, der Verschmutzung der Meere und Landmassen, der Beschleunigung des Artensterbens.

Wir wissen um die Notwendigkeit, das universelle Recht auf Zugang zu grundlegenden Ressourcen, Waren und Dienstleistungen wie Trinkwasser, Energie, Sicherheit, und Ernährungssicherheit im Rahmen der Ressourcen unseres Planeten zu garantieren;

Wir erkennen den dringenden Handlungsbedarf **angesichts** der Risiken und der tatsächlichen Auswirkungen des durch den Menschen verursachten Klimawandels für das Leben auf dem Planeten.
Wir verlangen Massnahmen, die einen Anstieg der Durchschnittstemperatur um mehr als 1,5 °C verhindern, und zwar auf der Grundlage der im „Fifth Assessment report of the Intergovernmental Panel on Climate Change" (IPCC) enthaltenen Empfehlungen.

Wir sind zutiefst **beunruhigt** angesichts der Daten, die zeigen, dass fast 60% der Arbeitskräfte weltweit kein sicheres Arbeitsverhältnis haben und dass 75% der Weltbevölkerung keine soziale Absicherung hat, sowie über die Statistiken zur Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, die darauf hinweisen, dass - sogar ohne Berücksichtigung der Dunkelziffern - alle 15 Sekunden ein Arbeitnehmer durch eine durch den Arbeitsplatz bedingte Erkrankung oder einen Arbeitsunfall ums Leben kommt; dass alle 15 Sekunden 160 Arbeitnehmer Opfer eines Arbeitsunfalls werden. Dies alles wird noch verschlimmert durch das neoliberale Modell, das Veränderungen in den Arbeitsbedingungen brachte (unter anderem Schattenwirtschaft und informelle Beschäftigung, Outsourcing, Leiharbeit, Sonderwirt-schafts- und Freihandelszonen) und das zu einem stetig wachsenden Prekariat geführt hat.

Wir sind **besorgt** über der Tatsache, dass zwanzig Jahre nach dem Gipfel in Rio 1992 die Umwelt- und Gesellschaftskrisen sich **verschlimmert** haben und die Verhandlungen über nachhaltige Entwicklung nicht zu den

Kompromissen geführt haben, die positive Veränderungen der Produktions- und Konsummodelle einleiten könnten. Im Gegenteil wurden die rechtlichen Grundlagen gelegt für die Überführung von Gemeingütern, der Natur und ihrer Funktionen in Handelswaren und zu ihrer Finanzialisierung;

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Gewerkschaftsbewegung sich weltweit mit völlig unterschiedlichen Situationen konfrontiert sieht. Das betrifft das Recht, sich zusammen zu schließen, sich gewerkschaftlich zu organisieren und Kollektivverhandlungen zu führen. Das betrifft den gesellschaftlichen Dialog um anständige Arbeit. Das betrifft die Tatsachen, dass in vielen Ländern das verantwortungslose Verhalten bestimmter nationaler und internationaler Unternehmen und die unverantwortlichen Strukturreformen zur Verletzung der **Rechte der Arbeitnehmer** und der Gewerkschaften führen. Darüberhinaus sind diese Rechte, die einmal gewährleistet waren, nun durch Sparpolitik und Sparkurse bedroht. Zudem sind wir überzeugt, dass die Bekämpfung von Sozialdumping gleichbedeutend ist mit dem Schutz unseres Planeten.

Wir sind überzeugt davon, dass **die Gewerkschaftsbewegung eine entscheidende Rolle spielt im Kampf um ein alternatives Entwicklungsmodell** für unsere Gesellschaften auf der Grundlage der Bedürfnisse der Menschen, der Solidarität, der Wirtschaftsdemokratie und der gerechten Verteilung von Reichtum. Ein Modell, in dem alle Bürger ihre Menschenrechte verwirklicht sehen, während zugeich die Bewahrung unseres Planeten für zukünftige Generationen sichergestellt ist.
Gewerkschaften haben auf allen Ebenen Fortschritte erreicht, besonders seit 2006 während der Ersten Gewerkschaftsversammlung zu Arbeit und Umwelt. Das zeigt sich anhand einer Sammlung von Musterbeispielen, die während dieses Treffens vorgestellt wurden. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst, den Grad an Gewerkschaftsbeteiligung an diesen Themenkomplexen über das gegenwärtige Maß hinaus zu steigern.

Wir sind uns darüber einig:

- Es gibt einen inneren **Zusammenhang** zwischen sozialem Fortschritt, dem Schutz der Umwelt und anständiger Arbeit. Die volle Verwirklichung einer Dimension ist ohne die der anderen nicht möglich.
- Der **historische Auftrag** der Gewerkschaftsbewegung, die Würde von Arbeitnehmern und ihre Freiheit und soziale Gleichstellung sicherzustellen, verlangt danach, dass wir uns dem Ziel des Übergangs hin zu einem nachhaltigen Entwicklungsmodell verschreiben; ein Übergang, der unverzüglich beginnen muss. Behörden, Ministerien und öffentliche Ämter sind aufgefordert, die Richtlinien, denen sie international verpflichtet sind, auf allen wichtigen Ebenen umzusetzen, und einen rechtlich verankerten Übergang in Gang zu bringen, der Gerechtigkeit zwischen und innerhalb der einzelnen Ländern, zwischen den Generationen und den Geschlechtern gewährleistet.
- Es muss sichergestellt sein, dass Gemeingüter, Rohstoffe und Energieressourcen öffentliches Eigentum werden und bleiben, und dass ihre Erhaltung und Verwaltung für die Allgemeinheit durch gesellschaftliche Kontrolle abgesichert ist.
- Ohne Demokratie und ohne eine verantwortungsbewusste Politik - das heisst: Transparenz, Gerechtigkeit, Verantwortlichkeit, Konfliktbewältigung, Korruptionsbekämpfung und Bürgerbetei-ligung - und ohne strenge Regulierung werden die Märkte sich auch weiterhin in der für das heutige Wirtschaftsmodell typischen sozial und ökologisch räuberischen Art benehmen, die das gegenwärtige Gesellschaftsmodell kennzeichnet.
- Sozialer Schutz ist ein Menschenrecht und ein grundlegender Bestandteil sozialer Gerechtigkeit. Das Recht auf soziale Sicherheit ist eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Notwendigkeit auf dem Weg zu Entwicklung und Fortschritt.
- Die Gesundheit und die Sicherheit der Arbeitnehmer, ihrer Familien und ihrer Gemeinschaften einerseits, und der Schutz der Umwelt andererseits sind zwei Seiten derselben Medaille. Die Gewerkschaftsbewe-gung glaubt, dass die Gesundheit der Arbeitnehmer ein Bestandteil des Rechts auf soziale Sicherheit ist und in die Verantwortung des Staates gehört.. Sichere und geschützte Arbeitsplätze sind daher unabdingbar, wenn wir uns in Richtung auf würdige Arbeit und Gerechtigkeit und Gleichstellung hin bewegen, die ja die Ecksteine nachhaltiger Entwicklung sind.
- Damit die Gewerkschaftsbewegung Antriebskraft des nötigen gesellschaftlichen Umbruchs sein kann, muss alles getan werden, um Gewerkschaften auf allen Ebenen zu stärken und Nachhaltigkeitsthemen in Gewerkschaftsstrategien einzubeziehen.

Wir fordern die Regierungen dazu auf,

- die auf Regierungsebene ausgehandelten und vereinbarten Kompromisse in den Bereichen nachhaltige Entwicklung und Umwelt zu respektieren und umzusetzen, wie die Rio-Erklärung, die Agenda 21, den Johannesburger Implementierungsplan, die Konventionen zu Klimaschutz, Artenvielfalt und Desertifikation, sowie die Instrumentarien zum Umgang mit chemischen Produkten, sowie die Konventionen von Rotterdam, Basel und Stockholm.
- ·eine grundlegenden Tranformation aller Wirtschaftssektoren einzuleiten, um den Fortbestand des Planeten, seiner Bewohner und zukünftiger Generationen sicherzustellen.

Dies bedeutet, in saubere erneuerbare Energien zu investieren, den öffentlichen Verkehr und nachhaltige Mobilität zu entwickeln, effiziente Modernisierung des Baubestands anzustoßen; ökologische Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft zu fördern; Abfälle wiederzuverwerten und Systeme der Kreislaufwirtschaft zu fördern.

- Strategien zu entwickeln für einen gerechten Wandel durch eine Politik, die den Transformationsprozess wirtschaftlicher Aktivitäten unterstützt und neue Möglichkeiten für grüne und hochwertige Arbeitsplätze entwickelt, mit dem Ziel, ein Ergebnis zu erreichen, das ökologisch tragfähig ist, das Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit schafft, und das gleiche Chancen auch für Frauen und Jugendliche garantiert.

- Investitionen von mindestens 2% des Bruttosozialprodukts in Sektoren zu fördern, die die Auswirkungen der Produktion auf die Umwelt sowie die Folgen von Naturkatastrophen mildern und grüne und hochwertige Arbeitsplätze schaffen. In Rio muss sich eine Strategie durchsetzen, die anständige Arbeitsverhältnisse für alle zum Ziel hat, mit besonderer Betonung der Bekämpfung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, der Reduzierung der Arbeitslosigkeit und der Erhöhung des Anteils der grünen und hochwertigen Arbeitsplätze sowie der Verwirklichung der Gleichberechtigung der Geschlechter.

- anzuerkennen, dass sozialer Schutz ein Menschenrecht ist, im Sinne der ILO Konvention 102 zur sozialen Sicherheit (Mindeststandards) und der ILO Empfehlung 202 zu staatlichen sozialen Mindestabsicherungsniveaus, und soziale Absicherung bereitzustellen, zu vereinfachen und auszubauen.
Die Leistungen sollten bedingungslos, ausreichend hoch und sicher sein, und die finanzielle Nachhaltigkeit sozialer Absicherungssysteme muss gewährleistet sein und von der Einbeziehung der Gewerkschaften in ihre Gestaltung und Führung profitieren.
In Rio müssen sich die Regierungen auf das Ziel der sozialen Absicherung für alle bis zum Jahr 2030 verpflichten, zum allermindesten auf dem Niveau der sozialen Existenzsicherung, und die nötigen Ressourcen bereitstellen, dies auch in den ärmsten Ländern umzusetzen.

- eine Finanztransaktionssteuer auf globaler und regionaler Ebene einzuführen, deren Ertrag zum Teil zum Kampf gegen den Klimawandel und zur Entwicklung und Regulierung des Finanzsektors beitragen würde.

- eine ehrgeizige und juristisch verbindliche Vereinbarung unter der UN- Rahmenkonvention zum Klimawandel (United Nations Framework Convention on Climate Change UNFCCC) einzugehen, um irreversible Änderungen des Klimasystems zu verhindern, mit der Verpflichtung zur stetigen Emissionsverringerung nach dem Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeiten und Fähigkeiten; Anpassungsstrategien nach den Bedürfnissen von Gemeinschaften umzusetzen; die angemessenen, einplanbaren und zusätzlichen Ressourcen für Umsetzung, Anpassung und Ausbau zuverlässig und von UN-Organisationen verwaltet bereitzustellen.

- politische Massnahmen systematisch in Bezug zu ihren Auswirkungen auf den Klimawandel zu setzen, und die gewerkschaftliche und gesellschaftliche Beteiligung am gesamten Entscheidungsprozess zu garantieren.

- der ILO ein Mandat zur Entwicklung der Debatte über den gerechten Wandel mit guter Arbeit zu erteilen, mit dem nötigen Handlungsspielraum, nachhaltige Entwicklung zu steuern.

- mindestens die Ratifizierung und/oder Umsetzung aller ILO- Schlüsselkonventionen, sowie der Konventionen 81, 102, 135, 140, 151, 155, 162, 167 und 199, der Regulierungen und Normen, die sich mit sozialer Absicherung , Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und dem Gebrauch von Chemikalien befassen, sowie der relevanten Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO), und sicherzustellen, dass letztere von allen nationalen und internationalen Arbeitgebern eingehalten werden.

- neue Gesetze für den Arbeitssektor zu schaffen, bestehende Gesetze zu stärken und die Schaffung grundlegender kollektiver Verhandlungsinstru-mentarien sicherzustellen, mit Zugang zu den Arbeitsstätten, ordentlichen Kontrollen derselben, und demokratischer Mitbestimmung.

- staatliche Richtlinien zu entwickeln, die Gesundheit und Sicherheit von Arbeitskräften garantieren, und ebenfalls das Recht auf Auskunft über die Eigenschaften und Wirkungen von Chemikalien, sowie über die Entsorgung, Vernichtung, Ersetzung und Kontrolle schädlicher und gefährlicher Stoffe in verschiedenen Produktions- und Dienstleistungsbereichen garantieren. Wir plädieren für ein Verbot von Anwendung und Verkauf unter anderem von Asbest, Endosulfan, Benzol, Cadmium, Blei und Quecksilber.

- die Privatisierung und Vermarktung von Gemeingütern und natürlichen Ressourcen zu stoppen, in Agrarreformenzu investieren und politische Instrumentarien, die Forschung, die Entwicklung neuer Technologien und Infrastrukturen für nachhaltige Nahrungsproduktion zu fördern. Die Gemeingüter müssen durch die staatliche Politik bewahrt werden, und die Verwaltung natürlicher Ressourcen und Rohstoffe staatlichen Körperschaften und unter gesellschaftliche Kontrolle unterstellt werden.

- die Partnerschaften mit dem Privatsektor und die Übertragung oder Erteilung von Konzessionen an den Privatsektor für strategisch wichtige Bereiche wie Energie und Transportwesen zu unterbinden.

- eine staatliche Steuerpolitik und Programme zu

entwickeln, die wirklich gerecht, nachhaltig und redistributiv sind, einschliesslich der Schliessung aller Steueroasen und der Bekämpfung von Steuerumgehung und Steuerhinterziehung.

- den Zugang zu und Aufrechterhaltung von anhaltender hochwertiger öffentlicher Bildung zu garantieren, als universelles Recht für alle und Strategie für die nachhaltige Entwicklung der Menschheit.
- durch öffentliche Mittel die wissenschaftliche Forschung zu finanzieren, die auf die allgemeinen Ziele der nachhaltigen Entwicklung hinarbeitet, auf demokratische Weise und unter Beteiligung der Gesellschaft.
- wirtschafts-, finanz-, handels-, gesellschafts- und umweltpolititischen Strategien und die zugehörigen Instrumentarien und Institutionen aufeinander abzustimmen, um eine breite und faire Verteilung der Ergebnisse zu gewährleisten.

Wir verpflichten uns,

- alternative Wirtschaftsentwicklungsmodelle vorzuschlagen, dies beinhaltet die Notwendigkeit, Wohlbefinden und soziale Gleichberechtigung für alle im Rahmen der globalen Möglichkeiten zu erreichen,
- einen gerechten Übergang zu einem Modell zu unterstützen, das es erlaubt, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu beenden, und schlagen internationale, regionale, nationale und lokale Agenden für Gerechten Wandel vor, die Investitionsprogramme in Nachhaltigkeit, Ausbildung und Bildung, soziale Absicherung, Dialogmechanismen und wirtschaftliche Diversifikationsprogramme beinhalten und die Belange junger und weiblicher Arbeitnehmer berücksichtigen.
- unsere organisatorischen Möglichkeiten und unsere Erfahrung aus vergangenen Kämpfen dazu zu nutzen, eine starke, organisierte globale Bewegung zu bilden, um Regierungen und Konzerne, die nur widerwillig agieren, konzertiert anzutreiben, angemessene Massnahmen zu ergreifen, um den Klimawandel zu bekämpfen und zu stoppen.
- gewerkschaftliche Aus- und Weiterbildung zu stärken, um Themenkomplexe wie den Umweltbereich aus einer Klassenperspektive einzubeziehen, und Initiativen zu unterstützen, die die Arbeitnehmerkapazitäten in den Überschneidungsbereichen von Umweltfragen, Arbeitswelt, und den Veränderungen in der Produktion, die diese Konflikte hervorbringen mögen, ausbauen wollen.
- faire und ökologisch sinnvolle Steuerpolitik zu unterstützen, Zusammenarbeit bei der Entwicklung zu stärken, und in öffentlicher Verantwortung stehende Finanzinstitutionen und öffentliche Dienste beim Umweltschutz zur Seite zu stehen;
uns an Pensionsfonds, in denen wir Aufsichtsratsmitglieder haben, zu beteiligen, die ihre Investitionen in nachhaltige Entwicklung durch Emissionssenkungen steigern wollen, um grüne Infrastruktur und Dienstleistungen mit staatlicher Unterstützung und ausreichenden Investitionen handlungsfähig zu machen und ihnen Möglichkeiten zu eröffnen. Dies wird gleichzeitig die Pensionen der Arbeitnehmer, die darauf angewiesen sind, absichern.
- Arbeitsplatzkampagnen im Zusammenhang mit effizienter Ressourcennutzung und der Einführung optimierter Umweltschutzmassnahmen zu gestalten und zu fördern, und die Debatte und gewerkschaft-liche Aktionen um ökologische Landwirtschaft und saubere Energiegewinnungssysteme zu stärken.
- die Verpflichtung zur Verbesserung von Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz zu erneuern, einschliesslich der Anstrengung, die Gefährdung von Arbeitskräften durch chemische Substanzen, körperliche, soziale und psychische Gefahren und Risiken zu reduzieren, und neuen Herausforderungen wie etwa den Nanotechnologien durch Anwendung des Vorsichts- und Vorbeugungsprinzips zu begegnen.
- die Einbeziehung von Arbeitsgesundheits- und Umweltklauseln in kollektive Vereinbarungen auszuhandeln.
- Gewerkschaften und Solidarität zwischen Arbeitnehmern zu schaffen bzw. zu stärken und darauf hinzuarbeiten, dass alle Arbeitnehmer, einschliesslich prekär oder informell Beschäftigte und Leiharbeiter, mit kollektiven Verhandlungskompetenzen und –instrumentarien ausgestattet werden, damit diese zu Werkzeugen der sozialen Teilhabe und wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und umweltverträglicher Entwicklung werden.
- Kampagnen zur Steigerung der Aufmerksamkeit, öffentlichen Wahrnehmung und Mobilisierung zu entwickeln, wie etwa den Internationalen Gedenktag für tote und verletzte Arbeitnehmer (28. April).

Wir bekennen uns dazu, grundsätzlich Allianzen mit sozialen Bewegungen, Umweltschutzinitiativen, Bürgerrechts- und Fraueninitiativen, Ureinwohnern, Jugendbewegungen und Forschern zugunsten nachhaltiger Entwicklung zu stärken.

http://www.ituc-csi.org/trade-union-assembly-demands-real.html; http://www.ituc-csi.org/resolution-2nd-trade-union.html

Übersetzung: coorditrad, Thomas Leinberger und SiG-Redaktion

Stimmen zu den Ergebnissen der Rio+20 Konferenz

ITUC: Ohne Umweltschutz wird es keine soziale Gerechtigkeit geben

„Das Ergebnis von Rio bedeutet keine Abkehr von einem ungerechten und umweltzerstörenden System.“

Die internationale Gewerkschaftsbewegung kam nach Rio mit einer Reihe klarer Forderungen und einer Agenda, die die drei Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung integriert: soziale Sicherheit, menschenwürdige und grüne Arbeitsplätze und eine Finanztransaktionssteuer.
Wir erkennen an, dass die Rio-Erklärung, die den Regierenden der Welt vorgelegt werden wird, einige der Hauptforderungen der Arbeiterbewegung enthält, zum Beispiel die Anerkennung von Menschen- und Gewerkschaftsrechten, soziale Sicherheit in Verbindung mit der Beseitigung von Armut, menschenwürdige Arbeitsplätze als zentrales Ziel von Beschäftigungspolitik, Förderung grüner Arbeitsplätze und die Anerkennung der Rolle von Gewerkschaften.
Allerdings sind die Gewerkschaften **zutiefst enttäuscht** darüber, dass nicht auch andere entscheidende Aspekte betont oder berücksichtigt wurden oder Maßnahmen vereinbart wurden, die ein soziales, ökologisches und ökonomisches Programm, wie es die Welt braucht, einbezogen hätten.

Der Erklärung fehlt es an Verpflichtungen zu konkretem Handeln und „Umsetzungsplänen“ in allen Bereichen. Wir brauchen klar definierte Verpflichtungen zur Förderung von Investitionen in die Schaffung der Arbeitsplätze der Zukunft und tragfähige Programme zur sozialen Sicherheit sowie weltweit verbindliche Abmachungen über den Umgang mit unseren Gemeingütern.

Die heute vorgelegte Erklärung bewirkt keine Harmonisierung der drei Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung. Sie bedeutet einen Rückschritt in Bezug auf Umweltschutz und die Reproduktionsrechte von Frauen. Sie befördert keine wirkliche Veränderung des aktuellen Wirtschaftssystems, das bekanntlich auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und Ungerechtigkeit beruht. In Rio wurde die einzigartige Gelegenheit verpasst, Ökologie, Gerechtigkeit und Ökonomie zu integrieren und internationales Handeln zu vereinbaren.

Trotz einiger guter Ansätze ändert die Rio-Erklärung nichts am Kurs des derzeitigen Systems. Die beteiligten Gewerkschaften konnten nicht erkennen, dass die Regierungen soziale Aspekte entschieden mit Umweltfragen verbanden. Beispielsweise wird verhindert, dass bei Naturkatastrophen universaler sozialer Schutz gewährleistet wird. Infolge fehlender verbindlicher Investitions-vorhaben in den Bereichen erneuerbare Energien, Verkehr und Energieeffizienz wird das Problem der Erwerbslosigkeit nicht gelöst werden. Das Fehlen einer Verpflichtung zur Erschließung neuer weltweiter Einnahmequellen, die mit einer Finanztransaktionssteuer möglich wäre, führt dazu, dass Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung nicht finanziert werden können.

Die Erklärung verkennt die Notwendigkeit zu weltweiter Regulierung und politischer Kontrolle und offenbart den mangelnden Willen der Regierungen, neue Verpflichtungen einzugehen oder einen verbindlichen Rahmen für umweltpolitische Entscheidungen zu schaffen, wie es eine UN-Umweltbehörde getan hätte.

Auf einer vor dem Gipfel veranstalteten Gewerkschaftsversammlung einigten sich 66 nationale Gewerkschaften aus 56 Ländern auf einen Aktionsplan für die Zukunft. Vor unserer Reise nach Rio waren wir uns im Klaren darüber, dass der Gipfel Rio + 20 die Welt nicht retten würde. Allerdings haben wir erwartet, dass die Regierungen sehr viel ehrgeiziger sein und die Gelegenheit nutzen würden, internationale Vereinbarungen voranzutreiben. Gewerkschaften sind verpflichtet, ihren Teil zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen, und zwar auf allen Ebenen: am Arbeitsplatz, in den Gemeinden, in Verhandlungen mit Arbeitgebern und bei Wahlen.
http://www.ituc-csi.org/ituc-statement-on-the-rio,11586.html
Aus dem Englischen von Werner Horch

Jens Martens, WEED: Das war Rio+20: Mau, mager, minimal
Doch zum Katzenjammer besteht kein Grund

Die Minimalkompromisse der Rio+20-Konferenz hatten sich schon in den Vorverhandlungen abgezeichnet. Wer angesichts der mauen Ergebnisse von einem "kolossalen Scheitern" des Gipfels spricht oder gar den Multilateralismus gleich gänzlich für tot erklärt, wie es in deutschen NGO-Kreisen gelegentlich zu hören war, verkennt die Logik globaler Verhandlungsprozesse.

Seinem ambitionierten Titel "Die Zukunft, die wir wollen" ("The Future We Want") wird das Abschlussdokument des Rio+20-Gipfels zweifellos nicht gerecht. Auf 49 Seiten bekräftigt es die Nachhaltigkeitsprinzipien des ersten Erdgipfels von Rio 1992, setzt sich mit dem kontroversen Konzept der Green Economy auseinander, formuliert halbherzige Reformen der UN-Institutionen im Bereich nachhaltiger Entwicklung und skizziert den Prozess hin zu universellen Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs: "Sustainable Development Goals"). Daneben enthält es Abschnitte zu 26 Themenbereichen, von der Armutsbekämpfung über die Reduzierung von Katastrophenrisiken bis zum Meeresschutz, sowie ein Schlusskapitel zu den unvermeidlichen "Mitteln für die Umsetzung", insbesondere Finanzen und Technologietransfer.
Der Text enthält viel Verhandlungslyrik und wenig konkrete Beschlüsse, die mit politischen oder gar finanziellen Verpflichtungen verbunden sind. "*Das ist die Zukunft, die wir nicht wollen*", kommentierten NGO-VertreterInnen das Verhandlungsergebnis zum Abschluss derKonferenz.

Rio-Prinzipien bestätigt
Heftige Kontroversen gab es um das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten. Dieses Prinzip bildete einen der Meilensteine der Rio-Deklaration von 1992. Zum ersten Mal in der Geschichte hatten die Regierungen damals ihren unterschiedlichen gegenwärtigen und historischen Beitrag zur Umweltzerstörung anerkannt - und damit auch ihre unterschiedliche Verantwortung, für die Wiederherstellung des Ökosystems und die Anpassung an Umweltschäden zu bezahlen. Nach Ansicht der USA und der EU sei dieses Prinzip angesichts der veränderten weltpolitischen Kräfteverhältnisse nicht mehr zeitgemäß. Dies trieb die Regierungen der G77 (1) gemeinsam auf die Barrikaden. Am Ende setzten sie sich durch, die Rio-Prinzipien wurden durchweg bestätigt.
Die entscheidende Frage blieb allerdings unbeantwortet: Wie kann die unterschied-liche Verantwortung jenseits der platten und in der Tat anachronistischen Aufteilung der Welt in Industrie- und Entwicklungsländer bemes-sen und in monetäre Größen übersetzt werden.

Green Economy-Ansatz neutralisiert
In den Verhandlungen über Schritte zur "Begrünung" der Wirtschaft neutralisierten sich Gegner und Befürworter des Konzepts weitgehend. Auf der einen Seite gelang es der EU nicht, ihren Vorschlag einer Green Economy Roadmap mit konkreten Zielen und Maßnahmen, etwa zur Steigerung der Ressourceneffizienz, durchzusetzen. Auf der anderen Seite konnten Länder wie Bolivien und Ecuador nicht verhindern, dass der Begriff überhaupt im Abschlussdokument auftaucht. Die Regierungen beschränkten sich jedoch vor allem auf einige unverbindliche Maßnahmen zur Förderung umweltgerechten Wirtschaftens. Unter anderem sollen "Instrumentenkästen" (tool boxes) mit guten Beispielen für grünes Wirtschaften eingerichtet werden.
Halbherzige UNEP-Reform
Auch bei ihrem zweiten politischen Ziel für die Rio-Konferenz konnte sich die EU nicht

durchsetzen: Die Aufwertung des UN-Umweltprogramms (UNEP) zu einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen scheiterte am Ende u.a. am Widerstand der USA. Aber auch zahlreiche Länder des globalen Südens haben sich gegen eine derartige Stärkung von UNEP ausgesprochen, weil sie eine Verlagerung von Finanzmitteln innerhalb des UN-Systems vom Entwicklungs- zum Umweltbereich befürchteten. Diese Sorge war nicht unbegründet, denn zum einen plädierte die EU für eine finanzielle Stärkung von UNEP, zum anderen war sie nicht bereit, zusätzliche Finanzverpflichtungen einzugehen. Am Ende blieb der laue Kompromiss, das Budget von UNEP durch zusätzliche reguläre Haushaltsmittel der UN und freiwillige Beitragsleistungen der Mitglieder zu steigern. Außerdem sollen dem Verwaltungsrat von UNEP künftig alle 193 Mitgliedsstaaten der UN angehören. Ob dies seine politische Handlungsfähigkeit erhöht ist fraglich.

Neues Politisches Forum der UN

Um die gemeinsame Bearbeitung ökologischer, entwicklungs- und wirtschaftspolitischer Fragen unter dem Dach der UN zu verbessern, wurde im Vorfeld von Rio vorgeschlagen, die schwache Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) durch einen UN-Rat für nachhaltige Entwicklung („Sustainable Development Council") nach dem Vorbild des UN-Menschenrechtsrates zu ersetzen. Dieser Vorschlag wurde u.a. von der Bundesregierung unterstützt. Als Gegenkonzept brachte Mexiko die Idee eines hochrangigen Politischen Forums für nachhaltige Entwicklung („High Level Political Forum") in die Diskussion. Diese Idee wurde von der G77 unterstützt und setze sich am Ende durch. Denn gerade viele kleinere Länder des Südens sind grundsätzlich misstrauisch gegenüber neuen Gremien mit begrenzter Mitgliedschaft, in denen sie nicht vertreten sind. Dem neuen Forum gehören anders als dem anvisierten Nachhaltigkeitsrat alle 193 Mitglieder der UN an. Ob es mehr als ein weiteres Forum zum Austausch diplomatischer Gemeinplätze sein wird, hängt von seinem politischen Mandat und den Modalitäten seiner Arbeit ab. Über diese Details wird die UN- Generalversammlung im Herbst 2012 entscheiden. ..

Globale Nachhaltigkeitsziele nach 2015

Breite Unterstützung erhielt der Vorschlag, globale Nachhaltigkeitsziele (SDGs) zu vereinbaren, die nach dem Jahr 2015 die bisherigen Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) ergänzen oder sogar ersetzen sollen. Viele sehen in diesem Beschluss den größten Erfolg von W&E-Empfehlungen. Allerdings besteht auch hier noch erheblicher Verhandlungsbedarf über die Details.
In Rio vereinbarten die Regierungen lediglich, eine 30-köpfige Arbeitsgruppe aus RegierungsvertreterInnen einzusetzen, die bis zum Herbst 2013 Vorschläge für ein Set künftiger SDGs vorlegen soll. Diese Ziele sollten für alle Länder der Erde Gültigkeit besitzen und zugleich in ihren Unterzielen und Indikatoren genügend Flexibilität ermöglichen, um die ökonomische, ökologische und soziale Situation der einzelnen Länder berücksichtigen zu können. Noch ungeklärt ist, wie dieser Prozess mit den Diskussionen über die Zukunft der MDGs und die Post-2015 Entwicklungsagenda verschränkt wird. Im Abschlussdokument von Rio heißt es lediglich, die Prozesse sollen „koordiniert und kohärent" erfolgen.

Strategie zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung

Jede Entscheidung über ein Set zukünftiger Entwicklungsziele wird wirkungslos bleiben, wenn die Regierungen nicht gleichzeitig verbindlich vereinbaren, welche Mittel sie zur Verwirklichung der Ziele bereitstellen. Aus diesem Grund kann eine Entscheidung von Rio an Bedeutung gewinnen, die bislang kaum beachtet wurde. Die Regierungen vereinbarten, eine 30-köpfige Expertengruppe einzusetzen, die Optionen für eine zukünftige Strategie zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung („Sustainable Development Financing Strategy") formulieren soll. Bis 2014 soll sie einen Bericht vorlegen, in dem sie den künftigen Finanzbedarf abschätzt, die gegenwärtigen Finanzierungsinstrumente bewertet und potentielle neue Initiativen prüft. Dies bietet die Gelegenheit, das System der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung in einem Gremium auf den Prüfstand zu stellen, das nicht von den klassischen Geberländern dominiert wird.

Alternative Fortschrittsmaße jenseits des BIP

Im Rio-Abschlussdokument haben die Regierungen ohne wenn und aber die Notwendigkeit anerkannt, umfassendere Maße für gesellschaftlichen Fortschritt zu entwickeln, die das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergänzen sollen. Die Vereinten Nationen und ihre Statistikkommission erhielten den Auftrag, dazu ein Arbeitsprogramm zu entwickeln. Damit bietet sich erstmals die Chance, die diversen Initiativen über alternative Modelle und Indikatorensysteme zur Messung von Wohlergehen und gesellschaftlichem Fortschritt – von Bhutan bis zur OECD – auf globaler Ebene zusammenzuführen. In den kommenden Jahren sind verschärfte Auseinandersetzungen über die Definitionsmacht in diesem Bereich zu erwarten.

***

Die vereinzelten positiven Aspekte unter den 283 Punkten des Abschlussdokuments von Rio dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Beschlüsse insgesamt eine völlig unzureichende Antwort auf die globalen Krisen liefern. Sie setzen aber eine Reihe von Prozessen in Gang, in denen der Diskurs über neue Wohlstandsmodelle, Entwicklungskonzepte und Finanzierungsalternativen auf globaler Ebene fortgesetzt und intensiviert werden kann. Ihr Ausgang ist mehr als ungewiss. Sich aber von vorneherein jammernd aus diesen multilateralen Prozessen zurückzuziehen, wäre in jedem Fall die falsche Antwort.

(1) G77 = Zusammenschluss von 77 Dritte-Welt-Ländern, im Jahr 1964 gegründet. Jetzt gehören der G77-Gruppe 132 Länder ***http://www.g77.org****/doc/members.html*

Stefan Thimmel und Tadzio Müller: Aus, vorbei !?

Aus, vorbei! Ob noch mehr vorbei ist als die von vorneherein zum Scheitern verurteilte Konferenz „Rio plus 20" der Vereinten Nationen, die an den legendären Gipfel für Umwelt und Entwicklung erinnerte, der 1992 in Rio de Janeiro stattfand, wird sich im Nachhinein zeigen müssen. Die Reaktionen der Umwelt- und Entwicklungs-NGOs sind auf jeden Fall eindeutig: nicht wenige sind der Meinung, dass die Konferenz, zu der letztendlich 114 Staats- und Regierungschefs anreisten, im negativen Bereich bilanziert werden muss. Also noch nicht mal Stillstand – wohl eher Rückschritt.
Wenn aber nun klar ist, was in Rio nicht passiert ist – es gab dort keinen Aufbruch in die schöne neue Welt der Green Economy – so wollen wir kurz und thesenhaft darauf eingehen, was denn nun in Rio passiert ist, und was das für Folgen haben wird. Es soll hier nur kurz auf zwei verschiedene Aspekte eingegangen werden:
Zum ersten Punkt. Die brasilianische Regierung ebenso wie relevante Kapitalfraktionen propagieren aggressiv einen Prozess, den sie „**nachhaltiges Wachstum**" nennen, gar eine „nachhaltige Wirtschaft". Dass die angestrebte massive Erhöhung des Anteils der regenerativen Energien auf Projekten wie dem nicht nur weltweit, sondern auch in Brasilien selbst höchst umstrittenen Megastaudamm „Belo Monte" beruht, wird dabei verschwiegen. Das extraktivistische Wirtschaftsmodell des Gastgeberlandes wird grün angestrichen – und Brasilien lässt keine Kritik daran zu. Interessanterweise waren diesmal auch die „üblichen Verdächtigen" in Rio ziemlich still: Weder Bolivien noch andere „linksregierte" lateinamerikanische Staaten wagten es oder wollten sich mit der südamerikanischen Großmacht anlegen (nicht völlig überraschend, finanziert Brasilien doch in diesen Ländern viele wichtige Infrastrukturprojekte). Ebenso Fehlanzeige Europa, von der BRD ganz zu schweigen. Konnte die internationale NGO-Gemeinde ebenso wie soziale Bewegungen beim Klimagipfel in Kopenhagen („COP15") zumindest noch auf die Unterstützung von Bolivien rechnen, stellt sich dieses Mal die Frage: Welche (staatlichen) Bündnispartner sind übriggeblieben? In Rio zumindest wagte sich niemand aus der Deckung. Und so konnte die brasilianische Präsidentschaft der Konferenz auch ihren Stempel aufdrücken und den nichtsagenden, verwässerten, aller strittigen Punkte bereinigten Entwurf der Abschlusserklärung durchsetzen.
Der zweite Punkt hat ebenfalls Sprengkraft: – es dreht sich nämlich hier um den Kern des Modells internationaler Umweltregulation, wie sie vor 20 Jahren in Rio inauguriert wurde, und zwar: das Verhältnis zwischen UN und

Regierungen einerseits, und der „Zivilgesellschaft“ andererseits. Wo damals noch der Wille zur Einbindung unbedingt war, wurde sich diesmal von beiden Seiten ziemlich beharkt. Jenseits der schon zitierten kritischen Äußerungen internationaler NGOs gab der neue Umweltminister Altmaier eine interessante Linie vor. „Schuld“ am weithin bescheinigten Scheitern des Gipfels sind nicht nur nach seiner Ansicht „die NGOs“, die ihre Kritik nicht frühzeitig genug geäußert hätten. Was sich schon zum Ende der COP15 andeutete, dass NGOs im Verhandlungsprozess immer weiter marginalisiert wurden, scheint nun zur vollendeten Tatsache gemacht zu werden. „Vielen Dank für Ihre Inputs, wir melden uns später wieder bei Ihnen.“ Don’t call us, we’ll call you… Wenn das Rio-Modell der Einbindung der Zivilgesellschaft in internationale Governance-prozesse am Ende ist, und bestimmte Brüche auch im ‚brasilianischen Modell’ einer doch großen Nähe zwischen Bewegungen und Regierung sichtbar werden – wie verändert das die strategischen Bedingungen linker Praxis, ob Bewegungs- oder Regierungsarbeit, in der Frage des sozial-ökologischen Umbaus?
Ein Ort, wo diese Frage beantwortet werden wird, wird u.a. bei der Umsetzung der Energiewende in der BRD sein. Alles vorbei, aber weiter im Text.
http://rioplus20.blog.rosalux.de/ (Gekürzt)

BUND: "Gipfel der Völker" und NGOs viel inhaltsvoller und spannender

A. von Broock, L. Gogolin-Grünberg und N. Franck für das BUND-Klimateam

(…) **Nichts gewonnen - viel verloren**
Unsere Befürchtung, dass der Rio-Gipfel eine reine Alibi-Veranstaltung wird, um die kritische Lage der Welt zu verschleiern, hat sich leider bewahrheitet. Da, wo beherztes und mutiges Handeln notwendig gewesen wäre, wurde nichts vereinbart oder die Entscheidung vertagt.
Es gibt keine neuen Gelder für die nachhaltige Gestaltung von Entwicklung. Es gibt keine Verpflichtung der internationalen Finanz-Institutionen wie der Weltbank, Geld nur noch für nachhaltige Investitionen zu gewähren. Es gibt keine Verpflichtung aller Länder, Subventionen abzubauen, die einer nachhaltigen Entwicklung im Wege stehen. Stattdessen wird das hohe Lied auf den Freihandel angestimmt, der dazu beitragen solle, nachhaltiges Wachstum und den Handel mit Umweltgütern und Umweltdienstleistungen voranzutreiben. Green Economy gaukelt uns die Illusion grenzenlosen Wachstums vor.
So leicht kommt ihr uns nicht davon
Wir brauchen klare Leitlinien für Energiesparen und Energieeffizienz, für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und für ambitionierten Klimaschutz. Dafür wird der BUND weiter kämpfen!

Hubert Weiger, Vorsitzender
Nach Rio reisten mehr als hundert Staats- und Regierungschefs. Bundeskanzlerin Angela Merkel, US-Präsident Barack Obama und der britische Premierminister David Cameron gehörten nicht dazu. Sie haben derzeit offensichtlich andere Prioritäten. Was ergibt sich daraus für die Nicht-Regierungs-organisationen? Sollen wir in Resignation verfallen(..)
Es gibt zur Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitsdiplomatie eine Alternative - überall vor Ort und in der Politik mehr Nachhaltigkeit, mehr Umwelt- und Klimaschutz durchzusetzen. Mit mehr Wind- und Solarstrom, weniger Kohlekraft und Ölverbrauch, mehr Natur- und Verbraucherschutz. Das alles müssen wir anpacken und gleichzeitig die Möglichkeit internationaler Vereinbarungen nicht außen vor lassen – wie es beim Schutz der Ozonschicht gelang. Denn klar ist: Umweltverschmutzung und Ressourcen-verschwendung machen vor Grenzen nicht halt. Je einiger sich die Staatengemeinschaft wird und je konkreter ihre Zielvereinbarungen sind, desto größer werden die Chancen, tatsächlich etwas zu erreichen. Und es nützt sicher auch, wenn wir unsere und wenn andere ihre Erfahrungen und Erkenntnisse dabei miteinander und mit uns teilen. Dafür gab es übrigens in Rio den sogenannten "People's Summit" – den "Gipfel der Völker" und Nicht-Regierungsdelegationen, deren Debattenbeiträge und Alternativvorschläge sehr viel inhaltsvoller und spannender waren als das magere Ergebnis der offiziellen Rio+20-Konferenz.
http://www.bund.net/themen_und_projekte/internationaler_umweltschutz/un_konferenz_rio_20/nachbetrachtung/

Alliance Süd, Schweiz: Rio+20: eine verpasste Gelegenheit

Das Schlussdokument der Uno-Konferenz Rio+20 zu nachhaltiger Entwicklung enttäuscht in mehrfacher Hinsicht. Die Entwicklungsländer konnten zwar durchsetzen, dass das Konzept der „Grünen Wirtschaft“ ihre Entwicklungsbedürfnisse nicht einschränkt. Für Alliance Sud, der entwicklungspolitischen Arbeitsgemeinschaft der grossen Hilfswerke, aber hat es der Gipfel verpasst, den für eine zukunftsfähige Entwicklung nötigen Paradigmenwechsel einzuleiten und damit das Überleben der Menschheit zu sichern.
„Der Gipfel hat es verpasst, dem Kurswechsel zu einer nachhaltigen Entwicklung näher zu kommen“, bilanziert Isolda Agazzi, die als Vertreterin von Alliance Sud Mitglied der Schweizer Delegation in Rio war. „*Er hat es verpasst, die dringend nötigen Veränderungen in unseren Produktions- und Konsummustern einzuleiten.*“ Und er hat die Festlegung von **neuen Indikatoren zur Messung des Wohlstands**, die über das herkömmliche Bruttosozialprodukt hinaus gehen, auf die lange Bank geschoben. Es ist zwar vorgesehen, dass sich die Uno darum kümmert, aber klare Fristen gibt es keine.
Positiv ist, so die Bilanz von Alliance Sud, dass es den Entwicklungsländern gelang, einige ihrer Vorbehalte gegen die „grüne Wirtschaft“ in den Abschlusstext zu integrieren. So konnten sie durchsetzen, dass es nicht nur die eine „grüne Wirtschaft“ gibt, wie von den Industrieländern bevorzugt, und dass der Text neue protektionistische Massnahmen (z.B. Strafzölle) oder neue Konditionalitäten bei Entwicklungs- und Finanzhilfe ablehnt. Bedauerlich ist, dass der Text keine verbindliche Massnahmen für Privatunternehmen vorsieht, um deren Aktivitäten an Menschenrechte und Umweltstandards zu binden.
Alliance Sud bedauert weiter, dass der Abschlusstext bezüglich **Technologietransfer** und zusätzlicher Finanzmittel zur Unterstützung ärmerer Länder keine Nägel mit Köpfen machte. Vielmehr vertröstet er in unverbindlicher Form auf einen zwischenstaatlichen Prozess zur Ausarbeitung neuer Finanzierungsmechanismen.
Weiter haben die Regierungen in Rio beschlossen, globale Ziele der nachhaltigen Entwicklung zu erarbeiten, welche ab 2015 die **Millenniumsziele** ablösen bzw. weiterführen sollen. „*Wichtig ist, dass das zentrale Anliegen der Millenniumsziele, die Armut zu beseitigen, auch bei diesen neuen Zielen bestehen bleibt und diese nicht zu reinen Umweltzielen degradiert werden*“, sagt Isolda Agazzi von Alliance Sud.
Eine wichtige Chance verpasst haben die StaatsvertreterInnen, weil sie sich nicht auf einen globalen Uno-Nachhaltigkeitsrat zu einigen vermochten. Nur ein solcher, mit umfangreichen Kompetenzen ausgestatteter Rat kann die drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung – Wirtschaft, Soziales, Umwelt – kohärent zusammenführen. Das jetzt beschlossene, vage „high level political forum“ wird nicht über die dazu nötigen Zähne verfügen.

Erfreulich ist, dass der Abschlusstext wichtige Beschlüsse der Uno-Nachhaltigkeits-gipfel von 1992 (Rio) und 2002 (Johannes-burg) bekräftigt. Dazu gehört insbesondere das Prinzip der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung“, das die Industrieländer stärker in die Pflicht nimmt. Der Abschlusstext bekräftigt auch die Menschenrechte auf Entwicklung, Nahrung, Wasser, Gesundheit sowie die Rechte der indigenen Völker. Auf Antrag Boliviens wurden auch die Rechte der „Mutter Erde“ proklamiert. Enttäuschend ist der Text bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter und der Rechte der Frauen.
Veröffentlicht am 22. 06. 2012
http://www.alliancesud.ch/de/ep/klima/rio-20-eine-verpasste-gelegenheit
Mehr: http://www.alliancesud.ch/de/dokumentation/e-dossiers/rio-20-im-fokus-1

Einige Hinweise zu Rio+20:

- **Alternatives Treffen in Rio:** http://rio20.net/en/
Abschlusserklärung: http://rio20.net/en/propuestas/final-declaration-of-the-people%E2%80%99s-summit-in-rio-20

- **Rosa-Luxemburg-Stiftung: „Zurück auf Anfang – und los!** http://www.rosalux.de/publication/38423/zurueck-auf-anfang-und-los.html

Zur „Grünen Ökonomie“:

- **Transnational Institut:** The EU's real 'Green Economy' agenda? http://www.tni.org/briefing/bio-economies
- Green grabbing- The social costs of putting a price on nature, http://www.tni.org/interview/green-grabbing

- **Schöne Grüne Welt,** «luxemburg argumente» Nr. 3; Berlin, April 2012, **Autor**: **Ulrich Brand** (Unterstützung bei der Recherche: Jana Flemming): *Green Economy ist ein umkämpfter Begriff, der mit vielen Inhalten gefüllt werden kann – je nach Interessenlage. Es soll aufgezeigt werden, wo die Vorschläge zu kurz greifen, zu schnell den Kompromiss mit den herrschenden Kräften suchen und Alternativen eher verdrängen als fördern. Fest steht: Bricht die Green Economy nicht mit den Strukturen der Old Economy und dient sie lediglich als Wachstumsprogramm, so wird sie enttäuschen und sehr schnell ihren Glanz verlieren.*
http://www.rosalux.de/publication/38335/schoene-gruene-welt.html

attac Frankreich: http://www.france.attac.org/newsletter/rio-20-sommet-des-peuples-lettre-dinfo-ndeg4-0

CO2-Emissionen – 4 Statistiken

Während die erste Statistik nur die absoluten Zahlen pro Land angibt – ohne sie in Verhältnis zu der Bevölkerungszahl zu setzen, entspricht die zweite -Emissionen pro Kopf - mehr der Forderung nach „Klimagerechtigkeit“. Brisant und für den reichen Norden sehr ernüchternd dürfte die vierte Statistik sein – die auf die CO2-Folgen der Verlagerung mancher Industriezweige in Länder des Südens hinweist. (SiG-Redaktion)

1. CO2-Emissionen steigen auf 31,6 Gigatonnen

„Die Welt blies im vergangenen Jahr 31,6 Gigatonnen in die Luft (nach vorläufigen Schätzungen der Internationalen Energie-Agentur, IEA) . Dies bedeutete einen Anstieg um 3,2 Prozent oder eine Gigatonne gegenüber 2010. (…)

Laut IEA ist die Kohle mit einem Anteil von 45 Prozent noch immer Hauptquelle der Emissionen im Energiesektor. Es folgen Erdöl (35 Prozent) und Erdgas (20 Prozent).

Während die Mitgliedsländer der OECD, also die Industriestaaten, ihren Ausstoß nur leicht um 0,6 Prozent verringerten, gab es bei Entwicklungs- und Schwellenländern eine massive Zunahme um 6,1 Prozent. Allein China, der weltgrößte Emittent, stieß wegen des höheren Kohleverbrauchs 0,72 Gigatonnen CO2 (plus 9,3 Prozent) mehr aus als im Jahr davor. Allerdings lobt die IEA, dass sich gerade im Reich der Mitte die massiven Anstrengungen im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien positiv bemerkbar machten. Ohne diese hätte der Anstieg 1,5 Gigatonnen betragen.

Die zweit- und drittgrößten Emittenten der Welt, die USA und die EU, verzeichneten Rückgänge um 1,7 bzw. 1,9 Prozent. Bei der EU lag dies an der Wirtschaftskrise und dem relativ warmen Winter. In den USA machte sich bemerkbar, dass Kohle zunehmend von Erdgas ersetzt wird. Dieses freilich wird immer stärker mit der umstrittenen Fracking-Technologie gewonnen.“

** Aus: neues deutschland, Samstag, 26. Mai 2012*

2. CO2 Emissionen pro Kopf 2008

USA: 18,38 Tonnen

Deutschland: 9,79 Tonnen (EU: 7,72 Tonnen)

China: 4,91 Tonnen

Indien: 1,25 Tonnen

http://de.statista.com/statistik/daten/studie/73263/umfrage/co2-emissionen-aus-energetischer-nutzung-pro-kopf-in-den-g20-staaten/

3. Klimagerechtigkeit = Minus 80% bis 2050

„Die Industriestaaten, die eine historische Schuld am Klimawandel tragen, müssen ihre Emissionen bis 2050 um mindestens 80 Prozent reduzieren.“

http://www.bund.net/themen_und_projekte/internationaler_umweltschutz/klima/

4. Reiche Staaten schieben CO2-Ausstoß ab

„Wer in Deutschland Kleidung made in China kauft, sorgt dafür, dass dort die CO2-Emissionen steigen. Internationale Auflagen zum Treibhausgasausstoß gibt es für Schwellenländer aber nicht. Eine neue Statistik zeigt, warum das problematisch ist.

Eine neue Studie, veröffentlicht im Fachmagazin "Proceedings of the National Academy of Sciences" (http://www.pnas.org/content/early/2011/04/19/1006388108.abstract) belegt nun eindrücklich, wie sehr die Industrieländer tatsächlich ihren CO2-Ausstoß an Entwicklungsländer ausgelagert haben.

Laut dieser Studie ließ die wachsende Nachfrage der Industriestaaten nach Waren aus ärmeren Ländern deren CO2-Emissionen zwischen 1990 und 2008 massiv steigen.

Zeitgleiche CO2-Einsparungen etwa in Europa seien dadurch insgesamt wieder zunichte gemacht worden. Und nicht nur das: Nach den Berechnungen entstand durch die Produktion von Konsumgütern in Entwicklungsländern bis 2008 fünfmal mehr CO2, als in den Industrieländern durch Klimaschutzprogramme bis dahin eingespart wurde. "*Wer ein Radio oder eine Hose in Deutschland kauft, verursacht CO2-Emissionen im Herstellungsland, weil die Fertigung nun einmal Energie verbraucht*", so Mitautor Jan Christoph Minx von der Technischen Universität Berlin

(...) Die im Kyoto-Protokoll festgelegte Regel, wonach Emissionen dem Land zugeordnet werden, in dem sie entstehen, müsse angesichts des globalisierten Handels- und Wirtschaftssystems ergänzt werden. Die Industrieländer müssten auch den CO2-Ausstoß erwähnen, der durch ihre Importe aus anderen Ländern entstehe, empfehlen die Klimaforscher. Nationale oder regionale Klimaschutzziele, etwa in der EU, ergeben sonst keinen Sinn. „

http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/globale-statistik-reiche-staaten-schieben-co2-ausstoss-ab-a-759196.html

Peter Wahl, WEED

G20: Als Tiger gesprungen...

Der Multilateralismus nach Los Cabos (Mexiko)

Die Erwartungen an den G20-Gipfel in Los Cabos/Mexiko waren niedrig. Dennoch hat das Treffen mit seiner Substanzlosigkeit die Erwartungen noch unterboten. Zu dicht sei die Konferenz auf Cannes gefolgt, heißt es. Und im US-Wahlkampf bespiele der Präsident ohnehin nur die heimischen Medien. Es stellt sich aber grundsätzlich die Frage nach den tiefer liegenden Ursachen für das Versagen des Multilateralismus, zumal es zusammen mit Rio+20 einen Doppelflop gab, schreibt ***Peter Wahl****.*

Mit den Gipfeln in London und Pittsburgh hatten die G20 den Eindruck erweckt, eine neue Qualität der multilateralen Zusammenarbeit bei der Regulierung des Finanzkapitalismus zu erreichen. Es gab Einsichten in die Ursachen der Krise, und viele der Reformvorschläge gingen in die richtige Richtung. Dennoch hat sich im Kerngeschäft der G20 praktisch nicht viel getan.

Versagen im Kerngeschäft

Die US-Reform (Dodd/Frank Act) wird von der republikanischen Mehrheit verwässert und blockiert. Das wenige, das umgesetzt wurde, wie die Reform der Finanzaufsicht, hat nichts genutzt. Sonst hätte es die jüngste Spekulationspleite von J. P. Morgan über 6 Mrd. US-Dollar nicht geben dürfen.
In der EU sieht es noch dramatischer aus. Vier Jahre nach dem Crash ist keine der wichtigen Reformen (>>> Beitrag von Markus Henn) – Eigenkapitalregeln, Schattenbanken, Derivate, Insolvenzregelung, Ratings – über Ankündigungen oder Gesetzesentwürfe hinausgekommen. Dafür hat sich die Finanzkrise untrennbar mit der Schuldenkrise und einer neuen Bankenkrise zu einer existentiellen Krise der EU verknotet.
Bei diesem Tempo wird man auch bei „Pittsburgh+20“ noch nicht viel weiter sein.

Selbstreferenzielles System

Seit Toronto erweisen sich die Gipfel zunehmend als selbstreferentielles System, das in seinen Aussagen allenfalls die diskursiven Kräfteverhältnisse widerspiegelt. Die Gipfelhermeneutiker mögen dann feststellen, dass es in diesem oder jenem Punkt Fortschritte in der „language“, in einer Formulierung des Kommuniqués gegeben hat. Unter den vielen „sowohl als auch“ und „unter Berücksichtigung nationaler Besonderheiten“ ist für jeden etwas zu finden - zumal die Spin-Doktoren ihren Chefs für Mexiko Schmusekurs verordnet hatten. Alle waren nett zueinander und simulierten weltpolitische Bedeutung des Meetings.
Aber die Zukunft der EU entscheidet sich in Berlin, Paris und ein bisschen in Rom, Madrid und Athen. Und die Zukunft des Weltfinanzsystems in Washington, Peking, Tokio, Berlin, London, Paris. Genau das ist das Problem.

Nationalstaat kein Auslaufmodell

Der entscheidende Akteur ist – ob man das gut findet oder nicht - noch immer der Nationalstaat, und hier in erster Linie der große Nationalstaat: die Großmacht, die in der Lage ist, dank ihrer Machtressourcen – Wirtschaftskraft, Militär, Politik, kulturelle Softpower etc. –multilaterale Prozesse zu beeinflussen oder zumindest blockieren zu können. Der Nationalstaat ist kein Auslaufmodell. Zwar ist richtig, dass er im Zuge der Globalisierung an Problemlösungs- und Steuerungsfähigkeit verloren hat. Aber der Multilateralismus hat das nicht kompensieren können. Das grundlegende Dilemma der Globalisierung ist ungelöst: nämlich die Schere zwischen der Globalisierung multipler Krisen auf der einen Seite und dem Fehlen eines politischen Instrumentariums zu ihrer Bearbeitung auf der anderen. Das gilt für die Finanzkrise gleichermaßen wie für die Klimakrise. Hier liegen die strukturellen Wurzeln für das Versagen des Multilateralismus. Schon die EU, immerhin die höchstintegrierte Gruppe von Nationalstaaten, ist unfähig, ihre Probleme zu lösen.

Pfadabhängigkeit überwinden

Dabei geht es nicht so sehr darum, dass das politische Personal unfähig oder verantwortungslos wäre, oder „nur der politische Wille“ fehlen würde. Den politischen Willen der G20 gibt es nicht, sondern eine Vielzahl widersprüchlicher politischer Willen bzw. Interessen. Diese sind ihrerseits die Resultante komplexer innerer Kräfteverhältnisse.
Wenn z.B. Merkel so vehement die Fahne der Austerität hochhält, dann im Kern nicht nur Rio plus 20 deshalb, weil das deutsche Akkumulationsmodell auf Wettbewerb und dem Bundesbank-Monetarismus beruht, sondern auch bei Funktionseliten wie auch in einer mittelständischen, aber weltmarktfähigen Industrie und deren Beschäftigten bis weit in die IG-Metall hinein eine soziale Basis hat. Auch wenn Sahra Wagenknecht Kanzlerin wäre, könnte sie das Ruder nicht von heute auf morgen herumwerfen. Es gibt eine Pfadabhängigkeit in komplexen Gesellschaften, die ökonomisch, juristisch, institutionell, kulturell etc. enorm verfestigt ist. Davon loszukommen ist ein komplizierter Prozess. Das gilt leider auch für den Pfad in den Abgrund.

Effekte der Multipolarität

Das internationale System ist im Übergang zur Multipolarität. China steigt zur Supermacht auf. Die USA sind noch die Nr. 1, aber deutlich angeschlagen. Die Schwellenländer befinden sich in Aufholjagd, und die EU steigt in die zweite Liga ab. Wir erleben den Anfang vom Ende der 500-jährigen Epoche der Dominanz des Westens über den Rest der Welt. Das merkt man auch auf G20-Gipfeln.
Dabei bilden sich inzwischen neue Allianzen, wie die der BRICS (Brasilien, Russland, Indien , China, Südafrika). Diese bereiten sich nicht nur gemeinsam auf G20-Gipfel vor, sondern planen auch eigenständige Projekte, wie eine Entwicklungsbank, die die Rolle von IWF und Weltbank relativieren dürfte.
In einer solchen Umbruchsituation bekommen Fragen der Rangordnung in der internationalen Hierarchie eine noch größere Brisanz als sonst. Die Aufsteiger wollen mit aller Macht nachoben, die Etablierten verteidigen ihre Position mit Zähnen und Klauen. Dieser Rationalität werden andere Interessen nachgeordnet. Das gilt für Finanzmarktreformen wie für Klima- und Umweltkrise gleichermaßen. Standortwettbewerb hat Priorität. Multilaterale Vereinbarungen werden nur soweit akzeptiert, wie sie in die nationalstaatlichen Interessen passen, und die multilateralen Foren werden zur Arena, in der die Interessenskonflikte ausgetragen werden.

Patchwork-Governance

All das ist jedoch kein Grund, die multilateralen Gremien einfach aufzulösen. Die Bemühungen um universelle Lösungen dürfen nicht aufgegeben werden. Aber sie sollten auf ein realistisches Maß heruntergeschraubt und die pompösen Gipfel-Shows zu echten Arbeitstreffen werden. Parallel dazu gilt es, andere Wege zu beschreiten. Zum Beispiel Koalitionen von Willigen, mit wechselnden Partnern bei wechselnden Themen. Ein vernünftiges Beispiel gibt es mit der Finanztransaktionssteuer, die zunächst im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit realisiert wird, weil es in der EU-27 nicht geht. Statt des großen, globalen Wurfs werden wir uns mit einer Art Patchwork-Governance bescheiden müssen. Bilaterale, plurilaterale und multilaterale Regulierungen werden sich als einzelne Elemente wenigstens zu einem Flickenteppich fügen.
Aber auch auf nationaler Ebene geht mehr als man denkt. Als Schäuble einseitig das Verbot des Verkaufs von Leerverkäufen beschloss, gab es großes Geschrei, auch bei SPD und Grünen, weil das angeblich uneuropäisch sei. Inzwischen bereitet die EU eine entsprechend Direktive vor.
Vorreiter, vor allem wenn es sich um große Spieler handelt, können eine Dynamik lostreten.
Das ist auch die Chance für die Zivilgesellschaft. Ihre Stärke liegt in der Fähigkeit zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung, bei Wertorientierungen, nicht auf dem Terrain der Gipfeldiplomatie nicht im technischen Kleinklein, sondern auf der Straße .

Quelle: WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung, 20.6.2012, http://www.weed-online.org

Vom selben Autor: **The G20 - overestimated and underperforming,** 13.06.2012: Vor dem Gipfel in Mexiko kommt WEED in seiner Analyse zu dem Schluss, dass die G20 überschätzt werden und eine enttäuschende Bilanz vorweisen. http://www.weed-online.org/themen/5995195.html

Mehr Informationen zum Alternativgipfel inklusive der Abschlusserklärung: http://www.coaliciong20.org/

Samir Amin, François Houtart, Ignacio Ramonet

Vier Bausteine

für eine wirklich multipolare Welt

Die unteren Zeilen gehören zu einem Text, den die drei Autoren für das Weltsozialforum Ende 2005 geschrieben haben („Sand im Getriebe“ Nr.48) . Sieben Jahre später lohnt es sich, die von ihnen formulierten vier Bedingungen für eine wirklich multipolare Welt, die einen Fortschritt für die Menschheit bedeuten würde, wieder aufzugreifen.
In der Nummer 97 werden wir dazu weitere Artikel veröffentlichen. (SiG-Redaktion)

(…) Die Herausforderungen, die die Errichtung einer wahrhaft multipolaren Welt stellt, sind größer als sich viele globalisierungskritische Bewegungen, die doch selber direkt oder indirekt in diesem Prozess involviert sind, vorstellen.

Im Augenblick geht es darum, das Militärprojekt der USA zum Scheitern zu bringen. Das ist die notwendige Bedingung, um einen hinreichenden **Spielraum zu schaffen,** ohne den jeglicher sozialer und demokratischer Fortschritt und jeder Vorstoß in Richtung einer multipolaren Konstruktion verletzlich bleiben. Die Gegnerschaft zum Krieg (Kosovo, Afghanistan, Irak...) in den Friedensbewegungen und in vielen anderen Widerstandsbewegungen drückt diesen Aspekt des Problems deutlich aus. Das US-amerikanische Projekt wird wahrscheinlich scheitern, weil es maßlos ist. Aber dieses Scheitern wird mit entsetzlichen Folgen für die Menschheit einhergehen.

Unter den folgenden vier Bedingungen könnte eine wirklich multipolare Welt einen passenden Rahmen für Erwartungen und Forderungen der Massenkämpfe abgeben:

- **Europa** schlägt den Weg des Sozialaufbaus ein, also eines langwierigen Übergangs zu einem weltweiten Postkapitalismus und fängt an, definitiv seiner imperialistischen Vergangenheit und Gegenwart den Rücken zu kehren;
- In **China** siegt der „Marktsozialismus“ über die illusionäre Fehlentwicklung zu einem nationalen Kapitalismus, der sich unmöglich stabilisieren lässt, weil er die Bevölkerungsmehrheit der ArbeiterInnen und Bauer/ Bäuerinnen ausschließt;
- **den Ländern des Südens** (Völkern und Staaten) gelingt es, eine gemeinsame Front aufzubauen. Das ist die Bedingung zur Eröffnung von Freiräumen, in denen die benachteiligten Bevölkerungsschichten nicht nur für sie günstige Konzessionen erlangen, sondern darüber hinaus den Charakter des etablierten Staatsapparats umprägen können, indem sie die dominierenden Blöcke, die mit den Interessen des Nordens liiert sind, durch nationale, volksnahe und demokratische Blöcke ersetzen;
- der **Aufbau der nationalen und internationalen Rechtsssysteme** verbindet den Respekt vor der nationalen Souveränität (von der Souveränität der Staaten bis hinauf zu derjenigen der Völker) einerseits mit dem Respekt vor den individuellen, kollektiven, politischen und sozialen Rechten andererseits, wie sie von den sich zusammenschließenden Sozialbewegungen und Anti-System-Organisationen gefordert werden.

Samir Amin, Ökonom, Präsident des FMA (weltweites Forum für Alternativen)
http://www.forumtiersmonde.net/fren/index.php?option=com_content&view=section&id=13&Itemid=114
François Houtart, Präsident des Trikontinentalzentrums (Cetri), http://www.cetri.be/spip.php?auteur30&lang=fr
Ignacio Ramonet, Direktor von Le Monde Diplomatique in Spanien, http://www.monde-diplomatique.es/

EUROPA

Europa von oben...

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."
(Jean-Claude **Juncker**, Vorsitzender der Eurogruppe, *SPIEGEL 52/1999* http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-15317086.html)

...Wir da unten...

Initiative aus Österreich: Unser Europa neu begründen

Den Fiskalpakt stoppen!

Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen!

So kann und so darf es nicht weitergehen: Das Projekt Europa steht auf der Kippe. Die Europäische Union befindet sich in einer Existenzkrise. Schon vor Ausbruch der Krise wurden die Weichen durch Konstruktionsfehler in der Währungsunion, neoliberale Deregulierungspolitik und die sträfliche Vernachlässigung von Arbeitsmarkt- und Verteilungspolitik sowie sozialer Sicherung und fehlende Steuerkoordinierung falsch gestellt. Mit dem neoliberalen Leitbild der Unterordnung unter die Dominanz der (Finanz-)Märkte trägt die EU nicht zur Lösung, sondern zur Verschärfung der Krise bei.

Statt die wahren Krisenursachen – wie u. a. die immer ungleichere Verteilung von Einkommen und Vermögen und die Deregulierung von Finanzmärkten – zu benennen, werden die Staatsdefizite zu einer (Sozial-)Staatsschuldenkrise umgedeutet, um damit eine desaströse Sparpolitik zu legitimieren.
Der europäische Fiskalpakt ist die Spitze des Eisbergs einer Reihe von europäischen Vorgaben, durch die politische und soziale Demokratie in den Mitgliedsstaaten irreparabel beschädigt wird und mittels derer öffentliche Ausgaben für den Sozialstaat radikal gekürzt werden.

Diese Politik ist

- **wirtschaftspolitisch kontraproduktiv**, da sie privaten und öffentlichen Konsum bzw. öffentliche Investitionen stranguliert und damit die Rezession befördert. Diese führt zu noch mehr öffentlichen Schulden.
- **sozial verantwortungslos**, weil sie die Spaltung zwischen den Mitgliedstaaten - aber auch innerhalb der Länder - vertieft.
- **demokratiepolitisch destruktiv**, weil sie demokratische Verfahren außer Kraft setzt und erkämpfte Errungenschaften der sozialen Demokratie (wie Tarifautonomie und soziale Sicherungssysteme) attackiert.

Diese Politik muss umgehend beendet werden! Wir fordern die österreichische Politik auf, ihre Unterstützung für diese destruktive Krisenpolitik zu beenden und den Fiskalpakt abzulehnen!

Will die Europäische Union eine Zukunft haben, **müssen die Weichen für ein solidarisches, ökologisches und demokratisches Projekt politisch neu gestellt werden**. Wir fordern die österreichische Regierung auf, sich nicht mit einer ad hoc Wachstumsinitiative, die an den Ursachen und der falschen Krisenpolitik der EU nichts Grundlegendes ändert, zufrieden zu geben, sondern sich vor allem einzusetzen für:

- Die Besteuerung von Finanztransaktionen und die umfassende Regulierung von Finanzmärkten.
- Eine Neuordnung des Bankensektors, insbesondere die Zerteilung von „too big to fail"-Banken, um systemische Risiken zu begrenzen.
- Die Entkoppelung der Finanzierung von Staatsausgaben von den Finanzmärkten.
- Die Neuorientierung der europäischen Geldpolitik an ausgewogener Wirtschaftsentwicklung und beschäftigungspolitischen Zielen.
- Die Beendigung der Umverteilung von unten nach oben mittels Steuerkoordination im Bereich von Vermögens-, Kapitalertrags- und Unternehmenssteuern sowie höheren Löhnen; insbesondere in jenen Ländern, die seit Jahren eine Niedriglohnpolitik verfolgt haben, u. a. auch Österreich.
- Eine umfassende Reregulierung des Arbeitsmarktes und eine Zurückdrängung des Niedriglohnsektors und der prekären Arbeit.
- Die Weiterentwicklung der EU zu einer Solidarunion**.**

Europa braucht eine Demokratieoffensive und eine neue identitätsstiftende Leitidee, in deren Zentrum Solidarität und Demokratie stehen. **Europa muss sich neu begründen!**

Der erste unmittelbare Schritt auf diesem Weg ist für uns die Ablehnung des Fiskalpakts und eine Neuverhandlung des fiskalpolitischen Rahmens und der steuerpolitischen Koordinierung. Mehr denn je braucht es jetzt aber eine öffentliche Debatte über die Zukunft Europas – über das Europa, das wir BürgerInnen wollen!

Lasst uns gemeinsam den Weg Europas in den Ruin stoppen und unser Europa neu begründen!

***http://www.unsereuropa.at/* Erstunterzeichner**: *Mag.a. Alexandra Strickner, Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand, Dr.in Michaela Moser, Freda Meissner-Blau, Politikerin ,Robert Misik, , a.o. Prof. Dr. Walter Ötsch, Alexander Pollak, Dr.in Elisabeth Klatzer, Gerhard Ruiss, Philipp Sonderegger, Dr. Kurt Bayer, Univ.-Prof. Dr. Birgit Sauer, Mag. Christian Felber, Prof. Dr. i.R. Helmut Kramer,Mag.a. Karin Küblböck, Bernhard Fleischmann, Franzobel, a.o. Univ. Prof. Dr. Andreas Novy, Mag. Markus Koza, Klaudia Paiha, Mag. a Sibylle Hamann, Univ. Prof. i.R. Dr. Emmerich Tálos, Dr. Trautl Brandstaller, Dr. Heinrich Keller, Lukas Oberndorfer, Reinhold Grausam,*
http://www.unsereuropa.at/unterzeichnerinnen.html
http://www.attac.at/news/detailansicht/datum/2012/06/27/aufruf-von-prominenten-unser-europa-neu-begruenden.html

Conrad Schuhler, ISW

Das Euro-Debakel – Was wird aus Europa ?

23. Juni 2012

(…) Wird es gelingen, über die nationalen Grenzen hinweg eine europäische Bewegung für soziale Politik und Demokratie zu entwickeln, die die Spar- und Schrumpfpolitiker zur Kurskorrektur zwingen kann? Eine Unterfrage heißt: Werden die Euro-Gewaltigen vor allem in Berlin den Euro und die Euro-Zone lieber platzen lassen, als dass sie eine solche Änderung hinnehmen?

Das Problem in einigen systematischen Schritten:

1.) Die Lage Europas ist in der Tat düster, doch handelt es sich nicht um ein europäisches Problem, sondern um die Krise des neoliberalen Akkumulationsmodells, also des Kapitalismus schlechthin

Die hohe Arbeitslosigkeit in Europa widerspiegelt die miserable sozioökonomische Lage. In Spanien liegt sie bei 24 %, in Griechenland bei 22 %, in Portugal bei 16 %, im Euro-Schnitt bei 11 %. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt oft um das Doppelte höher. In Spanien ist mehr als jeder zweite Jugendliche ohne Arbeit, in Griechenland fast jeder zweite. Die Lage in Euro-Land ist derzeit für große Teile der Bevölkerung verheerend, eine Zukunftsperspektive ist im Rahmen der vorherrschenden Politik nicht vorhanden, die Problemländer geraten immer tiefer in die Rezession.
Mittlerweile befinden sich neun der 17 Euroländer in einer solchen Rezession, haben also in zwei Quartalen hintereinander einen BIP-Rückgang. Nämlich: Belgien, Griechenland, Irland, Italien, Niederlande, Portugal, Slowenien, Spanien und Zypern. In der Regel ist der weitere BIP-Rückgang das Ergebnis der von Brüssel und der Troika – dem Dreier-Regime aus EU-Kommission, EZB und IWF – durchgesetzten Sparprogramme.

Die stereotype Formel aus Berlin lautet: Nur der Abbau der Schulden bietet die Chance für einen neuen Wirtschaftsaufschwung. Sonst fressen Zinsen und Schuldendienst jede wirtschaftliche Belebung auf.
Nun ist an diesem Argument natürlich was dran. Die Frage ist allerdings, wie man sinnvollerweise mit Zinsen und Schuldendienst umgeht. Es wäre zuallererst zu fragen, welche Kredite überhaupt „legitim" sind und welche sofort zu streichen sind und für die keinerlei Zinsen mehr gezahlt werden. Viele Kredite sind durch jahrelange Zinszahlungen schon weitgehend zurückgezahlt, ein entsprechender Schuldenschnitt ist längst überfällig.
Dies steckte ja im Wahlprogramm von Syriza und es wäre eine vernünftige Perspektive gewesen, allerdings mit der klaren Konsequenz eines Zusammenstoßes, einer Schlacht mit den internationalen Finanzmärkten und ihren politischen Agenten in nationalen Regierungen und internationalen Organisationen.

Um eine vernünftige Antwort auf die Schuldenproblematik zu finden, muss man sich darüber im Klaren sein, dass Schulden nicht ein Problem der sog. Südländer oder auch der Euro-Zone sind, sondern das Grundprinzip des kapitalistischen Akkumulationsregimes unserer Zeit.
Dies wird schlagend dadurch bewiesen, dass die Industrieländer von Japan und Großbritannien über die USA und Südkorea bis zu den Euroländern durchgängig hoch verschuldet sind und zwar in allen Bereichen – sowohl die Staaten wie die Unternehmen der Realwirtschaft, die Finanzinstitutionen und die Privathaushalte. Die Durchschnitte der Top 10 Industrieländer sind denen der Eurozone relativ ähnlich. Den Kapitalismus gibt es nur noch als Pumpkapitalismus. Wieso ist das so?

Es hat mit den Widersprüchen im Kapitalismus zu tun, wie sie Karl Marx in seiner „Kritik der Politischen Ökonomie" analysiert hat. Er analysiert dort den Doppelcharakter des Lohnes, der für den Kapitalisten zugleich Kosten- und Nachfragefaktor ist. Mit dem durch die Konkurrenz gegebenen Zwang, die Arbeitskräfte und Löhne möglichst zu minimieren, wird gleichzeitig die effektive Nachfrage und damit der Markt eingeschränkt. Es kommt deshalb regelmäßig zu einer Überakkumulation – an produktivem Potential – , die in periodischen, „kleinen" Krisen relativ schnell und wirksam abgebaut werden kann, wenn sich die Überakkumulation nicht allzu weit vom Marktvolumen entfernt hat. Dies funktionierte im sog. „Fordismus", als die Löhne sich in relativer Proportion zur Arbeitsproduktivität entwickelten und das gesamte Finanzsystem der Logik der Realwirtschaft untergeordnet war.
Dieses Grundprinzip des damaligen Akkumulationsregimes ist mit dem Neoliberalismus über Bord geworfen worden. Nun erleben wir ein gewaltiges, ständig wachsendes Übergewicht des Finanzkapitals über die Realwirtschaft und das entsprechende Anwachsen der Ansprüche des Geldkapitals an die reale Wirtschaftsleistung.
Während 1980 Sozialprodukt und Finanzvermögen noch gleich waren, ist das Finanzvermögen 2011 um das 3,7-fache größer als das Sozialprodukt. Unterstellt man einen –niedrigen – Zinssatz von 5 %, den die 231 Billionen US-Dollar schweren Geldvermögen einfordern, dann müssten jährlich fast 20 % des Welt-SP an die Geldvermögenden abgeführt werden, bevor der erste Cent für Löhne und Gewinne der Realwirtschaft, für Erziehung und Gesundheit usw. ausgegeben werden könnte. Tatsächlich erzielen die großen Vermögen sogar jährlich mehr als 10 % an Rendite. Das auf Wirtschaft und Gesellschaft lastende Gewicht der großen Vermögen wird immer drückender. Die Schulden, unter denen alle Welt stöhnt, sind in Wahrheit vor allem die Ansprüche der Reichen und Super-Reichen auf Zinszahlungen für ihre Kredite an Staaten und Unternehmen und Private.

Woher rührt dieses sich rasant entwickelnde Missverhältnis zwischen Finanzvermögen und Sozialprodukt?
Der Hauptgrund liegt in der dramatischen Verringerung des Anteils der Löhne am Volkseinkommen und dem ebenso dramatischen Zurückbleiben der Löhne hinter der Arbeitsproduktivität. Am Beispiel der USA zeigt sich, dass bis 1970 sich Löhne und Arbeitsproduktivität ähnlich stark entwickelten. Von 1975 bis 2005 stiegen die Arbeitnehmereinkommen aber, in 30 Jahren, nur noch um 8 %, während die Arbeitsproduktivität um 80% in die Höhe schoss. Fast alles, was zusätzlich an Werten produziert wurde, landete bei den Profiten der Unternehmer und Geldvermögensbesitzer. Die Masseneinkommen schrumpften im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung.
In Deutschland ist der Anteil der Arbeitnehmerentgelte seit 2000 um 6 Prozentpunkte gefallen. In den USA um 8 Prozentpunkte. In Deutschland sind das aktuell 150 Milliarden Euro im Jahr, die nun an Nachfrage dem Binnenmarkt fehlen, während sich die Geldvermögen gewaltig aufstauten – auf fast 5 Billionen Euro – und sich immer mehr auf Finanzprodukte konzentrierten.

Dies gilt auch für die Profite der Realunternehmen. Noch 1960 floss von ihren Profiten so gut wie nichts in Finanzpapiere, im neuen Jahrtausend hingegen wird dort fast die Hälfte der Profite platziert.

Die strukturelle Nachfrageschwäche – bzw. die galoppierende Überakkumulation – ist dem neoliberalen Akkumulationsmodell also in besonderem Maße eingebaut. Die neoliberale Maxime, die nationalen Volkswirtschaften zu möglichst optimalen Verwertungsfeldern für den globalen Wettbewerb auszubauen, führte dann zu einer schnellen Überführung der Wirtschaftskrise in eine Krise der Staatsfinanzen. Denn zu dieser Doktrin gehörte die zentrale Zielsetzung der möglichst großen steuerlichen Entlastung der Unternehmen und der Reichen.
In der EU sind die durchschnittlichen Unternehmenssteuern von fast 36 % in 1995 auf unter 24 % 2011 gefallen. Rechnet man für Deutschland alle Steuervergünstigungen für Spitzenverdiener, Reiche und Unternehmer zusammen, dann kommt man auf 50 Milliarden Euro, die dem Fiskus jährlich entgehen. Die staatliche Verschuldung ist demnach zum einen die Folge des Rückgangs der Besteuerung von Reichen und Unternehmen.

Die Staatsverschuldung geht ab dem Jahr 2007 abrupt steil nach oben. Mit der Sozialisierung der Verluste der Finanzmärkte – der Bankenrettung u.ä. – und den Konjunkturprogrammen zur Abwehr eines Konjunktureinbruchs werden die Staatsschulden in einem nie gekannten Ausmaß in die Höhe getrieben. Insgesamt wurden weltweit 15 Billionen $ dafür aufgewandt, ein Viertel des Welt-Sozialprodukts. In Deutschland sprang die Staatsverschuldung von 65 % auf über 80%, in Griechenland von 105 auf weit über 200 %, in Italien von 100 auf 120 %. Das Versagen der Finanzinstitutionen und die steuerliche Bevorzugung von Reichen und Unternehmen sind die Hauptgründe für die finanzielle Misere der Staaten.

2.) Das „Versagen Europas“ liegt im Kalkül, ist Berechnung der Euro-Gewaltigen, v.a. der in Berlin

Ein gemeinsamer Markt verschiedener Länder, die zwar in einer Monetärunion sind, aber über keine gemeinsame Wirtschafts-, Geld- und Sozialpolitik verfügen, muss zwangsläufig zu Leistungsbilanzüberschüssen der Länder mit der höchsten Wettbewerbskraft führen und zu Defiziten, d.h. Auslandsschulden, bei den schwächeren Ländern.
Vom ersten Tag der gemeinsamen Währung an hat Deutschland seine Exportüberschüsse erzielt und ausgebaut, während die sog. Problemländer ständig neue Defizite einfuhren. Seine Überlegenheit hat Deutschland im Lauf der Jahre sogar noch ausgebaut, indem es v.a. mit Hilfe der Hartz-Gesetze die Arbeits- und Sozialkosten weiter senkte. Der Vergleich in der Entwicklung der Lohnstückkosten einzelner Euro-Länder zeigt die wachsende Wettbewerbsüberlegenheit Deutschlands. Lohnstückkosten setzen die Arbeitskosten ins Verhältnis zur Arbeitsproduktivität. Danach ist Deutschland 2011 gegenüber dem gesamten Euro-Raum um 19,9 % billiger als 1999. Es ist klar, dass die Euro-Konkurrenten gegen Deutschland heute noch weniger Chancen haben als zu Beginn der Währungsunion.
Es gibt also nicht nur Verlierer des Euro, es gibt vor allem einen strahlenden Gewinner, nämlich Deutschland.

Und auch die Austerity-Politik, die die Problemländer vollends in die Katastrophe führt, verfolgt eine klare Linie. Einmal sollen die Länder so weit wie möglich ausgepresst werden, um ihre Schulden, die ständig wachsen, so weit wie möglich zu bedienen. Das „Memorandum 2“, das Griechenland aufgenötigt wurde und jetzt der eigentliche Gegenstand der Neuwahlen war, legt fest:

- Alle Basislöhne werden um 22 % gesenkt, für Neueingestellte um 32 %.
- Die Auszubildenden-Vergütung wird um über 20 % gekürzt.
- Alle sonstigen Löhne und Gehälter werden bis 2015 eingefroren.
- Alle bisher geltenden Tarifverträge werden mit dem 12.2.2013 ungültig.
- Alle Vollzeitarbeitsplätze in öffentlichen Unternehmen werden in befristete Arbeitsverträge umgewandelt.
- Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor wird bis 2015 um 150.000 verringert.
- Die Renten des öffentlichen Dienstes, in der Telecom und der Bankbeschäftigten werden um 15 % gekürzt.

Diese Kürzungen sind nicht nur fatal für die große Masse der abhängig Beschäftigten und auf soziale Transfers Angewiesenen – sie werden auch unweigerlich zu einer weiteren wirtschaftlichen Schrumpfung führen. Für Griechenland selbst rechnet die Troika mit einem weiteren BIP-Rückgang 2012 um rund 5 %. In Portugal werden es klar über 3 % sein, in Spanien liegen die Prognosen ähnlich.
Mit dem Rückgang des BIP werden die Steuern, also die Staatseinnahmen, weiter sinken, während die Ausgaben des Staates allein aufgrund der rapide steigenden Zinsen für die Schulden und Neuanleihen weiter in die Höhe gehen. Wie sollen diese Länder die Zielsetzung, ihre Staatsdefizite drastisch zu verringern, unter diesen Bedingungen – sinkende Einnahmen, wachsende Zinszahlungen – je erreichen? Sie können es nicht, die Spar- und Schrumpfpolitik der Troika, wesentlich angetrieben von der Berliner Regierung, verurteilt die Problemländer zu weiterem Niedergang.

Warum verfolgen die Euro-Gewaltigen diese Politik? Wahr ist, dass in der Eurozone über die richtige Politik gestritten wird, aber wahr ist ebenso, dass sich bisher die Austerity-Politik klar durchgesetzt hat. Warum ist das so? Begreifen die Verantwortlichen nicht, wohin sie steuern?
Sie begreifen das sehr wohl. Sie haben drei Gründe, warum sie das Austerity-Konzept verfolgen:

1. Der Abbau der Staatsschulden ist das neue Mantra des Neoliberalismus: runter mit dem Staat; runter mit den Ansprüchen, hoch mit der Opferbereitschaft.
Dass Löhne, Renten und Sozialleistungen minimiert werden, war von jeher das Ziel des Neoliberalismus. Nun ist zwar der Neoliberalismus allgemein bis auf die Knochen blamiert, aber die sog. „Gesundung“ der Staatsfinanzen erfordert angeblich die Deckelung des Sozialstaates und überhaupt der Ansprüche aller, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängen. Statt höherer Ansprüche hat mehr Opferbereitschaft stattzufinden.

2. Mit der „Rettungspolitik“ wird die Demokratie außer Kraft gesetzt.
Mit dem Verfahren „Kredite gegen Kontrolle“ und in Zukunft mit dem Fiskalpakt wird die Demokratie in den einzelnen Ländern auf breiter Front ausgehöhlt. Nationale Parlamente dürfen ihre Haushalte erst nach Genehmigung durch die EU-Kommission beschließen. Diese überwacht auch die Entwicklung der Löhne und die „Finanzierbarkeit der Renten, Gesundheitsfürsorge und Sozialleistungen“. Das Volk, der „große Lümmel“ (Heine), wird im Namen der Euro-Sparpolitik an die Leine gelegt.

3. Euro-Europa soll fit gemacht werden für die Konkurrenz mit Asien. Kenneth Rogoff, Harvard-Professor und seit seiner Vorhersage der Finanzkrise einer der Hauptgurus der Ökonomen-Zunft, kann im „Spiegel“ breit ausführen, dass die Südeuropäer begreifen müssten, dass ihr Lebensstil unter den Bedingungen der Globalisierung nicht zu halten sei. Mit Hinweis auf die Konkurrenz in Asien führt er aus, Griechen und andere müssten sich ihre Löhne um die Hälfte senken lassen. In die selbe Kerbe haut der Chef der WTO, Lamy, der sagt, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Firmen müsse gegenüber den zukünftigen Hauptkonkurrenten China und Indien verbessert werden. Dies ginge nicht mehr über Qualitätsunterschiede, sondern verlange die Senkung der Arbeitskosten.

Dieses Fitmachen für den Wettbewerb mit der asiatischen Konkurrenz gilt für den gesamten Euroraum und geht weit über die Sanierung maroder Staatshaushalte hinaus. Es geht um eine grundlegende sozialpolitische Degradierung der gesamten Eurozone. Finanzminister Schäuble hat Deutschland da zuvorderst miteinbezogen, indem er erklärte, die Bundesrepublik müsse in diesem Prozess „Vorbild durch Beispiel“ unter Beweis stellen.

3. Die neuen Euro-Pläne: noch strafferes Regiment der Reichen und der Zentrale

Angesichts der Zuspitzung in Griechenland und Spanien und auch Italien tritt der Euro in eine entscheidende Phase und es ist noch nicht ausgemacht, ob er einen Austritt Griechenlands und eine anhaltende Rettungsbedürftigkeit Spaniens überleben würde. Spanien hat ein fast sechsfach höheres BIP als Griechenland, ist die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Eurozone. Doch es kommt nur noch zu besonders hohen Zinsen an Staatskredite heran, sie sind für das Land nicht mehr bezahlbar. Also liefe alles auf Kredite, Rettungszahlungen aus dem ESM hinaus, der aber damit überfordert würde. Im geplanten Europäischen Stabilitätsmechanismus stehen 500 Mrd. Euro bereit, von denen bereits 100 Mrd. an die spanische Regierung zur Weitergabe an die Banken des Landes vergeben sind. Von 2012 bis 2014 muss Spanien aber allein an Staatsanleihen rund 300 Milliarden zurückzahlen, wofür es an den Finanzmärkten keine Kredite mehr, außer zu Horrorzinsen, erhält. Die neuen Kredite müssen also aus dem ESM-Topf kommen. Italien, das für seine langfristigen Anleihen mittlerweile schon rund 6 % Zinsen zahlen muss, hat bis 2014 fast 590 Milliarden Euro an Staatsanleihen zurückzuzahlen. Über den Finanzmarkt kann es sich nicht refinanzieren. Die Euro-Rettungstöpfe reichen aber bei weitem nicht aus. (...)

4. Die Alternative: Nur ein solidarisches, soziales Europa ist als Union lebensfähig

Will man wirklich eine Politik der Rettung von Euro und Euro-Union betreiben, man muss die neoliberalen Strukturen der Eurozone, die die Grundlage der Probleme bilden, überwinden.
Aus wirtschaftspolitischer Sicht müssen folgende Korrekturen vorgenommen werden:

1. Die Union muss von einer im gegenseitigen Wettbewerb stehenden Monetärunion zu einer solidarischen Gemeinschaft werden
Es kann nicht länger um Schuldentragfähigkeit, um Wettbewerbsfähigkeit und um Sparwilligkeit der Mitglieder gehen, sondern um die solidarische Übernahme als berechtigt eingestufter Schulden und um die Entwicklung einer Struktur- und Entwicklungspolitik aller. Zu den Imperativen der Entwicklungspolitik gehören die Ziele der Vollbeschäftigung, guter und gut bezahlter Arbeit und hochqualifizierter Ausbildung. Ebenso gehört dazu, dass die volkswirtschaftlichen Ungleichgewichte verschwinden müssen. Die bisherigen Überschussländer, vor allem Deutschland, müssen ihre Exporte zurückfahren und dementsprechend ihren Binnenmarkt ausbauen. Die bisher in die Exportüberschüsse fließenden Waren müssen in Zukunft einen Markt im Innern vorfinden. Der wesentliche Punkt hierbei ist die spürbare Erhöhung der Masseneinkommen. Die Exportüberschüsse betragen derzeit rund 5 % des BIP. Um diese Prozente müssten die Masseneinkommen steigen, soll das Ungleichgewicht abgebaut werden, ohne dass es zu Nachfrage- und Produktionsrückgängen kommt.
Die Erhöhung der Masseneinkommen ist auch das oberste Gebot in den bisherigen Defizitländern. Denn bisher wurde das Defizit über Schulden finanziert. Die Schulden sollen verschwinden, ohne dass die Nachfrage in den Ländern zurück geht. Dies ist nur möglich bei drastischer Erhöhung der Masseneinkommen.

2. Unternehmen und Reiche müssen weit höher besteuert werden
Die Verschuldung der Staaten ist nicht zuletzt auf die Drosselung der Staatseinnahmen im Gefolge ständiger Steuersenkungen für Reiche und Unternehmer zurück zu führen. Deren Steuervergünstigungen haben in Deutschland zu einem jährlichen Steuerausfall von 50 Milliarden Euro geführt. Seit 1997 ruht in Deutschland die Vermögenssteuer. Würde man allein den deutschen Millionären – von denen es eine knappe Million gibt – 50% ihres Reichtums wegsteuern, würde der Fiskus 1,1 Billionen Euro einnehmen, mehr als die Hälfte aller Staatsschulden.

3. 1 % Reiche – 99 % der subalterne Rest: diese absurde Zweiteilung muss beendet werden
Das private Geldvermögen hat sich in Deutschland seit 1990 verdreifacht, auf fast 5 Billionen Euro. Weltweit ist das Finanzvermögen fast viermal höher als das Sozialprodukt. Die Zinsansprüche an die jährliche Wirtschaftsleistung sind nicht mehr zu realisieren, ohne dass die Realwirtschaft in die Krise stürzt. Auch deshalb muss die Unterteilung in ständig reichere Reiche und den ständig schwächeren großen Rest der Gesellschaft beendet werden. Dazu gehört die eben aufgeführte Einführung einer hohen Vermögenssteuer. Dazu gehört ebenfalls die höhere Besteuerung der Spitzenverdiener. Überhaupt brauchen wir eine neue Bewertung der menschlichen Tätigkeiten: jede produktive, gesellschaftlich nützliche Arbeit muss anständig entlohnt werden, die Masseneinkommen müssen gegenüber den Spitzen beträchtlich zunehmen. Mehr soziale Gleichheit ist auch ein wichtiges Merkmal einer funktionierenden Wirtschaft.

5. Die Wirtschaft muss demokratisch werden – angefangen beim Finanzsektor
Wenn die Wirtschaft wirklich den Menschen dienen soll, dann müssen diese Menschen darüber entscheiden können, was auf welche Weise produziert wird. Wenn, wie das Grundgesetz es vorschreibt, Eigentum dem Wohl der Allgemeinheit zu dienen hat, dann muss diese Allgemeinheit die Entscheidungsgewalt über den Einsatz und die Entwicklung der Produktionsmittel und der Arbeitskräfte haben. Hier gibt es eine Menge an konkreten Probleme zu diskutieren und zu lösen: Wie soll die demokratische Kontrolle effektiv organisiert werden? Wie sollen die verschiedenen Ebenen – lokal, regional, national – und die verschiedenen Bereiche – Selbständige, Kleinbetriebe, Mittel- und Großbetriebe, die Ebenen von Wirtschaft, Politik, Kultur – miteinander verbunden werden? Komplizierte Fragen, aber die gilt es zu lösen. Und beginnen muss es jetzt mit dem Finanzsektor. Das Volumen und die Macht der Finanzinstitutionen belasten die Volkswirtschaften bis hin zur Gefahr neuer Krisenexplosionen. Im Finanzsektor wird entschieden, für welche Ziele und zu welchen Bedingungen Gelder für Investitionen eingesetzt werden. Deshalb muss hier mit der Wirtschaftsdemokratie begonnen werden. Jede Spekulation muss verboten werden. Banken haben sich auf diesen Geschäftskern zu konzentrieren: den Geldverkehr zu regeln, die Einlagen der Kunden zu sichern und vernünftige, gesellschaftlich sinnvolle Kredite zu vergeben. Dies kann nicht der Investmentausschuss der Deutschen oder der CommerzBank dekretieren, dies kann nur eine demokratisch bestimmte Bank. Die Forderung nach einer demokratischen Verfassung des Finanzsektors stößt heute nach den Erfahrungen der Finanz- und Bankenkrise weithin in der Bevölkerung auf Zustimmung.

Dennoch ist klar: Die angeführten notwendigen Veränderungen setzen eine grundlegende Veränderung der politischen Machtverhältnisse voraus. Bei den Wahlen in Griechenland und Frankreich haben eurokritische Kräfte Zuwächse erzielt. Dennoch bleibt festzuhalten, dass der Neoliberalismus sich trotz des Erstarkens von Occupy- und Demokratie-Jetzt-Bewegungen vor allem in Südländern fest im Sattel hält. Vor allem in Deutschland ist auch die ideologische Dominanz des Neoliberalismus offenkundig. Dies gilt

auch und gerade für die Gewerkschaften, die in der Tarifrunde, gemessen an den letzten Jahren, relativ gute Ergebnisse durchsetzten, doch damit argumentierten, nun müssten auch die Arbeitnehmer am Aufschwung und der starken Wettbewerbsstellung der deutschen Wirtschaft „fair beteiligt“ werden. Gerade im „Sonderfall Deutschland“, das fast als einziges Land bisher von der Euro-Krise sogar profitiert – s. die niedrigen Zinsen für deutsche Anleihen – bleiben die Gewerkschaften bei der Orientierung am gemeinsamen Modell, gerieren sich als Sozialpartner, nicht als Organisation, die eine andere Gesellschaft, im Inneren, europaweit und weltweit will. Wir brauchen ein anderes politisches Kräfteverhältnis. Die Kräfte der Arbeiterklasse und verbündeter Bewegungen und Strömungen, die auf eine neue Gesellschaft drängen, sind noch zu schwach – vor allem im Euro-Hauptland Deutschland und selbst in den sog. Südländern. Das scheint mir die Hauptaufgabe zu sein: In der Arbeiterbewegung, in neuen sozialen Bewegungen und Gruppen die Notwendigkeit des strukturellen Wandels und die notwendigen Schritte dorthin zu erklären.

Quelle: http://www.isw-muenchen.de/
Vom gleichen Autor: *Die Große Krise – können wir die Transformation zu einer solidarischen Wirtschaft jenseits des Kapitalismus schaffen?*

Florenz 10+10: Kräfte sammeln für ein anderes Europa

Vorbereitung eines Europäischen Sozialforums,1.-4. November 2012

Vor zehn Jahren war Florenz Gastgeber für das erste European Social Forum. Das war ein ganz besonderer Moment und der Auftakt europaweiter Veranstaltungen, die Analysen, Vorschläge und Lösungen präsentierten. Diese hätten – wenn sie in effektive Politik umgesetzt worden wären – wahrscheinlich Europa und der Welt den Absturz in die furchtbare Wirtschafts-, Umwelt-, Sozial- und Demokratiekrise, in der sie jetzt stecken, erspart.

Heute, zehn Jahre danach, haben sich die sozialen Bewegungen verändert, neue Akteure sind aufgetaucht, es gab Niederlagen aber auch Siege, so wie der bei der letztjährigen italienischen Volksabstimmung über das Wasser und die Gemeingüter.
Heute besteht in Europa die dringende Notwendigkeit, einen öffentlichen europäischen Raum, wenn auch in neuer Form, aufzubauen. Wir wollen auf die nächsten 10 Jahre mit gemeinsamen Zielen, Agenda und Strategien blicken. Die Krise – in ihren vielfältigen Aspekten – und die Sparpolitik können überwunden werden, aber uns ist bewusst, dass wir, um dies zu erreichen, aus der Zersplitterung und der Abkapselung in unserer jeweiligen nationalen Dimension herauskommen müssen. Nur vereint können wir gewinnen.

“Florence 10+10” will ein integrativer, offener und gemeinsamer Raum sein, den wir nützen können, um Bündnisse und konkrete gemeinsame Initiativen zu gründen, um gemeinsame Aktionen auf europäischer Ebene durchzuführen. Es bleibt nicht viel Zeit, Europa vor der tödlichen Erstickung durch Neo-Liberalismus, Technokratie und Post-Demokratie zu retten; um zusammen das Europa der Völker, der Rechte und der Demokratie aufzubauen.

Vom selben Geist getragen, von verschiedenen Netzwerken auf dem ganzen Kontinent organisiert, fanden in den vergangenen Monaten zahlreiche bedeutungsvolle Initiativen statt, die auf eine Wiederverbindung abzielen. Wir sind Zeugen eines ermutigenden Aufblühens von Initiativen in Osteuropa und im Mittelmeerraum, die einem erweiterten Europa Form und Substanz geben, für das die sozialen Bewegungen schon immer gekämpft haben. *Florenz 10+10* ist ein weiterer Schritt auf diesem kollektiven Weg, der dabei ist, sich selbst zu erschaffen.

Die Treffen und die internationalen Initiativen zur Annäherung, die für die kommenden Monate geplant sind, können auch Teil der Planung für den Termin in Florenz werden. Unsererseits möchten wir bei einer beweglichen und schrittweisen Gestaltung von *Florence 10+10* mitwirken. Gleichzeitig laden wir euch ein, an dem europäischen Seminar teilzunehmen, das im Rahmen des World Social Forum vom 14. bis 16. September in Mailand geplant ist, welches auch zur Vorbereitung des Events in Florenz dienen soll.
Viele andere, von verschiedenen Netzwerken organisierte, Termine können Teil des vorbereitenden Prozesses in jedem Land sein, einschließlich der Vorbereitungsveranstaltung für das **Weltsozialforum (WSF) 2013** in Monastir**, Tunesien** und hoffentlich einer in Griechenland, der einen star-ken politischen und symbolischen Wert hätte.

Wir laden euch ein, von euren Netzwerken geplanten, verbindenden Initiativen nach Florenz mitzubringen. Mit dem konkreten Ziel, zusammen Wege für eine gemeinsame, europaweite Strategie aufzubauen. Die Website von Florenz 10+10 wird beginnen, diese Initiativen und ihre Vorschläge zusammenzutragen, als erste Bausteine des Programms. Es ist entscheidend, so schnell wie möglich mit allen interessierten Organisationen und Netzwerken in Kontakt zu treten.

Wir freuen uns auf euer Kommen nach Florenz, vom 1. - 4. November 2012. Wir wünschen uns, dass Florenz 10+10 zur erneuten Verbindung der Kämpfe, des Widerstands, der Alternativen und zum Wiederaufbau, von Grund auf, eines populären, demokratischen, öffentlichen Raums in Europa beitragen wird.

Das Veranstalter-Komitee von Florenz 10+10,
Das italienische WSF Netzwerk
http://www.firenze1010.eu
Kontakt: info@firenze1010.eu

Hans Jürgen Urban (IG Metall) auf der Konferenz "**Eure Schulden - unsere Demokratie**" im Mai 2012 in Wien:

Vortrag : „Europa neu begründen. Den Marsch in den Ruin stoppen. Aktuelle Mobilisierung gegen Merkels Austeritätspolitik.“
Video (19 Min.): http://www.wege-aus-der-krise.at/aktionen/aktionskonferenz/dokumentation/urban.html

*Zusammenfassung: „**Was ist jetzt zu tun?“ 3 Elemente einer solidarischen Gegenstrategie**: **1. Gegenaufklärung:** „Wir als Linke haben den Kampf um die Krisendeutung verloren“ - „Die Kapitalmärkte versuchen, sich als neuer Souverän zu etablieren.“ „Demokratiealarm“ **2. alternativer Entwicklungspfad erarbeiten:** Linker Keynesianismus wahrscheinlich richtig zur kurzfristigen Stabilisierung, aber kein naiver Wachstumoptimismus! Ziel: eine ökosoziale Wirtschaftsdemokratie – Solche Konzepte laufen aber diametral den Interessen der ökonomischen und politischen Elite entgegen - Kapitalismusdiskussion auf die Tagesordnung setzen (Hinweis auf D. Harvey „Akkumulation durch Enteignung“) **3. Handeln** : Eine Mobiliserung mit langem Atem für den Kurswechsel aufbauen; Bündnispartner gewinnen – Ziel: Unsere Alternativen mehrheitsfähig machen*

Die gesamte Konferenz ist aufgezeichnet worden, Auftaktveranstaltung mit **Walden Bello** (Focus on the Global South), **Jürgen Kaiser** (Erlassjahrkampagne) und **Kunibert Raffer** (Universität Wien)
http://www.wege-aus-der-krise.at/aktionen/aktionskonferenz/dokumentation/bello.html

ICAN – International Citizen debt Audit Network
illegitime Schulden in Frage stellen

Für groß angelegte Mobilisierungen in Europa und dem Mittelmeerraum im Herbst 2012!

Überall dieselbe Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise: In allen Ländern werden im Namen der Reduzierung des Staatsdefizits und der Tilgung der Schulden Kürzungen sowie Spar- und Austeritätspläne angewendet. Diese Staatsverschuldung – eine direkte Folge der seit über 20 Jahren betriebenen neoliberalen Politik – dient nun den Regierungen - im Dienste der Finanzmärkte und des europäischen Großkapitals - als Vorwand dafür, die Sozialabgaben noch mehr zu kürzen, die Löhne und Altersrenten zu senken, die Gesundheitssysteme zu privatisieren, die sozialen Errungenschaften zu beseitigen, das Arbeitsrecht zu deregulieren und die Steuern der meisten zu erhöhen, während den Großunternehmen und Vermögendsten Steuer- und soziale Geschenke flächendeckend zuteilwerden.

So brutale Maßnahmen wie diejenigen, die nun seit zwei Jahren im „sozialen Labor" Griechenland durchgeführt werden, werden auch in Portugal, Irland, Spanien, Italien und osteuropäischen Ländern angewendet. In Lettland, Rumänien, Ungarn und Bulgarien begann schon die betrübende Litanei der Sparpläne mit damit einhergehenden drastischen Haushaltskürzungen (Senkung der Löhne, Schließung von Schulen und Krankenhäusern, Abschaffung oder Senkung von sozialen Zuschüssen, Erhöhung der Mehrwertsteuer ...). **Keines der europäischen Völker bleibt davon verschont**. Überall Unternehmensschließungen, auf dem Altar des kurzfristigen Profits werden buchstäblich **Industriebrachen** geschaffen. Überall verschärfen sich die sozialen Ungleichheiten. Die Staatsschulden nehmen zu und in vielen Ländern setzt sich die Rezession fest. Diesen politischen Kurs, der nur zur Steigerung der Arbeitslosigkeit und des Elends führt, müssen wir radikal ablehnen.

Zu guter Letzt: Technokraten werden von Gläubigern ohne allgemeine Wahlen als Regierung eingesetzt; damit werden die elementarsten demokratischen Regeln mit Füßen getreten. Neue europäische Abkommen (der ESM – der Europäische Stabilitätsmechanismus – und der Fiskalpakt – Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion) werden auf Kosten der Demokratie und zu Gunsten der Finanzmärkte und hinter dem Rücken der Bevölkerungen verabschiedet, wobei sie die Immunität der hohen Europabeamten einführen, eine Beteiligung des Privatsektors unter enger Zusammenarbeit mit dem IWF vorsehen, dem Staatsdefizit eine Höchstgrenze auferlegen und die Tilgung der Staatsschulden als prioritär anerkennen, ganz gleich, welche Folgen sie nach sich zieht.

Angesichts dieser abgestimmten Angriffe auf unsere sozialen Errungenschaften organisiert sich der Widerstand der Völker Europas und des Mittelmeerraums. Es gibt Generalstreiks und die Bewegungen der Empörten verstärken ihre Aktivitäten. In Island hat die Bevölkerung die Rückzahlung der Schulden von „Icesave" an das Vereinigte Königreich und die Niederlande abgelehnt und damit gezeigt, was möglich war. In Europa sowie in Ägypten und Tunesien arbeiten Initiativen für ein Schuldenaudit der Bürger daran, den illegalen, illegitimen, verabscheuungswürdigen oder unzumutbaren – und deshalb zu streichenden – Teil der Staatsverschuldung zu bestimmen. Die Rückzahlung an die Gläubiger beraubt die Bevölkerungen ihres legalen Eigentums und die Fortführung der Schuldentilgung zieht Schließungen von Schulen und Krankenhäusern, Rentenkürzungen usw. nach sich. Der griechische Widerstand dauert seit zwei Jahren an und die jüngsten Wahlen brachten eine starke Ablehnung der aktuellen neoliberalen Politik zum Ausdruck. Wir möchten hier betonen, dass wir die Ablehnung jeder Verhandlung mit der Troika und deren Memoranden (schlicht und einfach ruchlose Anforderungen der Gläubiger) fest unterstützen. Es ist ja der Wunsch, den das griechische Volk bei dem Wahlgang am 6. Mai 2012 geäußert hat.

Nichtsdestotrotz konnte die neoliberale Dampfwalze noch nicht gestoppt werden, weshalb es für die Bevölkerungen und Organisationen an der Zeit ist, in einem größeren Maßstab zu mobilisieren. Wie auch andere europäische und internationale Netzwerke, so z. B. die Joint Social Conference, ruft das Internationale Netzwerk für den Bürgeraudit (ICAN – International Citizen debt Audit Network) zum Aufbau einer einheitlichen Mobilisierung der gesamten sozialen Bewegungen auf, dem sich alle anschließen dürfen und sollten: Gewerkschaften, Empörtenbewegungen, Frauenbewegungen, globalisierungskritische NGO und Vereine, politische Organisationen und Persönlichkeiten, einfache Bürgerinnen und Bürger, Intellektuelle, Künstlerinnen und Künstler.

Eingedenk der Notwendigkeit, die Massenmobilisierungen miteinander abzustimmen, rufen wir zu gemeinsamen **groß angelegten Mobilisierungen in Europa und dem Mittelmeerraum im Herbst 2012** auf, für ein internationales Zeichen der Solidarität mit dem griechischen Volk und gegen illegale, illegitime, verabscheuungswürdige oder schlicht unhaltbare Schulden und „Sparmaßnahmen". Auf eine zeitliche Nähe zu der traditionellen internationalen Aktionswoche gegen Schulden und internationale Finanzinstitutionen ist zu achten, die dieses Jahr mit dem 25. Todestag Thomas Sankaras zusammenfällt.

In diesem Sinne rufen wir auch zur Schaffung oder Stärkung basisdemokratischer Komitees zusammen mit lokalen Schuldenaudit-Gruppen in allen europäischen Ländern auf. Sie würden die Angriffe der EU bekämpfen und das Fundament unserer Solidarität mit den Griechen und allen bedrängten Völkern bilden.
Zusammen können wir es schaffen!

Zur Unterzeichnung schicken Sie eine E-Mail an: debtauditineuromed[at]gmail[dot]com

NB: Zur effizienteren Koordinierung findet ihr in allen Ländern, in denen das Internationale Netzwerk für den Bürgeraudit bereits vertreten ist, mehr unter:
Deutschland, http://blockupy-frankfurt.org
und http://www.attac-netzwerk.de/ag-schulden
und http://www.zukunftskonvent.de/
Belgien, http://www.sauvetage-dexia.be/ und www.cadtm.org
Ägypten, http://www.dropegyptsdebt.org/
Spanien, http://auditoria15m.org/
Frankreich, http://www.audit-citoyen.org/ und https://sites.google.com/site/referendumdette/ .
Griechenland, http://www.contra-xreos.gr/
und www.elegr.gr
Irland, http://www.notourdebt.ie/
Italien, http://rivoltaildebito.globalist.it/ und www.smontaildebito.org
Polen, http://nienaszdlug.pl/
Portugal, http://auditoriacidada.info/
Vereinigtes Königreich, http://www.jubileedebtcampaign.org.uk/
Tunesien, http://www.tunisie.attac.org/dette/index.php
und http://zelzel.net/

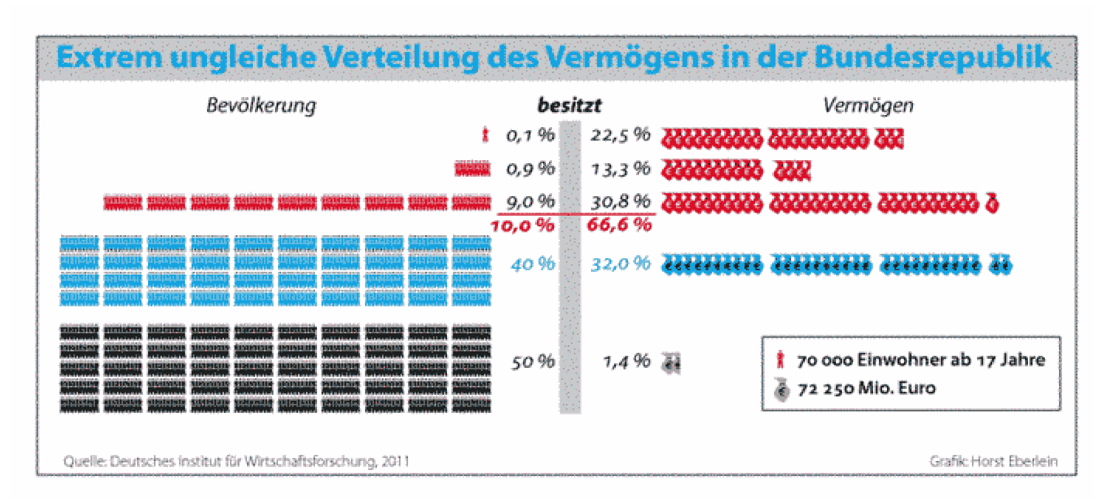
http://www.cadtm.org/For-joint-actions-around-the-Greek
Übersetzt von Michèle Mialane (Tlaxcala) und coorditrad/ Redaktion von „Sand im Getriebe"

S. auch den Vortrag von Patrick Saurin, (Collectif pour un audit de la dette public): Der Schuldenfalle entkommen! Kampagne - Video: http://www.wege-aus-der-krise.at/aktionen/aktionskonferenz/dokumentation/saurin.html

29. September 2012 Aktionstag

„Umfairteilen – Reichtum besteuern!“

http://umfairteilen.de



Leere öffentliche Kassen treffen uns alle

Immer mehr Schulen und Universitäten sind in marodem Zustand. Bibliotheken und Schwimmbäder schließen. In der Alten- und Krankenpflege herrscht entwürdigender Spardruck. Die Zahl der Kitaplätze ist weiter viel zu gering und notwendige Investitionen in Energiewende und Nahverkehr bleiben aus. - Die Finanznot der öffentlichen Haushalte trifft uns alle.

Seit Jahren werden die öffentlichen Kassen ausgetrocknet. Erst durch üppige Steuergeschenke an Reiche und Konzerne, zuletzt durch riesige Rettungspakete für Banken und gegen die andauernde Finanzkrise. Dabei ist eigentlich mehr als genug Geld da: Der öffentlichen Armut in Deutschland steht ein Privatvermögen von über acht Billionen Euro gegenüber. Allein die privaten Vermögen der reichsten zwei Prozent sind so hoch wie alle öffentlichen Schulden in Deutschland zusammen. **Demokratie und sozialer Zusammenhalt sind bedroht**

So aber wird die Situation immer bedrohlicher: Für die Folgen der Finanzkrise sollen in ganz Europa die Menschen mit Lohn- und Sozialkürzungen bezahlen. Die Spekulanten an den Finanzmärkten hingegen lässt man gewähren. Ungeniert treiben sie ganze Staaten mit ihren Wucherzinsen immer weiter in die Schuldenfalle. Auf der Strecke bleibt die Demokratie, wenn nur noch der Rotstift regiert und es für die Politik fast nichts mehr zu gestalten gibt.

Zugleich wächst in Deutschland die Kluft zwischen Arm und Reich rasant. Jedes siebte Kind ist mittlerweile von Armut betroffen. Hunderttausende Menschen werden mit Niedrig- und Armutslöhnen abgespeist. Und für immer mehr Menschen reicht die Rente für ein Alter in Würde nicht mehr aus. Der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist ernsthaft bedroht. Wohin das führen kann, zeigen die USA: Vorstadtviertel im Elend, eine hohe Kriminalitätsrate und Reichenviertel hinter Stacheldraht und Alarmanlagen. **Geld ist genug da – umfairteilen!**

In dieser Situation gibt es nur einen seriösen Ausweg: Das wachsende Privatvermögen der Reichen und Superreichen muss endlich wieder besteuert werden. Sie müssen dringend zur Finanzierung der notwendigen öffentlichen Ausgaben und zum Abbau der Staatsverschuldung herangezogen werden.

Dazu fordern wir:
- eine dauerhafte **Vermögenssteuer** sowie eine einmalige **Vermögensabgabe,** am besten europaweit koordiniert,
- einen konsequenten **Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen** und
- eine **Steuer auf Finanzmarktgeschäfte,** gegen die Spekulation und zur Bekämpfung der Armut, weltweit.

Dafür machen wir gemeinsam Druck. Seien auch Sie mit dabei!

Mehrere Verdi-Präsentationen mit Graphiken zu mehreren Themen (Löhne und Verteilung / Reichtum/ Steuern):
http://wipo.verdi.de/grafiken_und_praesentationen

Botschaft an die G20: Wähler wollen Beitrag der Banken zur globalen Wirtschaft
Weltweite Umfrage zeigt, dass 63% für eine Finanztransaktionssteuer sind

18. Juni 2012: Aus einer vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) in Auftrag gegebenen neuen Umfrage in 13 Ländern geht hervor, dass 63% der Befragten für eine Finanztransaktionssteuer (FTS) – häufig auch als Robin-Hood-Steuer bezeichnet – sind, um die Banken und Finanzinstitutionen dazu zu veranlassen, ihren Teil zur Krisenbewältigung beizutragen.

Größte Unterstützung in Frankreich (88%), Deutschland (82%), Großbritannien (76 %) und den USA (63%)
http://www.ituc-csi.org/botschaft-an-die-g20-wahler-wollen.html

Zur Eurokrise und zur Finanzkrise: http://www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/krise.html , http://www.labournet.de/diskussion/wipo/finanz/krise08internat.html
Ein animierter Vortrag von **David Harvey** zu Krisenerzählungen und Überakkumulation:
http://www.cognitivemedia.co.uk/index.php/blog/2010/06/crises-of-capitalism

Attac Frankreich und andere:

Referendum zum Fiskalpakt!

Kein Europa ohne die Bürgerinnen und Bürger!

Offener Brief an François Hollande

Die europäische Krise ist an einem entscheidenden Punkt gelangt. Freiwillig blind, versteifen sich unsere führenden Politiker_innen auf brutale Sparpolitik, während die Krise von dem Treiben des Finanzsektors ausgeht. Der „Fiskalpakt“ ist von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy ausgearbeitet worden, um der Wirtschaftspolitik definitiv ein Korsett anzulegen.

François Hollande möchte ihn von dem neu gewählten Parlament ratifizieren lassen, wenn es ihm gelingt, den „Wachstumspakt“ insgesamt oder zum Teil durchzubringen, den er den übrigen europäischen Staatschefs vorschlägt. Doch kann nur nach einer demokratischen Debatte mit einer breiten Beteiligung der Bevölkerung legitim über so wesentliche Angelegenheiten entschieden werden.
Auf Initiative von Attac und der Fondation Copernic richten leitende Mitglieder von Verbänden, Gewerkschaften und politischen Parteien sowie Forscher_innen einen offenen Brief an François Hollande, in dem die Organisierung einer Debatte gefordert wird, die mit einem Referendum entschieden werden soll. (Bisher– 1.7. – haben über 13.000 Menschen diesen offenen Brief unterschrieben.)

Herr Präsident der Republik,

Während des Wahlkampfs haben Sie angekündigt, dass Sie den „*Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion der Eurozone*“, bekannter als **Fiskalpakt**, den Nicolas Sarkozy und 24 weitere europäische Staatschefs am 2. März diesen Jahres unterzeichnet haben, neu verhandeln wollen.

Dieser Vertrag würde die Austeritätspolitik in Europa verschärfen und unumkehrbar machen, indem jedes „strukturelle“ Defizit über 0,5% untersagt wird.
Das „strukturelle“ Defizit, ein für die Bürger_innen unverständlicher und unter den Wirtschafts-wissenschaftler_innen umstrittener Begriff, sollen die Expert_innen der Kommission eigenmächtig einschätzen.
Der Fiskalpakt sieht automatische Sanktionen gegen die Länder vor, die die Bestimmungen nicht einhalten, so dass jede Debatte abgewürgt wird. Hilfen für Länder in Schwierigkeiten, wie sie von dem Europäischen Stabilitätsmechanismus vorgesehen sind, werden an die Umsetzung von Austeritäts-, Privatisierungs- und Liberalisierungsplänen gebunden sein.
Die Finanzmärkte und die Banken werden mit aktiver Unterstützung der Europäischen Zentralbank den Regierungen weiter ihren Willen aufzwingen.
Europa würde so noch mehr in die Depression und das Vorenthalten von Demokratie hineintreiben und es würde für die Mehrzahl Elend bedeuten. Die extreme Rechte würde weiter stärker werden und ihre autoritären und fremdenfeindlichen Auffassungen in den Scherben der Europäischen Union durchsetzen.

Um das zu vermeiden, möchten Sie dem Fiskalpakt „*einen Teil über das Wachstum*“ hinzufügen. Wachstum? Wir wollen dieses Wachstum nicht mehr, das Ausplünderung und Ungleichheit bedeutet und das der Neoliberalismus befördert. Unter uns gibt es unterschiedliche Einschätzungen über die Möglichkeit und die Wünschbarkeit eines grünen Wachstums. Doch können die Austeritätsmaßnahmen, die in allen Ländern gleichzeitig ergriffen werden, nur die Arbeitslosigkeit verschärfen und den ökologischen Umbau blockieren, und die Bestimmungen des Stabilitätspakts stehen im Widerspruch zu Ihrer Forderung nach Wachstum. Sie wissen zudem, dass die „*Strukturreformen*“ – Prekarisierung der Arbeit, Privatisierung der sozialen Sicherung und der öffentlichen Dienste – von der EZB und dem IWF bereits als notwendige Schritte zur „*Wiedererlangung des Wachstums*“ hingestellt werden.
Wir denken, dass Europa heute im Gegenteil angesichts der Herausforderungen anspruchsvolle soziale und ökologische Ziele verfolgen muss, indem ein umfangreicher Plan zum Erhalt der natürlichen Ressourcen und zur Energieumstellung sowie für Beschäftigung und dringende soziale Maßnahmen finanziert wird. Zu diesem Zweck muss Europa sich eine viel anspruchsvollere und solidarische Steuer-, Haushalts- und Währungspolitik schaffen.

Sie hoffen, Angela Merkel und die übrigen Staatschefs von der Einführung der „*Projekt-Bonds*“ und „*Eurobonds*“ zur Finanzierung großer europäischer Projekte überzeugen zu können. Aber wird, selbst wenn Ihnen das gelingt, der Umfang dieser Anleihen die enormen rezessiven Auswirkungen des Pakts bemerkenswert kompensieren können? Und da diese Anleihen an den Finanzmärkten aufgenommen werden müssen, welche Bedingungen werden diese durchsetzen? Die so konzipierte Vergemeinschaftlichung der europäischen Schulden wird die exorbitante Macht des Finanzsektors kaum vermindern, im Gegenteil. Um die Fesseln zu lösen, die die Finanzmärkte den Staaten anlegen, muss die EZB die Schulden der Mitgliedsstaaten in großem Umfang aufkaufen und diesen Staaten zur Einleitung des ökologischen und sozialen Umbaus Kredite zu niedrigen Zinssätzen gewähren. Dies impliziert die Korrektur einer Anomalie unter demokratischem Gesichtspunkt: Die EZB muss unter politische Kontrolle der Bürger_innen und ihrer gewählten Repräsentant_innen gestellt werden. Darüber hinaus sind ein wirklicher Gemeinschaftshaushalt und eine Harmonisierung der europäischen Sozial- und Steuerpolitiken nach oben notwendig.
Unserer Auffassung nach würde der Fiskalpakt es verhindern, in diese Richtung zu gehen, und er muss abgelehnt werden.
Dies ist die Bedingung für die notwendige Neubegründung Europas.
Sie kann nur von einem demokratischen Aufbruch der europäischen Gesellschaften ausgehen. Daher ist eine öffentliche Debatte nötig: Dem Volk das Wort zu geben, ist ein Imperativ. Soziale und Bürger-Widerstände gegen die Austeritätspolitik bilden sich in zahlreichen Ländern. In Anbetracht des Aufstiegs der extremen Rechten ist dringend nicht weniger, sondern mehr Teilhabe der Bevölkerung nötig, mehr Demokratie in Frankreich und in Europa. Sie können dazu beitragen, indem Sie **ein Referendum** einberufen, mit dem der Europavertrag mit seinen eventuellen Ergänzungen, deren Inhalte die Zukunft Europas bestimmen werden, zur Debatte gestellt wird.
Damit würden Sie dem französischen Volk die Gelegenheit geben, seine Erwartungen zu äußern und seine Vorschläge für die Neubegründung Europas auszuarbeiten. Sie würden ähnliche Ansätze zur Äußerung des Volkswillens für eine Veränderung in Europa in den anderen Ländern ermutigen. Sie würden zeigen, dass für Sie wie für uns die Europäische Union und der Euro nur dann wieder eine Zukunft haben werden, wenn wir die demokratische Souveränität der europäischen Völker aufbauen.

Übersetzung: Wilfried Dubois /SiG-Redaktion

http://www.france.attac.org/lettre-ouverte-francois-hollande-pour-un-referendum-sur-le-pacte-budgetaire
http://www.fondation-copernic.org/spip.php?article695

Brief von Frank Bsirske
an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages
Der Fiskalvertrag beschädigt den Sozialstaat

11.Juni 2012
Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, der unbefristete europäische Rettungsschirm (ESM) und der Vertrag vom 2. März 2012 über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) sollen in Kürze im Bundestag und Bundesrat beschlossen werden. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sieht insbesondere im dem Fiskalvertrag ein Instrument, das die Demokratie schwächt, ökonomisch schädlich und sozial unverträglich ist. Wir fordern Sie auf, dem Fiskalpakt nicht zuzustimmen. In dem als Anlage beigefügten Text begründen wir unsere Abstimmungsempfehlung. Mit freundlichen Grüßen, Frank Bsirske

Der Fiskalvertrag schadet der Demokratie

Der Fiskalvertrag sieht keine Kündigungsklausel vor. Einzelnen Mitgliedstaaten ist es nicht möglich, den Vertrag einseitig zu kündigen *- auch nicht mit einer verfassungsändernden Mehrheit im Parlament - er muss einstimmig von allen Mitgliedstaaten aufgehoben oder geändert werden. Somit erhält der Fiskalpakt eine Art von Ewigkeitsgarantie, die die Souveränität der Staaten unterhöhlt.*

Der Fiskalpakt schränkt das "Königsrecht" der Parlamente – das Recht, den eigenen Haushalt zu gestalten – massiv ein und überträgt staatliche Rechte auf die nicht gewählte EU-Kommission*. Das Haushaltsrecht ist auch deshalb so zentral für die Handlungsfähigkeit der Gebietskörperschaften und sozialen Sicherungssysteme eines Staates, weil die Einnahmen und Ausgaben maßgeblich für die Ausgestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge sind.*

Das nationale Haushaltsrecht wird sowohl durch die Einführung einer im Vergleich zur deutschen Regelung erweiterten Schuldenbremse, als auch durch automatische Korrekturmechanismen beschnitten*. Die angemessene Umsetzung der Schuldenbremse in nationales Recht wird vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) überprüft und die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, sich gegenseitig zu verklagen. Die nicht demokratisch gewählte Europäische Kommission erhält Mitspracherechte: Alle Länder, deren Neuverschuldung über drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder deren Schulden über 60 Prozent des BIP liegen, müssen ihre Haushaltsgrundsätze künftig von der Kommission genehmigen lassen, damit wird der EU-Kommission ein Veto-Recht bezogen auf nationalstaatliche Maßnahmen eingeräumt.*

Der Fiskalpakt erhöht den Konsolidierungsdruck für Länder und Kommunen

Der Fiskalvertrag verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, die Schuldenbremse ein Jahr nach Unterzeichnung in nationales Recht umzusetzen. *Dann gilt der neue Rechtsrahmen sofort. Die deutsche Schuldenbremse muss hingegen vom Bund ab dem Haushaltsjahr 2016 und von den Ländern erst ab 2020 eingehalten werden. Der Europäische Fiskalpakt führt folglich zu einem erhöhten Konsolidierungsbedarf für die Länderhaushalte.*

Während die deutsche Schuldenbremse sich nur auf Bund und Länder bezieht, sind beim Fiskalvertrag auch die Gemeinden und Sozialversicherungsträger inklusive der Nebenhaushalte einbezogen*. Dadurch entstehen zusätzliche Belastungen für die Städte und Gemeinden.*

Der Fiskalvertrag ist ökonomisch schädlich

Der Europäische Fiskalpakt bekämpft nicht die Ursachen der Schuldenkrise. Die europäischen Schuldenberge sind nicht durch laxe Haushaltspolitik entstanden. *Vor der großen Finanzmarktkrise stiegen in der Mehrzahl der EU-Länder die Staatsausgaben schwächer als das Sozialprodukt. Folglich schrumpften dort die Staatsquoten. In den heutigen Krisenländern Irland, Spanien und Italien sank sogar die Schuldenlast. Erst der Kollaps der Finanzmärkte ließ die Schulden europaweit explodieren. Die Bankenrettung machte aus privaten Schulden im Handumdrehen öffentliche Schulden. Die Schuldenquote des Eurolands kletterte von rund 66 Prozent auf über 85 Prozent.*

Der Fiskalpakt zielt darauf ab, öffentliche Ausgaben ohne Neuverschuldung zu finanzieren.

Die Steuereinnahmen sollen künftig die Ausgabenhöhe bestimmen. In einer robust wachsenden Volkswirtschaft mit sprudelnden Steuereinnahmen kann dieses Ziel erreicht werden.

Ein solcher Zustand ist aber nicht die Regel. Wenn die Wirtschaft schrumpft und der Staat versucht, den sinkenden Steuereinnahmen hinterher zu sparen, dann beschleunigt sich die wirtschaftliche Talfahrt. Der Fiskalpakt ignoriert den engen Zusammenhang von Staatsausgaben und Konjunktur. Staatsausgaben sind immer auch Einnahmen der Unternehmen und der Privathaushalte. Wenn der Staat zum falschen Zeitpunkt kürzt, dann verlieren Firmen Aufträge und drosseln die Produktion. Zudem haben Transferempfänger dann weniger Geld. Im Aufschwung ist dieser Nachfrageentzug verkraftbar, im Abschwung verschärft er den Absturz. Dann sinken Wachstum und Steuereinnahmen, Arbeitslosigkeit und Schulden steigen.

Die neue Schuldenabbauregel – wirkt prozyklisch*. Der Fiskalpakt schreibt nicht niedrigere nominale Schulden vor, sondern niedrigere Schulden relativ zum Bruttoinlandsprodukt (BIP).*

Erlaubt ist zukünftig nur noch eine Schuldenquote in Höhe von 60 Prozent des BIP. Wenn das BIP in einer Rezession schrumpft, steigt automatisch das Verhältnis der Schulden zum BIP (die Schuldenquote). Auch wenn gar keine neuen Schulden aufgenommen werden. Die Schuldenabbauregel veranlasst die Finanzminister in einer Rezession zu sparen. Das würgt die Wirtschaft weiter ab.

Darüber hinaus beschneidet der Fiskalpakt die öffentlichen Investitionen. *Europas Finanzminister dürfen nicht mehr in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur oder Umwelt investieren, wenn dadurch Schuldengrenzen verletzt werden. Selbst aus betriebswirtschaftlicher Sicht macht das keinen Sinn. Jedes Unternehmen nimmt wenn nötig einen Kredit auf, um zum Beispiel Investitionen zu tätigen. Die Investitionen schaffen dann Wachstum und ermöglichen die Tilgung der Kredite. Zudem sind die Renditen von Zukunftsinvestitionen in Bildung und Infrastruktur höher als ihre Finanzierungskosten.*
Der Fiskalpakt wird das selbstgesetzte Ziel, die Staatsverschuldung nachhaltig abzubauen, nicht erreichen. *Er führt am Ende sogar zu einer höheren Staatsverschuldung. Dass der Staatsverschuldung mit harten Spar- und Kürzungsregeln nicht*

beizukommen ist, zeigen derzeit die EU-Krisenstaaten. Dort dreht sich die Spirale aus sinkender Wirtschaftsleistung, sinkenden Steuereinnahmen und steigenden Schulden weiter.

Der Fiskalvertrag beschädigt den Sozialstaat

***In Europa werden die Haushalte zu 80 Prozent über die Ausgabenseite konsolidiert.** Von Rom bis Madrid werden jetzt unter dem Deckmantel der Sparpolitik Staatsdiener entlassen, Löhne, Arbeitslosengeld und Renten gekürzt. Das Arbeitsrecht kommt unter die Räder. Der Fiskalpakt wird diese Kahlschlagpolitik fortsetzen. In Artikel 3, Absatz 1, Buchstabe b des Fiskalvertrags ist explizit festgeschrieben, dass die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung anhand einer „Analyse der Ausgaben" erfolgen soll, nicht der Einnahmen.*

Die hohe Geschwindigkeit, mit der die Haushaltsdefizite und der Schuldenstand laut Fiskalvertrag abgebaut werden müssen, gibt den Staaten keinen zeitlichen Spielraum, um die Weichen so zu stellen, dass über Steuerrechtsänderungen und Wirtschaftswachstum aus den Schulden herausgewachsen werden kann; was bleibt sind Ausgabenkürzungen.
http://www.verdi.de/themen/wirtschaft-finanzen/++co++3187ac90-b622-11e1-7184-0019b9e321e1

Weitere Stimmen gegen den Fiskalpakt

Zur Information: ***Attac Deutschland:*** http://www.fiskalpakt-stoppen.de/aktuell/eurokrise/fiskalpakt/?no_cache=1&L=2
***Attac Österreich**:* http://www.attac.at/kampagnen/fiskalpakt-stoppen.html
unter http://www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/fiskalpakt.html *findet man sowohl die offiziellen Texte als auch viele Analysen und Stellungnahmen.*

Attac Österreich:

GEGEN den undemokratischen Fiskalpakt und FÜR ein solidarisches Europa

2.7.2012

Unmittelbar sind drei Maßnahmen dringend notwendig, um die Krisendynamik zu stoppen:

1.) Ein **Steuerpakt statt dem Fiskalpakt,** d. h. eine umfassende Koordinierung der Steuerpolitik innerhalb der EU (etwa Mindeststandards für Vermögens- und Unternehmenssteuern)), um die Staatsschulden koordiniert abzubauen. Vom derzeitigen Steuerwettlauf nach unten profitieren nur Vermögende und Konzerne, und die Schulden steigen weiter.

2.) Eine **direkte Finanzierungsmöglichkeit für Staaten durch die EZB** unter der Bedingung, dass diese Staaten sich an der Steuerkooperation beteiligen.

3.) Eine **strenge Regulierung der Finanzmärkte und insbesondere der Banken**. http://www.attac.at/news

Solidarwerkstatt in Österreich:

Wenn GewerkschafterInnen und Grüne in dieser Woche im Nationalrat für Fiskalpakt bzw. ESM stimmen, machen sie sich zum Steigbügelhalter für den Aufstieg der extremen Rechten. Beenden wir diese Schmierentragödie (…) *Mehr: http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=688&Itemid=1*

Kontext TV sprach mit Alexis Passadakis von Attac darüber, was ein Inkrafttreten dieses Vertrages für die Menschen und die Demokratie in Europa bedeuten würde, welche Alternativen es gibt und wie sich Widerstand dagegen organisiert
http://www.kontext-tv.de/node/223

DGB gegen den Fiskalpakt (einige Auszüge):

Kann der Fiskalpakt „sozial gerecht" – ohne Kürzungen – umgesetzt werden?
Es wäre zu begrüßen, wenn die Staatsverschuldung in Europa durch höhere Steuereinnahmen und ohne Kürzungen abgebaut würde.
Der Fiskalvertrag, wie er jetzt zur Abstimmung steht, verhindert das aber!

Der Fiskalpakt muss in seiner jetzigen Form schon aufgrund seines antidemokratischen Charakters und der Beschränkung der Parlamentsrechte abgelehnt werden.

Ein Wachstumsprogramm als „Ergänzung" des Sparkurses kann nicht funktionieren. Der herrschende Sparzwang würgt die Konjunktur europaweit ab und verhindert ein „Herauswachsen" aus den Schulden. Eine ähnliche Wirkung hätte der Fiskalpakt. Keinesfalls darf der Fehler gemacht werden, angebotsorientierte „Strukturreformen" als Wachstumspolitik zu akzeptieren."

Wir brauchen Investitionsprogramme und eine wirksame und ertragreiche Finanztransaktionssteuer – aber nicht zusätzlich, sondern anstelle des Fiskalpakts.

http://www.dgb.de/themen/++co++c7974c20-bb7f-11e1-5ac6-00188b4dc422

Fiskalpakt – der klammheimliche Systemwechsel,
http://www.nachdenkseiten.de/?p=12720

Axel Troost

Nach der Verabschiedung des Fiskalvertrags: Abschied nehmen vom sozialen Europa?

Der Fiskalpakt treibt linke Politik in die Enge, weil er uns und die Gesellschaft systematisch von den für eine emanzipatorische Politik und den für einen sozial-ökologischen Umbau nötigen Ressourcen und Reserven abschneidet. Ohne (auch) öffentliche Investitionen in die Bildung, in erneuerbare Energien, in gut gedämmten und trotzdem bezahlbaren Wohnraum und ohne Umbau der Energienetze wird es keine sozial-ökologisch tragfähige Zukunft geben.

Mit dem Rücken fiskalisch zur Wand gibt es daher nur eine Alternative: Die Reichen, Superreichen, die Großerben und Großunternehmen müssen noch viel mehr zur Kasse gebeten werden, als es unsere bisherigen Forderungen vorsehen. Wenn wir nicht wollen, dass ein sozial, ökologisch und ökonomisch blinder Schuldenabbau auf dem Rücken der Schwächeren - in dieser Gesellschaft und in allen Gesellschaften in Europa - ausgetragen wird, dann müssen wir für unsere Forderung nach einer starken Vermögenssteuer und einem einmaligen Vermögensschnitt für die Reichen europaweit kämpfen.

So sehr wir uns ein soziales Europa wünschen: Es steht erst mal an, ein noch asozialeres Europa zu verhindern. Ein Europa der weiter wachsenden sozialen Gegensätze, die leicht von rechten Rattenfängern in Chauvinismus und Feindseligkeit kanalisiert werden können.

http://www.die-linke.de/nc/dielinke/nachrichten/detail/zurueck/nachrichten/artikel/nach-der-verabschiedung-des-fiskalvertrags-abschied-nehmen-vom-sozialen-europa/

Claude Debons, Jacques Généreux, Janette Habel, Jean-Marie Harribey, Pierre Khalfa, Marie-Christine Vergiat und Francis Wurtz

Der ESM ist kein Mechanismus der europäischen Solidarität

2. März 2012
Europaabgeordnete der Grünen und ihnen nahestehende Wirtschaftswissenschaftler haben linke Gegner des Europäischen Stabilitätsmechanismus' (ESM) kritisiert (…): Der ESM sei "*ein erster Schritt in Richtung föderales Europa, mit eigenem Finanzministerium und gut ausgestattetem Haushalt"*. Abgesehen davon, dass man erst einmal über die Grundlagen eines solchen föderalen Europas diskutieren müsste, wäre es tatsächlich *"ein peinlicher historischer Fehler"* , den ESM abzulehnen, wenn es sich dabei um einen "*solidarischen Fonds"* handeln würde, wie sie behaupten. Leider erliegen damit unsere grünen Freunde damit dem gleichen Wunschdenken, dem sie schon bei der Diskussion über den Europäischen Verfassungsvertrag gefrönt haben.

Ein europäisches Finanzministerium hätte das Ziel, eine gesamteuropäische Politik zu finanzieren. Um nichts Derartiges geht es bei diesem Projekt. Der ESM ist nicht dazu angelegt, eine öffentliche europäische Investitionspolitik umzusetzen, was überaus sinnvoll wäre, oder auch nur die wirtschaftliche und soziale Konvergenz der Mitgliedstaaten zu befördern. Erst recht nicht erlaubt er der europäischen Union, sich von der Allmacht der Finanzmärkte zu lösen, vielmehr zementiert er deren Vorherrschaft. Er soll nur denjenigen Staaten Mittel ausleihen, die sich auf den Finanzmärkten nur noch schwer direkt mit Krediten eindecken können.

Wir wird sich das abspielen? Zunächst werden die Staaten an den Finanzmärkten Geld aufnehmen, um den ESM mit dem vereinbarten Kapital auszustatten, das sind mehrere hundert Milliarden Euro. Deutschland wird das Geld zu knapp unter 3% bekommen, Frankreich zu etwas mehr, die anderen zu erheblich höherer Verzinsung. Die öffentliche Schuldenlast wird also erst einmal noch wachsen.

Sehr wahrscheinlich werden aber diese Summen bei einer Verschärfung der Krise nicht ausreichen. Wenn der ESM nach Griechenland, Irland und Portugal auch noch Spanien und Italien (die heute unter Beschuss sind, aber auch in den Fonds einzahlen sollen) "retten" sollte, wäre er damit schnell überfordert. Deshalb soll sich der ESM selber an den Finanzmärkten Geld leihen dürfen mit dem Ziel, mit der „Hebelwirkung" noch einmal das Drei- oder Vierfache des Fondskapitals aufzunehmen. Um das zu niedrigen Zinsen tun zu können, braucht der Fonds eine gute Note von den Ratingagenturen. Doch derzeit stehen alle Staaten bei den Finanzmärkten praktisch mehr oder weniger unter Generalverdacht. Dieses Schicksal könnte auch dem ESM drohen. So erging es jedenfalls dem Europäischen Finanzstabilitätsfonds (EFSF), der nach der Herabstufung der meisten europäischen Länder sein Triple A verlor.

Wie sollen also "*Länder, die auf den internationalen Märkten jedes Vertrauen verspielt haben*", wie die Autoren behaupten, diese Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, indem sie sich zusammenschließen? Wie soll außerdem der ESM seine Schulden zurückzahlen, wenn die einzahlenden Länder, die auch seine Schuldner sein werden, in Schwierigkeiten sein werden und die Zinssätze erhöht werden?
Statt die Staaten und die Eurozone dem Einfluss der Finanzmärkte zu entziehen, verstärkt der ESM diesen noch. Die Banken, die bei der Europäischen Zentralbank (EZB) zu einem Zins von 1% Geld bekommen, werden sich ihre Kredite an den ESM deutlich höher verzinsen lassen. Der ESM wird den Staaten das Geld mit einem weiteren Zinsaufschlag weiterreichen, und mit diesem Geld werden dann die Schulden der Länder bedient, direkt in die Tresore der Banken. Das ist Solidarität in ihrer neoliberalen Variante, Banken solidarisch mit Banken.

Doch damit nicht genug, denn diese "Hilfen" an die Staaten werden "*an strenge Auflagen*" geknüpft, festgelegt von der Europäischen Kommission, der EZB und dem Internationalen Währungsfonds. Es ist diese Troika, die derzeit das griechische Volk mit Lohnsenkungen, Privatisierungen und Einschränkungen der Arbeitnehmerrechte in die Knie zwingt. Um Zugriff auf den ESM zu bekommen, wird man sich unter das Joch einer drastischen Sparpolitik begeben müssen. Dessen sind sich die Autoren sehr wohl bewusst, wenn sie sagen sie seien zwar "*für Auflagen, aber nicht wie sie den Griechen auferlegt werden*". Die Auflagen werden aber nicht sie definieren, sondern die Troika, deren Vorstellungen dazu bekannt sind.

Um dem ganzen die Krone aufzusetzen, wird die Gewährung von Finanzhilfe ab dem 1. März 2013 davon abhängig gemacht, dass der Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag= Fiskalpakt) ratifiziert wurde. Der Europäische Gewerkschaftsbund EGB, der alle früheren Verträge überzeugt unterstützt hatte, sagt über dieses Vertragswerk, er "*verordne nur wieder das Eine: Sparpolitik und Haushaltsdisziplin*".

Die Autoren meinen, die Verknüpfung von ESM und Fiskalpakt sei rechtlich nicht haltbar. Es geht aber nicht um ein rechtliches, sondern um ein politisches Problem. Indem die Staaten dem ESM zustimmen, verpflichten sie sich politisch, den Fiskalpakt zu übernehmen.

Der ESM ist also alles andere als ein europäischer Solidaritätsmechanismus. Er wird vielmehr eine Zwangsjacke sein, mit der die Völker den Forderungen der Märkte unterworfen werden, und das S in ESM könnte sehr wohl eher für Sklaverei als für Solidarität stehen. Die derzeitige Krise der EU und der Eurozone ist das Ergebnis der vorangegangenen europäischen Verträge, die ganz im Zeichen des Neoliberalismus stehen.

Ein Überwinden der Krise erfordert ein Umdenken. Wenn schon nicht logische Konsequenz, so beweisen die grünen Abgeordneten und ihre Ökonomen immerhin Beständigkeit. Sie hatten schon den Europäischen Verfassungsvertrag befürwortet, der es der EZB verbot, als letztinstanzlicher Kreditgeber für Staaten aufzutreten; jetzt befürworten sie den ESM, der sich von der EZB kein Geld wird leihen dürfen, und der erfunden wurde, um eine Änderung der EZB-Satzung zu umgehen.

Dabei gibt es eine **Alternative,** um der Dominanz der Märkte zu entrinnen: **die EZB sollte die Defizite der Staaten, unter gesamteuropäischer demokratischer Kontrolle, finanzieren**. Diese Möglichkeit besteht heute schon, denn gemäß Artikel 123 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Vertrag von Lissabon) sind die EZB und die nationalen Zentralbanken ermächtigt, öffentlichen Kreditinstituten Geld zu leihen; diese könnten dann die öffentlichen Defizite finanzieren. Die öffentliche Verschuldung dem Einfluss der Märkte zu entziehen, das ist die erste Bedingung jeglicher progressiver Politik.

http://www.france.attac.org/articles/le-mes-nest-pas-un-mecanisme-de-solidarite-europeen

Claude Debons*, Gewerkschaftsmitglied,* ***Jacques Généreux****, Wirtschaftswissenschaftler,* ***Janette Habel****, Dozentin über Südamerika,* ***Jean-Marie Harribey****, Wirtschaftswissenschaftler, ehemaliger Vorsitzender von attac Frankreich,* ***Pierre Khalfa****, Gewerkschafter, Ko-Präsident der Fondation Copernic,* ***Marie-Christine Vergiat****, Abgeordnete im Europäischen Parlament , und* ***Francis Wurtz****, Abgeordneter im Europäischen Parlament ab 1979*
Übersetzung: Dorothee HOFER von coorditrad

AG Europäische Union & AG Finanzmärkte von Attac Deutschland

Der ESM bedroht die Entwicklung einer solidarischen und demokratischen Europäischen Union

26.Juni 2012
Sehr geehrte Frau Bundestagsabgeordnete,
Sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter,

in den nächsten Tagen stehen in Bundestag und Bundesrat die Entscheidungen zur Ratifizierung des Vertrages über den dauerhaften „Europäischen Stabilitätsmechanismus" (ESM) und des Vertrages über „Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion" (Fiskalpakt) an.

Wir distanzieren uns von der nationalistisch orientierten Kritik am ESM und sind aus einer pro-europäischen Perspektive überzeugt, dass der ESM die Entwicklung einer solidarischen und demokratischen Europäischen Union bedroht.

Begründung:

1. Der ESM ist undemokratisch und intransparent

- Politische Entscheidungen, die den Staaten Europas und ihren Bürgern und Bürgerinnen immense und unwiderrufliche Verpflichtungen auferlegen, werden von intransparenten, keiner parlamentarischen Kontrolle unterworfenen Exekutivorganen getroffen. Der ESM-Vertrag selbst sieht keinerlei parlamentarische Mitwirkung vor, weder auf nationalstaatlicher noch auf EU-Ebene.
- Beteiligungsrechte des Bundestages ließen sich zwar grundsätzlich immer dann im Zustimmungsgesetz vorsehen, wenn der Gouverneursrat nach Art. 5 ESM-Vertrag in gegenseitigem Einvernehmen entscheidet. Die vorliegende Fassung des Zustimmungsgesetzes schöpft diesen Rahmen jedoch noch nicht einmal aus, indem nur die Zustimmung des Bundestages zur Erhöhung des genehmigten Stammkapitals und zusätzlicher Finanzierungsinstrumente vorgesehen ist. Was der ESM mit dem Kapital macht, entzieht sich der parlamentarischen Kontrolle vollständig.
- Ein Knebel für das parlamentarische Haushaltsrecht stellt zudem das **Dringlichkeits**abstimmungs-Verfahren nach Art. 4 dar, bei dem nur knapp 57 % der Stimmrechte ausreichen, um eine Entscheidung zu treffen, die alle Euroländer bindet. Hierdurch können Mitgliedsländer der Eurozone zu Zahlungen und Haftungsübernahmen verpflichtet werden, auch bei einer Ablehnung durch einen nennenswerten Stimmrechtsanteil (mehr als zwei Fünftel - knapp die Hälfte) der Finanzminister im Gouverneursrat.
- Besonders fragwürdig erscheinen Kapitalabrufe nach Art. 9: Der Absatz erlaubt dem Geschäftsführenden Direktor, Kapital abzurufen, „*um fällige Zahlungen an Gläubiger fristgerecht und in voller Höhe leisten zu können. Die ESM-Mitglieder verpflichten sich unwiderruflich und uneingeschränkt, Kapital, ... innerhalb von sieben Tagen ab Erhalt der Aufforderung einzuzahlen*." Direktorium und Gouverneursrat werden darüber nur in Kenntnis gesetzt! Diese Regelung muss alle Hoffnungen auf parlamentarische Einflussnahme zerstören. Und: Wo werden die kurzfristig abrufbaren Gelder vorgehalten?
- Die umfassenden Befugnisse der ESM-Organe stehen im Widerspruch zur spärlichen Überprüfungs- und Offenlegungspflicht: „*Die Archive des ESM und sämtliche Unterlagen, die sich im Eigentum oder im Besitz des ESM befinden, sind unverletzlich*". (Art. 32). Die Öffentlichkeit könnte nicht einmal überprüfen, ob die immensen öffentlichen Mittel des ESM wirksam eingesetzt werden, oder wer die Nutznießer sind.

2. Der hermetisch organisierte ESM widerspricht rechtsstaatlichen Prinzipien

- Der Vertrag kann nicht gekündigt werden.
- Die ESM-Organe genießen weitgehende gerichtliche Immunität für ihre Entscheidungen, was in eklatantem Widerspruch zur Bedeutung und Reichweite in die Zukunft steht. Die leitenden Organe des ESM können im Falle von Missbrauch, Veruntreuung, Korruption oder Fehlspekulation des ESM an den Finanzmärkten weder parlamentarischer noch gerichtlicher Kontrolle unterworfen werfen.

3. Der ESM löst die Krise nicht, er verschärft sie

- Der ESM-Vertrag bekämpft nicht eine der Hauptursachen der explodierenden Staatsschulden: die Bankenrettungspakete, mit denen die Staaten immer wieder „systemrelevante" Banken gerettet haben, die sich mit hochspekulativen „Finanzprodukten" verspekulieren. Die Banken werden **bedingungslos** gerettet, die Staaten müssen zahlen. Dafür müssen sich die Staaten bei den Banken verschulden - ein Teufelskreis, der in die Schuldenfalle führte.
- Der ESM-Vertrag vergibt finanzielle Hilfen gegen strikte Auflagen. Diese zwingen die Krisenländer zu brutaler Sparpolitik und zum Ausverkauf der Gemeingüter und Ressourcen an „Investoren". Solche Maßnahmen haben in allen Entwicklungsländern, denen sie bis jetzt vom IWF auferlegt wurden, verheerende soziale und wirtschaftliche Folgen gezeitigt. Inzwischen sind die Folgen dieser Verarmungspolitik auch in allen europäischen Krisenländern zu beobachten.
- **Die Staatsfinanzierung bleibt weiterhin dem Diktat und der Erpressung der Finanzmärkte unterworfen**, während die Banken über EZB-Kredite zu real Minuszinsen alimentiert werden und die Anforderungen an die erlaubten „Sicherheiten" Zug um Zug gelockert wurden. Die interessegeleiteten Ratings sowie das Finanzkasino werden nicht in Frage gestellt.

Der Vertrag erweckt den Eindruck, dass der ESM als globaler Hedgefonds agieren kann, (bspw. Art. 24.und 32), dazu von jeglicher Regulierung, Zulassungs- und Lizenzierungspflicht entbunden ist. (Art. 32). Die Mitgliedstaaten der Eurozone **haften für die Verluste**!

4. Der ESM ist unsozial und ungerecht

Der Vertrag zeichnet sich durch ein erhebliches Ungleichgewicht zugunsten der Gläubiger von Staatsschuldtiteln und Bankenverbindlichkeiten aus. Die Bedienung der Ansprüche der Gläubiger wird zum obersten Gebot erhoben. Im Gegensatz zum EFSF müssen die Staaten der Eurozone nicht nur bürgen, sondern Kapital einzahlen. Das (genehmigte und abrufbare) Stammkapital von 700 Mrd, das nach oben nicht begrenzt ist, gilt kurzfristig als abrufbar, damit der ESM gegenüber seinen Gläubigern „nicht in Verzug gerät". Wie lässt sich eine soziale und zukunftsorientierte Politik gestalten, wenn es außer Schuldendienst scheinbar keine anderen politischen Aufgaben mehr gibt?

ESM-Hilfe kann nach der jetzigen Vertragsfassung ein Staat auch zur Rettung seiner vor der Pleite stehenden Banken beantragen. Dem Staat, also den BürgerInnen, wird im Gegenzug dafür Verarmungspolitik auferlegt. Die Banken müssen dabei nicht offen legen, ob die den Staaten zur Übernahme auferlegten Verluste aus künstlich aufgeblähten Bilanzwerten überhaupt legitimiert sind. Statt einen europäischen Sozialstaat zu schaffen, in dem die Menschen füreinander einstehen, spannt der ESM **bedingungslos** einen Rettungsschirm über insolvente Banken.

Während die Haftungsübernahme durch die Staaten immens ausgeweitet wird, bleibt die Beteiligung privater Gläubiger marginal und optional: „*Entsprechend der Praxis des IWF ist in Ausnahmefällen eine Beteiligung des Privatsektors in angemessener und verhältnismäßiger Form ... in Betracht zu ziehen*." (ESM-Vertrag, Erwägungsgrund 12)

In der öffentlichen Auseinandersetzung wird – insbesondere von der Bundesregierung – einseitig der mangelnden Haushaltsdisziplin in den Krisenstaaten die Schuld an der Krise gegeben. Dies hat nationalistischen Ressentiments Vorschub geleistet. Das Auftreten der Bundesregierung in den Verhandlungen gibt ein dominantes und nur wirtschaftliche Eigeninteressen verfolgendes Bild ab.
Auf diesem Wege wird die Weiterentwicklung der EU scheitern.

Eine solidarische Lösung der Krise auf demokratischem Weg ist möglich! Darum fordern wir Sie auf: Verweigern Sie dem Fiskalpakt und dem ESM Ihre Zustimmung! Mit freundlichen Grüßen

http://www.fiskalpakt-stoppen.de/aktuell/eurokrise/fiskalpakt/esm-vertrag/

Europäischer Gipfel am 28.Juni 2012 – Drei Stellungnahmen

Attac Frankreich: Hollande hält sein Versprechen nicht ein. Die Wähler müssen gefragt werden

Paris, 30. Juni 2012
Hollande hat sein Versprechen nicht eingehalten, den Fiskalpakt neu zu verhandeln. Er will eine schnelle Ratifizierung des Fiskalpakts, obgleich nicht mal seine drei im Wahlkampf formulierten Mindestforderungen - nach Ansicht von attac Frankreich vollkommen unzureichend - beim EU Gipfeltreffen nicht erfüllt worden sind:
- Es wird keine direkte Finanzierung der Staaten durch die EZB geben. Statt dessen sollen die EFSF und später der ESM intervenieren – die sich selber bei den Finanzmärkten finanzieren müssen.
- Eurobons wird es nicht geben
- Wachstumpakt ist nur eine Operation der politischen Kommunikation, ohne wesentliche wirtschaftliche Bedeutung.

Dieser Gipfel ist ein weiterer Schritt zum Abbau der Solidarität und der Demokratie. Die sozialen und Bürgerbewegungen müssen sich dem Versagen der Regierungen entgegenstellen (in Frankreich: Initiative für ein Referendum, s. S. 20)

Vollständiger Text: http://www.france.attac.org/articles/francois-hollande-renie-sa-parole-les-electeurs-doivent-etre-consultes

Vertreter der Europäischen LINKEN : Europäischer Gipfel: Nur die Banken haben gesiegt

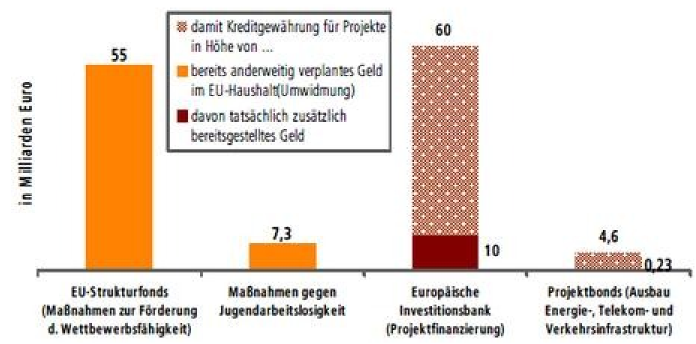
2. Juli 2012
Die Staats- und Regierungschefs unserer Länder erklären, laut der Darstellung von Kanzlerin Merkel, von Mario Draghi und Claude Junker, dass sie vom EU Gipfel mit einem Sieg für ihre Bevölkerungen zurückgekehrt sind. Sie haben sich zum 19. Mal seit Beginn der Krise getroffen, um "Europa zu retten". Francois Hollande erklärt sogar, dass sich Europa in die richtige Richtung "reorientiert". Das ist verlogene Stimmungsmache.
Der Entwurf des Fiskalpakts bleibt unverändert erhalten, auch wenn es eine "Neuverhandlung" geben sollte, und der Wachstumspakt Francois Hollandes hat keine juristische Gültigkeit. Ob direkt oder indirekt finanziert, durch den EMS oder nicht, all die sogenannten "Finanzhilfen" werden wieder eimal von den europäischen BürgerInnen und Bürgern über Lohnkürzungen und Angriffe auf die Rechte der ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer bezahlt werden müssen. Alle diese Maßnahmen, die im Namen der Solidarität mit Italien und Spanien ergriffen werden, sind nur Maßnahmen, um die massiven Verluste der Banken zu vergesellschaften. Das ist ein erneuter Angriff auf die Souveränität der Bevölkerung und führt zum Abbau der parlamentarischen Demokratie.
Die Wahrheit ist: Die Verhandlungen in der liberalen EU finden unter 27 Mitgliedsstaaten statt, die Gewinner sind aber immer die Banken. Wir rufen alle Linken und alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf, aktiv zu werden, um die Ratifizierung dieses fatalen Paktes in unseren Ländern zu verhindern.
Nur eine Neugründung der EU kann deren Krise lösen. Wir werden es, so oft es nötig ist, wiederholen: Kürzungspolitik führt zur Rezession. In diesem Rahmen wird es kein Wachstum geben. Wir schlagen folgende **Alternative** vor:

- Eine europäische Lösung, die dazu beiträgt, die unermesslich hohen Staatsschulden in bedeutendem Umfang zu reduzieren
- Eine Neubestimmung der Rolle und des Auftrags der EZB. Nicht Spekulanten dürfen refinanziert werden, sondern die Schaffung von Arbeitsplätzen und Ausbildung müssen gefördert werden.
- Die Schaffung einer neuen Institution, einer öffentlichen Europäische Bank, die von der EZB und einer Finanztransaktionssteuer finanziert wird. Deren Fonds sollen ausschließlich dazu genutzt werden, die öffentliche Investition in öffentliche Dienste und nachhaltige industrielle Entwicklung zu fördern.
- Die Harmonisierung der Arbeitnehmerrechte und aller sozialen Rechte auf höchstem Niveau.

http://www.die-linke.de/nc/presse/presseerklaerungen/detail/zurueck/presseerklaerungen/artikel/europaeischer-gipfel-nur-die-banken-haben-gesiegt/

DGB klartext 24/2012: Wachstumspakt für Europa: Fast nur Luftbuchungen

29.06.2012: Gegen die Eurokrise haben die Staats- und Regierungschefs soeben ein 130 Milliarden Euro Wachstumspaket beschlossen. (…)
Doch der Schein trügt: Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien haben eine Rechnung mit vielen Unbekannten aufgestellt, die fast einer Luftbuchung gleicht. (...) Bei näherem Hinsehen entpuppt sich die Konjunkturspritze jedoch als Placebo. Im Wachstumspaket befindet sich kaum frisches Geld.



Null Euro zusätzlich
Die Kapitalaufstockung der Europäischen Investitionsbank (EIB) um 10 Mrd. Euro soll die Kreditvergabe erleichtern und Investitionen von 60 Mrd. Euro anschieben. Projektbonds können abgesichert werden und private Investitionen von bis zu 4,6 Mrd. Euro erleichtern. Zwei Maßnahmen, die eher auf das Prinzip Hoffnung setzen ohne wirklich öffentliche Mittel in nennenswerter Größe einsetzen zu müssen.
Ein ähnliches Bild zeichnet sich ab, wenn man die Planungen bei den EU-Strukturfonds und dem EU-Haushalt genauer unter die Lupe nimmt. 55 Mrd. Euro sollen aus den Töpfen der Strukturfonds bereitgestellt werden um das Wachstum anzukurbeln. Darüber hinaus will man 7,3 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt entnehmen, um die grassierende Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen.
Gelder, die im Finanzrahmen bis 2013 bereits eingeplant sind, jedoch noch keiner genauen Verwendung zugeführt wurden. Wirklich zusätzliches Geld: 0 Euro! (…)
Eine wirksame europäische Wachstumsstrategie sieht anders aus: Sie vereint zusätzliche Wachstumselemente im Bereich erneuerbarer Energien,Energieeffizienz, Verkehrsinfrastruktur und Verkehrsdienstleistungen sowie Mehrausgaben für Bildung und Forschung mit einem dauerhaft beschleunigten Abfluss der zugeteilten Mittel aus den EU-Strukturfonds. Investitionsstaus und nicht abgeru-fene Mittel darf sich Europa in der gegenwärtigen Lage nicht leisten.
Ein Kurswechsel in Europa tut Not, bevor am Ende die Rezession auch noch uns erreicht und der Wachstumsmotor der Eurozone selbst massiven Schaden nimmt.
http://www.dgb.de/themen/++co++4e6c3ad4-c1de-11e1-5e97-00188b4dc422
(S. auch Beiträge auf Transformationskongress des DGB http://www.dgb.de/transformationskongress/)

Karl-Heinz Roth

Im Laboratorium Griechenland

KRISE Am Beispiel Griechenland kann die Linke wieder lernen, welche Alternativen möglich sind - und dass auch ganz neue Ufer erreichbar sind

Die Vordenker und Akteure der Austeritätspolitik sind es gewohnt, ihre Entscheidungen als alternativlose Reaktionen auf vorgegebene Sachzwänge darzustellen. Eine weit um sich greifende Paralyse des kritischen Denkens ist die Folge. Sie reicht bis weit in die Linke hinein und befördert dort die Tendenz, bei der Suche nach Gegenperspektiven auf historisch überholte Konzepte zurückzugreifen und die sich im sozialen Widerstand herausbildenden Alternativen zu übersehen.

Im Herbst 2009 hatte die Papandreou-Regierung in Griechenland nur zwei Handlungsmöglichkeiten: Sie konnte sich entweder auf das Trojanische Pferd der multilateralen Darlehen einlassen oder ihre Zahlungsunfähigkeit erklären.

Wir wissen, wie ihre Entscheidung ausfiel, und wir haben die sich daraus ergebenden Konsequenzen kennen gelernt. Was aber wäre geschehen, wenn sie die zweite Option gewählt hätte?

Staatsbankrott als Alternative

Die Antwort ist einfach und in mancher Hinsicht auch überraschend. Mit der Feststellung ihrer Zahlungsunfähigkeit und der Verkündung eines damit gekoppelten Schuldenmoratoriums hätten die Akteure der griechischen Nationalökonomie erhebliche Handlungsspielräume gewonnen. Ein Staatsbankrott hätte die Vertiefung der Krise verhindert, die ökonomische Konsolidierung beschleunigt und die griechische Gesellschaft vor einem lang anhaltenden Pauperisierungsprozess bewahrt. Da es sich bei der griechischen Schuldenkrise aus globaler Perspektive um ein vergleichsweise marginales Ereignis handelt, hätten sich auch die weltweiten Auswirkungen in Grenzen gehalten - trotz der zweifellos erheblichen Verluste auf der Seite der Investoren.

Durch die seit mittlerweile zwei Jahren praktizierte Austeritätspolitik haben sich die makroökonomischen Alternativoptionen wesentlich verändert.

Die Deindustrialisierung und Pauperisierung Griechenlands ist weit fortgeschritten und infolgedessen ist das Gegensteuern schwieriger und zugleich dringlicher geworden. Die Exponenten der griechischen "Koalition der radikalen Linken" (Syriza) haben das erkannt und sich von der inzwischen allseits eingeforderten Präsentation glaubwürdiger Alternativen stimulieren lassen: ein Schuldenmoratorium bis zum Beginn der wirtschaftlichen Erholung, die Umwandlung der Austeritäts- und Umschuldungsabkommen in Programme zur Sozial- und Wachstumsförderung und einen partiellen Erlass der Staatsschulden.

Durch dieses makroökonomische Maßnahmenbündel sollen die grassierende Umverteilung der Einkommen von unten nach oben gestoppt, die soziale und ökonomische Gerechtigkeit wiederhergestellt und eine umweltbewusste Rekonstruktion der griechischen Nationalökonomie in Gang gebracht werden. Diese Revision ist nach Einschätzung von Syriza nur im europäischen Kontext möglich und sollte mit weitgehenden Maßnahmen zur regionalen Abrüstung kombiniert werden. Sie setzt infolgedessen auf einen wirtschafts- und fiskalpolitischen Kurswechsel auf europäischer Ebene.

Nach allen Richtungen offen

Es gibt aber auch Ansätze, die sich aufgrund ihrer explizit antisystemischen Orientierung oder alternativ-ökonomischer Lebensentwürfe jenseits der vorgegebenen Strukturen bewegen. Auch für sie ist Griechenland inzwischen zu einem Laboratorium geworden: Wer mit extremen Enteignungs- und Pauperisierungsprozessen konfrontiert ist, steht vor existenziellen Entscheidungen, die die habituellem Normen aufsprengen können und die nach allen Richtungen hin offen sind.

Geografisch, sozialökonomisch und politisch gehört Griechenland mehreren Regionen an: der Mittelmeerregion, Südost- und Südeuropa sowie der Europäischen Union bzw. der Eurozone. Eine systemüberschreitende Perspektive kann nur noch in den Kontexten dieser sich überschneidenden Regionen gedacht werden und der griechische Widerstand gegen die Austeritätsprogramme ist deshalb auf seine Vernetzung mit den sozialen Massenbewegungen dieser Regionen angewiesen.

Neue Lebensentwürfe

Auch die Umschlagspunkte einer Transformationsperspektive lassen sich zumindest andeuten: die Egalisierung der Arbeitsbedingungen, Masseneinkommen und Sozialstandards; die Enteignung der großen Kapitalvermögen durch Vermögensabgaben und progressive Besteuerung; die Annullierung aller Staatsschulden; die Etablierung eines fiskalpolitischen Ausgleichsfonds und einer makroökonomischen Rahmenplanung zur Befriedigung der Massenbedürfnisse; die Beseitigung der militärisch-industriellen Komplexe und Repressionsapparate; aber auch die Säkularisierung der (De-facto-)Staatskirchen.

Der Weg zu neuen Ufern wird durch die Tatsache erleichtert, dass neue Lebensentwürfe unter dem Verarmungsdruck erheblich an Bedeutung gewinnen: Landbaukommunen, Handwerkergenossenschaften, Mieterkooperativen, Gesundheitskollektive und Pflegegemeinschaften. Sie werden auch in Griechenland zunehmend als Alternative zur Auswanderung, der klassischen Antwort des Proletariats auf akute Verarmungsprozesse, verstanden.

Jahrzehntelang haben die Niederlagen der Linken in allen ihren Spielarten unser Denken und Handeln blockiert. Doch nun ist es Zeit, zu neuen Ufern aufzubrechen. Den paradigmatischen Ausgangspunkt bildet die griechische Krise, in der sich die multilateral operierenden herrschenden Klassen anschicken, eine ganze Gesellschaft in den Ruin zu treiben. Am Beispiel einer vergleichsweise kleinen Nationalökonomie wird zurzeit getestet, inwieweit die subalternen Klassen - und möglichst nur sie - zur Tilgung der in die Staatshaushalte verschobenen Krisenkosten herangezogen werden können.

Diesen Praktiken der herrschenden Eliten können wir nicht tatenlos zusehen, denn sie beschleunigen die der kapitalistischen Gesellschaftsformation ohnehin innewohnende Tendenz zur Selbstzerstörung. Es ist dringlich, diese Entwicklung zu blockieren und den Vordenkern und Akteuren der Austeritätsprogramme eine glaubwürdige Alternative entgegenzusetzen. (TAZ)

Karl Heinz Roth ist Historiker, Sozialforscher, Arzt und seit den Sechzigerjahren in der Linken engagiert. Der Text ist ein gekürzter Vorabdruck aus ***"Griechenland - was tun? Eine Flugschrift", im VSA-Verlag*** *erschienen.*

Erklärung von ALEXIS TSIPRAS (Syriza) zum Wahlergebnis am 17.Juni

Liebe Landsleute,

vor eineinhalb Monaten machten wir uns an das beschwerliche und aufregende Unterfangen, die Würde und den Stolz des griechischen Volkes zu verteidigen, den in einem Memorandum festgelegten Sparplänen und der Verarmung der Menschen ein Ende zu setzen, einen Hoffnungsschimmer aufscheinen zu lassen und den Kurs der Zerstörung und des Zerfalls Europas zu ändern.
Wir führten den Kampf mit Ausdauer und äußerster Hingabe, gegen einen beispiellosen Angriff, der von Erpressung, Verzerrungen und Psychoterror geprägt war.
Eine unheilvolle Allianz der Mächte der Vergangenheit, innerhalb und außerhalb des Landes, tat ihr Möglichstes, um die Sehnsucht unseres Volkes nach sozialer Gerechtigkeit und einem Leben in Würde zu ersticken.

Wir sind stolz darauf, diese Last und Verantwortung auf uns genommen zu haben.
Wir sind glücklich über die Ausdauer und die Unterstützung so vieler Menschen, die innerhalb von eineinhalb Monaten unseren Stimmenanteil drastisch vergrößert haben.
Diese Leistung ist in der jüngeren Geschichte Europas einzigartig.
Obwohl SYRIZA nicht den ersten Platz erobern konnte, ist sie nun doch der wichtigste Zweig der fortschrittlichen und das Memorandum ablehnenden Mehrheit der Bevölkerung.

Ich habe Herrn Samaras angerufen und ihm gratuliert. Er hat nun die Möglichkeit, eine Regierung zu bilden, die seinen programmatischen Vorstellungen folgt.
Wir als größte Oppositionspartei werden die Entwicklung beobachten.
Wir werden alle Forderungen, die die Bevölkerung und SYRIZA in der weiteren Entwicklung erheben wird, nicht den Befürwortern des Memorandums preisgeben, vielmehr verlangen wir als verantwortungsvolle und kampfbereite Opposition von der Regierung, sie zum Wohl der Bevölkerung zu nutzen.

Auf jeden Fall sollten sich alle darüber im Klaren sein, dass die Sparmaßnahmen und die Pläne für den Verkauf des Volksvermögens nicht durchgeführt werden können, weil ihnen jegliche Legitimität fehlt.
Innerhalb eines Monats hat unsere Bevölkerung das Memorandum zweimal abgelehnt. Sie hat alle politischen Parteien gezwungen anzuerkennen, dass es keinen tragfähigen Finanzplan darstellt.
Die Ablehnung des Memorandums ist ein klarer und wiederholt erteilter Auftrag der Bevölkerung.
Die neue Regierung mit der Nea Dimokratia als zentralem Bestandteil muss ernsthaft berücksichtigen, dass sie in Fragen von grundlegender Bedeutung nicht ohne unsere Zustimmung verfahren kann.
Sie kann keine Politik verfolgen, die in krassem Gegensatz zum Willen der Bevölkerung steht.

Liebe Landsleute, die Entwicklung wird uns recht geben.
Unser Vorschlag, von den Austeritätsplänen in Europa Abstand zu nehmen, ist die einzig brauchbare Lösung, nicht nur für die griechische Bevölkerung, sondern für die Bevölkerungen von ganz Europa.
Montagmorgen werden wir unseren Kampf fortsetzen.

Die Zukunft gehört nicht den Ängstlichen, sondern den Zuversichtlichen.
Für Griechenland ist ein neuer Tag erwacht.
Ich danke euch allen.

Übersetzung der englischen Fassung: Werner Horch

Yorgos Mitralias

SYRIZA oder der grandiose Erfolg eines einzigartigen und einmaligen Experiments

Für „die da oben“ ein Schreckgespenst, für „die da unten“ eine Hoffnung – das Erscheinen von SYRIZA auf der politischen Bühne Europas, das derzeit in einer schweren Krise begriffen ist, erregt Aufsehen. Nachdem die Koalition am 6. Mai ihre Wählerschaft vervierfacht hatte, fehlte ihr bei den Wahlen vom 17. Juni nur wenig dazu, die stärkste Partei Griechenlands zu werden und auch eine linke Regierung bilden zu können, die die Sparmaßnahmen beenden, die Staatsschulden ablehnen und die Troika aus dem Land vertreiben könnte. Kein Wunder also, wenn SYRIZA weit über Griechenlands Grenzen hinaus Aufsehen erregt und praktisch alle Menschen sich Fragen nach ihrem Ursprung und ihren Grundpositionen, nach ihren Zielen und Vorhaben stellen.

Allerdings ist SYRIZA **keine wirkliche Neuerscheinung innerhalb der europäischen Linken**. Die Koalition der radikalen Linken (SYRIZA*) hätte ab ihrer **Entstehung im Jahre 2004** die Aufmerksamkeit der internationalen Politologen und Medien erregen müssen, schon deswegen, weil sie von Anfang an eine nie da gewesene, ganz eigenartige politische Struktur in der griechischen, europäischen, ja globalen Linken war.

Zunächst auf Grund ihrer **Zusammensetzung**. Sie entstand nämlich aus einem **Bündnis** zwischen Synaspismos (Koalition), einer linken reformistischen Partei mit einem vagen eurokommunistischen Ursprung, die im Parlament vertreten war, und einem Dutzend linksradikaler Organisationen, die beinahe das ganze Spektrum des Trotzkismus, des Exmaoismus und des „Movimentismus“ (Strömung, die den Aufbau einer politischen Organisation auf sozialen Bewegungen gründen will, AdÜ) abdecken. Die Koalition der radikalen Linken bildete also von vornherein eine Ausnahme von der Regel, nach der damals – und auch jetzt – die mehr oder weniger traditionellen Parteien links von der Sozialdemokratie sich niemals mit linksradikalen Organisationen verbünden!

Nicht nur deswegen ist SYRIZA einzigartig. Zunächst nur als konjunkturbedingtes Wahlbündnis gedacht (es wurde kurz vor den Wahlen von 2004 gegründet), **blieb SYRIZA jedoch bestehen,** hat Höhen und Tiefen, Erfolge und vor allem Krisen und Niederlagen

überdauert und wurde so zum herausragenden Beispiel für eine Realität, die die internationale radikale Linke stets mühevoll anstrebte: das **Nebeneinander unterschiedlicher Denkweisen, Strömungen und sogar Organisationen innerhalb ein und derselben politischen Formation der radikalen Linken!** Acht Jahre nach der Entstehung von SYRIZA ist es sonnenklar, welche Lehre daraus zu ziehen ist: Offensichtlich ist eine solche Zusammenarbeit nicht nur möglich, sondern auch fruchtbar und kann sogar auf Dauer große Erfolge erzielen.

Man wird sich aber fragen: Wie konnte dieses Dutzend so heterogener „Komponenten" überhaupt zusammenkommen und sich dann auf eine so lange und einzigartige Zusammenarbeit verständigen? Eine berechtigte Frage, die eine detaillierte und fundierte Antwort verdient. Nein, das „Wunder" SYRIZA fiel nicht vom Himmel und ist auch kein Zufall. Es ist ziemlich lange **herangereift** und konnte vor allem unter den bestmöglichen Bedingungen wachsen: innerhalb der altermondialistischen und sozialen Bewegungen der letzten 15 Jahre.

Man könnte sagen, dass alles vor 15 Jahren – 1997 – mit der Gründung des griechischen Zweigs der Bewegung **„Europäische Märsche gegen Arbeitslosigkeit**" begann. Es handelte sich nicht nur um den ersten Schritt in Richtung dessen, was etwas später als altermondialistische Bewegung der Sozialforen bezeichnet wurde. Insbesondere in Griechenland hatten die Europäischen Märsche eine vielleicht noch wichtigere Funktion. Sie ermöglichten nämlich etwas bis dahin völlig Undenkbares: eine **Einigung der Linken mittels Aktionen.** So schlossen sich dank den Europäischen Märschen Gewerkschaften, Parteien und Organisationen der griechischen Linken (KKE – die KP Griechenlands – inbegriffen, zumindest für einige Zeit!) zusammen, die zuvor noch nie zusammengetroffen waren oder einander sogar ignoriert hatten. Sie beteiligten sich an einer nie da gewesenen europäischen Bewegung, und zwar mit ausländischen, bis dahin in Griechenland total unbekannten Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und politischen Strömungen.

Kein Zufall also, wenn dieser erste Schlag gegen das der griechischen Linken von jeher innewohnende Sektierertum sogar Anlass gab für rührende Szenen der Begegnung – beinahe Psychodramen – zwischen Aktivisten, die sich bis dahin nicht gekannt hatten und plötzlich entdeckten, dass der „andere" doch nicht so „anders" war. Offenbar war der Zusammenschluss gelungen, umso mehr als die griechischen Aktivisten die eigenen Grenzen endlich überschritten und einen lebendigen europaweiten Aktivismus entdeckten, dessen Vorhandensein sie vorher nicht einmal geahnt hatten.

Nach dieser ersten Annäherung durch gemeinsame Aktionen, die eine um so solidere Grundlage bildete, da sie innerhalb einer ganz neuartigen sozialen Bewegung geschehen war, beteiligten sich die verschiedenen griechischen Komponenten der Europäischen Märsche schon 1999 an einem zweiten neuartigen Versuch. Ziel war es, ihr Bedürfnis nach Einheit zu vertiefen: Es war der **„Gemeinsame Dialog- und Handlungsraum"**, der zugleich die notwendige politische und programmatische Debatte vertiefte und die nächste gemeinsame Bewegung vorbereitete – das **Sozialforum**, das die Entwicklung der griechischen Linken stark prägen sollte.

Der riesige Erfolg des Sozialforums in der Bevölkerung förderte die Bildung der Koalition der radikalen Linken; fast spontan und recht enthusiastisch wurde 2003/2004 der Schritt dazu getan. Die Aktivisten aus den verschiedenen Komponenten von SYRIZA, die einander anlässlich der gemeinsamen Kämpfe kennengelernt hatten, die zu Tausenden miteinander gereist waren und in Amsterdam (1997), Köln (1999), Nizza (2000), Genua (2001), Firenze (2002), Paris (2003) usw. demonstriert hatten, hatten Zeit genug gehabt, einander nicht nur politisch, sondern auch menschlich näherzukommen, bevor sie die **Koalition der radikalen Linke** bildeten. Diese Koalition steuerte gegen den Strom all dessen, was damals sonst in Europa vorging, wo ein solches Bündnis zwischen einer reformistischen Linkspartei und linksradikalen Gruppen schlicht und einfach undenkbar war ...

Doch nach dem eher glücklichen Auftakt war die Fortsetzung des Abenteuers SYRIZA bei weitem nicht immer leicht, und mehrmals war es sogar dem Scheitern nahe. Offensichtlich gab es **öfter Vertrauenskrisen** zwischen dem Rückgrat von SYRIZA – Synaspismos – und seinen linksradikalen Partnern, was eher „logisch" war. Mit der Zeit aber wurde SYRIZA immer homogener und folglich zogen sich die Krisen – übrigens auch die Debatten – nicht nur praktisch quer durch die ganze Koalition und all ihre Beteiligten, sondern betrafen auch vor allem Synaspismos selbst, wo die andauernd neu entstehenden Strömungen verbissen gegeneinander ankämpften.

Schließlich erlangte SYRIZA **2010** einen gewissen inneren Frieden nach dem **Ausscheiden des sozialdemokratischen Flügels von Synaspismos** (der die Demokratische Linke wurde) und dem Abtritt seines ehemaligen Präsidenten Alecos Alavanos, der zum Erzfeind seines Günstlings Alexis Tsipras wurde, nachdem er ihn selbst „inthronisiert" hatte. Von nun an wurde die politische Linie der Koalition klarer (und linksorientierter), während ihr junger Führer Alexis Tsipras seine Position festigte und erste Erfolge erzielte, was einer immer radikaler werdenden SYRIZA zur notwendigen Glaubwürdigkeit verhalf, um von den durch die Schuldenkrise verursachten außergewöhnlichen Umständen profitieren zu können. Nun war SYRIZA so weit, als politische Organisation die Hoffnungen und Erwartungen weiter Teile der gegen die Sparpolitik, die Troika, die bürgerlichen Parteien und das kapitalistische System überhaupt revoltierenden griechischen Gesellschaft am besten vertreten zu können.

(...)
Als politische Organisation, deren Programm sich stets durch gewollte Unklarheit auszeichnete, lavierte die Koalition der radikalen Linken fast ununterbrochen **zwischen Linksreformismus und konsequentem Antikapitalismus.** Aber vielleicht schöpfte sie ihre Kräfte gerade aus dieser ständigen Pendelbewegung. Allerdings müssen wir deutlich sagen: Was in „normalen" Zeiten recht gut funktionierte, könnte in Zeiten akuter Krisen und der Verschärfung der Klassenkämpfe zum Hindernis, ja sogar zum Bumerang werden. Einfacher gesagt hat SYRIZA mit ihrem grandiosen Erfolg es geschafft, aus einer Minderheitspartei innerhalb einer griechischen Linken, die selbst nur in der Minderheit war, zu einer starken Partei zu werden, die sogar die Regierung stellen könnte. Und das nicht in irgendeinem Land zu irgendeiner geschichtlichen Zeit, sondern in einem Griechenland, das als „Experimentierfeld" und Testfall für ein Europa der Sparpolitik am Rande des Zusammenbruchs fungiert ...

Ein so rasanter Aufstieg kann Schwindel erregen. Indem SYRIZA zum **Schreckgespenst für die Großen dieser Erde und zur Hoffnung für die Kleinen** und

Entrechteten in Griechenland und sogar europaweit wurde, fallen ihr nun gigantische, geradezu **epochale Aufgaben** zu, auf die sie weder politisch noch organisatorisch vorbereitet ist. **Was also tun?** Auf diese Frage gibt es eine klare und kategorische Antwort: **ganz einfach SYRIZA unterstützen**! Und zwar mit allen Mitteln. Das heißt vorrangig: **sie nicht allein lassen. Weder in Griechenland noch in Europa**. Mit einfachen Worten: genau das Gegenteil dessen tun, was diejenigen im Sinn haben, die ihre Kritik an SYRIZA nicht mit Solidarität oder Unterstützung gegen den gemeinsamen Feind kombinieren. Kritische Unterstützung vielleicht – aber immerhin Unterstützung! Und nicht morgen, sondern heute. Denn **jenseits aller taktischen oder sonstigen Differenzen führt SYRIZA letztlich auch unseren Kampf, unser aller Kampf**. Und abseits zu stehen ist gleichbedeutend mit unterlassener Hilfeleistung. Und es handelt sich dabei nicht um einen Einzelnen, sondern um ganze Länder und Bevölkerungen!

Anmerkungen

**ΣΥ.ΡΙΖ.Α. heißt: ΣΥνασπισμός (Synaspismos), Koalition; ΡΙΖοσπαστικής (Risospastikis), Radikaler; Αριστεράς (Aristeras), Linker*

Der Ursprung des Wortes Ριζοσπαστικός: Ρίζα (Risa) bedeutet Wurzel

Σπάω (Spao) bedeutet brechen

Folgerichtig bedeutet Ριζοσπαστική durchaus nicht radikal, sondern dass diese Koalition politisch Linksorientierter sich für diejenigen halten, die durch „die alten Wurzeln brechende“ Ideologien fortschrittliche (im Gegensatz zu konservative, althergebrachte) Veränderungen zu erreichen (Aus: http://elladazoi.blogspot.com/2012/05/die-als-radikale-linke-bezeichnete.html)

Quelle: http://tlaxcala-int.org/article.asp?reference=7347 , 19.05.2012
Übersetzt von Michèle Mialane und Werner Horch (SiG-Redaktion)
http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=7373

Auch von Y. Mitralias: Die braune Pest regt sich wieder in jenem Griechenland der Endkrise. Ist da jemand, der ihr Einhalt gebieten wird?
http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=7629

Attac Österreich: Trotz Wahlsieg von Nea Dimokratia Kurswechsel in Krisenpolitik unausweichlich

„*Merkel, Draghi, Faymann und Co. sollten die Griechenland-Wahl zum Anlass nehmen, ihre Krisenpolitik fundamental zu ändern. Das bisherige Konzept – die breite Bevölkerung verarmen zu lassen, Reiche und Banken zu schonen – hat keine Zukunft. Wir verstehen das griechische Wahlergebnis als Nein zur Verarmungspolitik und Ja zum Euro und zu einem besseren Europa*“, so Alexandra Strickner, Obfrau von Attac Österreich. An sozial verträglichen Alternativen mangelt es nicht – lediglich an der Bereitschaft von Merkel und Co. ihre gescheiterte Krisenpolitik aufzugeben.

„*Die Alternativen liegen auf dem Tisch: Wir müssen die Ursachen der Krise auf europäischer Ebene angehen statt sie mit kurzsichtigem Sparen weiter zu verschärfen*“, sagt Strickner.

Kurzfristig brauche es eine **EZB-Garantie für die Staatsanleihen betroffener Staaten**. Das würde die Spekulation gegen diese Staaten schlagartig beenden.

Der zweite Schritt ist die **umfassende Regulierung und Entmachtung der Finanzmärkte** und die Prüfung öffentlicher und privater Schulden im Rahmen von **Schuldenaudits**, um illegitime Schulden zu identifizieren und zu streichen.

„*Die verbleibenden Schulden können schließlich mit einer **europaweiten Vermögensabgabe** abgebaut werden. Diese Vermögensabgabe soll nur das reichste 1% der Bevölkerung treffen, deren Vermögen dank der bisherigen Krisenpolitik kräftig weiterwachsen, während die breite Bevölkerung verarmt*“, fasst Strickner den Attac-Rettungsplan zusammen.

http://www.attac.at/news/detailansicht/datum/2012/06/18/griechenland-wahl-trotz-wahlsieg-von-nea-dimokratia-kurswechsel-in-krisenpolitik-unausweichlich.html

31.05.2012, Statement des europäischen Attac-Netzwerks: Nicht drohen, nicht erpressen: Lasst die Menschen entscheiden!
http://www.attac.at/news/detailansicht/datum/2012/05/31/statement-des-europaeischen-attac-netzwerks.html

Artikel über Griechenland:

Sand im Getriebe: Nummern 81 bis 85; Nr. 89; Nr. 91 bis 95
Labournet: http://www.labournet.de/internationales/gr/index.html
Stephan Lindner: Blockupy und Griechenland http://blog.attac.de/?p=1145
Blog – leider nur auf französisch – mit sehr guten Reportagen: http://greekcrisisnow.blogspot.de
http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Griechenland/Welcome.html



Einen Tag vor den Wahlen in Griechenland am 17. Juni haben Aktive von Attac Osnabrück gegen die Kürzungspolitik der Troika (EU, EZB, IWF) protestiert.

Alternativen zu Austeritätspolitik und Bankenrettung

6-Punkte-Programm von SYRIZA und DIE LINKE , 22. Mai 2012

1. Sofortiges Ende der „Memoranden-Politik“ und Neuverhandlungen der Kredite:

Die Kredite aus der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) an Griechenland haben sich als Rettungsring aus Blei erwiesen. Die Kreditvereinbarungen – die Memoranden – mit der sogenannten Troika aus EZB, EU-Kommission und IWF verpflichteten die griechischen Regierungen zu drakonischen Spar- und Kürzungsauflagen und zu marktradikalen Reformen – weitgehende Liberalisierung und den nahezu vollständigen Ausverkauf des griechischen öffentlichen Eigentums. Sie haben zu massiven sozialen Verwerfungen geführt, u.a. stieg die Arbeitslosigkeit auf offiziell 22% an; unter jungen Menschen unter 25 Jahren liegt die Arbeitslosenquote heute sogar bei rund 50%. Zudem stürzte die Austeritätspolitik das Land noch tiefer in die Rezession, seit Beginn der Sparpolitik 2010 brach die griechische Wirtschaft fast um 20% ein. So sind die Kredite niemals rückzahlbar.

Aus sozialer Verantwortung und aus wirtschaftlicher Vernunft heraus müssen die aktuellen Kredite (aus dem „Griechenland II-Paket“) neu verhandelt und die Auflagen zu weiterem Sozialabbau und zu Privatisierungen gestrichen werden. Diese Verhandlungen müssen auf Regierungsebene in der Eurozone und EU und nicht auf „technischer“ Ebene zwischen griechischer Regie-rung und Troika-Vertretern stattfinden.

2. Staatsfinanzierung aus der Abhängig-keit von den Kapitalmärkten befreien:

Die „Memoranden-Politik“ war nicht nur unsozial und wirtschaftlich schädlich. Sie hat darüber hinaus maßgeblich mit dazu beigetragen, dass der Schuldenberg des Landes weiter angestiegen ist: Als Griechenland 2010 unter den „Rettungsschirm“ kroch, lag die Verschuldung bei rd. 130% des Bruttoinlandprodukts (BIP). Bis zum (Teil-)Schuldenschnitt Ende Februar 2012 war der Schuldenstand auf fast 170% des BIP gestiegen.

Neben der Spekulation gegen griechische Staatsanleihen und die durch die Sparauflagen hervorgerufenen Einnahmeausfälle ist für diesen Schuldenanstieg auch die Kreditvergabepolitik im Rahmen der EFSF verantwortlich: Weil die Kreditaufnahme zur Staatsfinanzierung auf dem privaten Kapitalmarkt erfolgt, müssen Staaten bzw. die EFSF Marktzinsen zahlen, die nicht zuletzt durch das Urteil von privaten Rating-Agenturen bestimmt werden. Demgegenüber erhalten private Banken ihr Kapital fast zum Nulltarif über die EZB (allein in diesem Jahr reichte die EZB fast 1 Billion Euro aus Steuergeldern an private Banken und Finanzinstitute aus). Diese Praxis beschert den Banken lukrative Einnahmen auf Kosten der Allgemeinheit.

Die Abhängigkeit der Staatsfinanzierung Griechenlands – und aller anderen Staaten der Eurozone – von den Finanzmärkten muss gebrochen werden. Dazu muss die Staatsfinanzierung künftig über eine öffentliche Bank erfolgen, die Kredite an die Staaten ohne Zinsaufschlag ausgibt und sich bei der EZB refinanziert. Möglich ist auch eine Direktfinanzierung durch die EZB, die allerdings eine Änderung der EU-Verträge und der EZB-Statuten voraussetzt.
Eine Zwischenlösung wäre die – u.a. auch von François Hollande geforderte – Einführung von Eurobonds.

3. Entfesselte Finanzmärkte strikt regulieren und besteuern:

Die Deregulierung der Kapitalmärkte ist eine der tiefer liegenden Krisenursachen, nicht nur in Griechenland. Die entfesselten Kapitalmärkte müssen auf europäischer Ebene strikt re-reguliert werden; Spekulation gegen Staaten muss verboten werden. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer kann dabei nur ein erster Schritt sein.

4. Verbleib Griechenlands in einer reformierten Eurozone:

Allen politischen Lippenbekenntnissen zum Trotz wächst innerhalb der Eurozone und der EU der Druck auf Griechenland, aus der Eurozone auszutreten. Auch die Bundesregierung beteiligt sich an diesem Spiel mit dem Feuer: Von Finanzminister Schäuble im griechischen Wahlkampf gestreute Zweifel an der „Euro-Fähigkeit“ Griechenlands oder die von Kanzlerin Merkel erhobene Forderung, die Neuwahlen im Juni an ein Referendum über Griechenlands Verbleib in der Eurozone zu knüpfen, gehen in diese Richtung. Damit setzt sich auch die Bundesregierung erneut über den Willen des griechischen Volkes hinweg: Verschiedene griechische Umfragen ergaben, dass rund 80% der Griechinnen und Griechen einen Verbleib in der Währungsunion wünschen; nur rd. 13% wollen eine Wiedereinführung der Drachme.

Ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone hätte für das Land desaströse soziale und wirtschaftliche Folgen: Für das Land wäre es unter derzeitigen Umständen fast unmöglich, sich zu finanzieren; eine wettbewerbsfähige Industrie, die von einer abgewerteten Drachme profitieren könnte, ist nach rd. zwei Jahrzehnten der Deindustrialisierung nicht vorhanden. Der Euro selbst käme ins Wanken. Auch Deutschlands Wirtschaft litte darunter. **Anstatt Griechenland aus der Eurozone zu drängen, ist eine Reform der Währungsunion zu einer integrierten Wirtschafts- und Steuerunion notwendig.** Dies ist auch mit Blick auf die anderen „Krisenländer“ wie z.B. Portugal dringend nötig.

5. Konjunktur- und Aufbauprogramme anstatt weiterer Spardiktate:

Die Austeritätspolitik hat Griechenland immer tiefer in die Krise und die Schuldenfalle getrieben. Um dringend notwendige Konjunkturanreize zu schaffen und einen nachhaltigen Wiederaufbau der griechischen Wirtschaft zu ermöglichen, sind keine Spardiktate, sondern gezielte Förderprogramme zur Stärkung der Binnennachfrage und öffentliche Investitionen in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Forschung sowie Innovation notwendig. Kurzfristig können hierzu nicht abgerufene Mittel aus den EU-Fördertöpfen – Sozialfonds, Regionalfonds, Kohäsionsfonds – bereitgestellt werden. In der laufenden Förderperiode stehen Griechenland noch 13 Mrd. Euro zur Verfügung, die noch nicht abgerufen wurden. Hierzu müssen Sondervereinbarungen zur Kofinanzierung getroffen und institutionelle Hilfen gegeben werden, um sicherzustellen, dass Griechenland diese Mittel auch abrufen kann. Nur bei einer solchen Politik kann Griechenland die Kredite zurückzahlen.

6. Krisenprofiteure zur Kasse: Einkommensmillionäre besteuern, Kapitalflucht und Steuerhinterziehung wirksam bekämpfen:

Nicht nur dem griechischen Fiskus gehen jährlich mehrstellige Milliardenbeträge durch Kapitalflucht und Steuerhinterziehung verloren. Die Summe privater Vermögen – in der Hand weniger Superreicher – entspricht in Griechenland, Deutschland und der EU insgesamt in etwa der Höhe der öffentlichen Verschuldung.

Um wirtschaftliche Wiederaufbauprogramme und öffentliche Investitionen zu finanzieren, müssen Einkommensmillionäre und insbesondere Kapitalvermögen stärker besteuert werden. Nach Möglichkeit durch eine EU-weite Millionärssteuer und eine Vermögenssteuer zur Krisenfinanzierung.

Darüber hinaus müssen wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Kapitalflucht ergriffen werden. So ist zum Beispiel die Steuerpflicht an die Staatsbürgerschaft zu binden, unabhängig vom Wohnort und dem Ort des aufbewahrten Vermögens. Für Griechenland bedeutet dies, dass EU-Hilfen zum Ausbau der Steuerbehörden notwendig sind. Die im Rahmen der derzeitigen „Memorandums-Politik“ verordneten Reformen des Steuersystems sind hierzu in keiner Weise ausreichend. Sie werden darüber hinaus durch die Einsparvorgaben konterkariert.

http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/alternativen-austeritaetspolitik-bankenrettung/

SYRIZA : 40 Forderungen

1. Gründliche **Untersuchung der öffentlichen Schulden** sowie Neuverhandlung der fälligen Zinsen unter **Aussetzung von Zahlungen**, bis die Wirtschaft wieder belebt ist und Wachstum und Beschäftigung eintritt.

2. Die Europäische Union muß aufgefordert werden, die Rolle der **Europäischen Zentralbank** so zu ändern, dass sie Staaten und Programme für öffentliche Investitionen finanziert.

3. Erhöhung der **Einkommensteuer auf 75%** für alle Einkommen über 500.000 Euro.

4. **Ändern der Wahlgesetze** zu einem proportionalen System.

5. Erhöhung der **Steuern großer Unternehmen** auf das Niveau europäischen Durchschnitts.

6. Einführung einer **Steuer auf Finanztransaktionen** und einer Sondersteuer auf Luxusgüter.

7. **Verbot des Handels mit spekulativen Finanzderivaten.**

8. **Abschaffung von finanziellen Privilegien** für die Kirche und Schiffbauindustrie.

9. Bekämpfung aller Bestimmungen des **Bankgeheim-nisses**, welche die Kapitalflucht ins Ausland begünstigen.

10. Drastische Beschneidung der **Militärausgaben**.

11. Erhöhung des **Regelmindestlohn** auf 750 Euro pro Monat.

12. Verwendung von Gebäuden der Regierung, von Banken und der Kirche für **Obdachlose**.

13. Öffnen der Kantinen in öffentlichen Schulen für **kostenloses Frühstück und Mittagessen** für Kinder.

14. Kostenloser Nutzung der **Gesundheitseinrichtungen** für Erwerbslose, Obdachlose und Menschen mit niedrigen Einkommen.

15. Bis zu 30%iger Zuschuss bei **Hypothekenschulden** für arme Familien, die nicht zahlen können.

16. Erhöhung der Zahlungen für Erwerbslose. Steigerung des **sozialen Schutzes** für Familien mit einem Elternteil, für die Alten, Behinderten und Familien ohne Einkommen.

17. Senkung des Steueranteils für **Güter des täglichen Bedarfs.**

18. **Verstaatlichung der Banken**.

19. **Wiederverstaatlichung** der ehemals öffentlichen Unternehmen in für das Wachstum des Landes strategisch wichtigen Sektoren (Eisenbahnen, Flughäfen, Post, Wasser).

20. Präferenz für erneuerbare Energien und Schutz der **Umwelt**.

21. **Gleiche Bezahlung für Männer und Frauen**.

22. Beschränkung der **prekären Anstellung** und Unterstützung für Verträge ohne Befristung.

23. Erweiterung der **Arbeiterschutzrechte** und Erhöhung der Gehälter von Teilzeitbeschäftigten.

24. Wiederherstellung der **kollektiven (Arbeits-) Verträge**.

25. Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bemühen, müssen sich verstärkt **staatlichen Inspektionen** stellen.

26. **Reformen der Verfassung**, welche die Trennung von Kirche und Staat garantieren sowie den Schutz des Rechts auf Bildung, der Gesundheitsversorgung und der Umwelt.

27. **Referenden** über Verträge und andere Abkommen mit Europa.

28. **Abschaffung von Privilegien** für Abgeordnete. Beseitigung von besonderen rechtlichen Schutz für die Minister und die Erlaubnis für die Gerichte, um gegen Mitglieder der Regierung vorzugehen.

29. **Entmilitarisierung** der Verbände des Küstenschutzes und der Anti-Aufstands- Spezialtruppen. Verbot für die Polizei, Masken zu tragen und Verwendung von Schusswaffen bei Demonstrationen. Die **Polizei** muß in sozialen Themen wie Einwanderung, Drogen u.a. sozialen Fragen geschult werden.

30. Garantie der **Menschenrechte** in den Wohnheimen der Einwanderer.

31. Erleichterung der Familienzusammenführung von **Menschen mit Migrationshintergrund.**

32. Straffreiheit für den Konsum von Drogen zugunsten des Kampfes gegen den **Drogenhandel** und von Mitteln für die Drogen-Reha-Zentren.

33. Für ein Gesetz, welches das Recht auf **Kriegsdienstverweigerung** festschreibt.

34. Aufstockung der Mittel für die **öffentliche Gesundheit** bis zu dem durchschnittlichen europäischen Niveau. (Der europäische Durchschnitt liegt bei 6% des BIP;. In Griechenland sind es 3%).

35. Die Bürger sollen nicht für die nationalen Gesundheitsdienste zahlen müssen.

36. Verstaatlichung der privaten Kliniken. Beseitigung der privaten Beteiligung am staatlichen Gesundheitssystem.

37. **Rückzug der griechischen Truppen aus Afghanistan und dem Balkan**. Keine griechische Soldaten jenseits unserer Grenzen.

38. Abschaffung der militärischen Zusammenarbeit mit Israel. Unterstützung für die Schaffung eines **palästinensischen Staates** in den Grenzen von 1967.

39. Aushandlung eines stabilen Verhältnisses zur **Türkei**.

40. Schließung aller ausländischen Basen in Griechenland und **Austritt aus der Nato.**

http://web.rifondazione.it/home/index.php/12-home-page/7794-programma-di-syriza

Quelle http://steinbergrecherche.com/regriechenland.htm#Syriza ; *Übersetzung aus dem Englischen: Frank Braun*

Der deutsche Bundespräsident als Kriegstreiber

Der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck ist am 12. Juni 2012 zum Antrittsbesuch bei der Bundeswehr nach Hamburg gereist. Die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg ist die höchste militärische Ausbildungsstätte der Bundeswehr. Seine Rede dort rief zahlreiche Proteste hervor. Wir dokumentieren einige der Stellungnahmen, die sich gegen die Banalisierung und Rechtfertigung der Kriegseinsätze der Bundeswehr richten. (SiG-Redaktion)

Eugen Drewermann, katholischer Theologe, vom Priesteramt suspendiert:

„(...) Was die Bundeswehr verteidigt, sind nicht die Menschenrechte und ganz bestimmt nicht die Freiheit in der Welt. Die Osterweiterung der NATO bis nach Georgien, Kasachstan, Kirgisien hat einen einzigen Zweck: Die Verteidigung der Interessen des Kapitalismus und die geostrategische Einkreisung von Indien und China. Entscheidend bleibt, daß man von einem Soldaten nicht verlangen kann, daß er mutig stirbt – sterben werden wir alle, ob mit oder ohne Mut.
Verlangt wird vom Soldaten vielmehr, daß er tötet!
Auf dieses moralische Problem sollte der einstige Pastor auch hinweisen.“

Bundesausschuss Friedensratschlag

Pressemitteilung, Kassel, 13. Juni 2012

Es sollte eine Rede des hohen Tons und der großen Gefühle werden. Am Ende präsentierte Bundespräsident Joachim Gauck aber nur mächtige Worthülsen. Da war von "*meiner Armee*" und von "*unseren Soldaten*" als "*Dienern*" die Rede, von einer wahren "*Armee des Volkes*" als einem Teil des "*Demokratiewunders*", das die Deutschen 1989/90 geschafft hätten. Und da wurden die hehren Ideale und Ziele der Bundeswehr gepriesen, "*Freiheit, Sicherheit, Menschenwürde und das Recht des Einzelnen auf Unversehrtheit*" zu verteidigen - und zwar in der ganzen Welt.
Mit keinem Wort ging Gauck auf die Interessen der deutschen Wirtschaft ein, Märkte für den Export zu sichern, Handelswege notfalls "freizukämpfen" oder sich "*freien Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen und Rohstoffen*" in aller Welt zu schaffen. Das ist immerhin der unverblümte Auftrag der Bundeswehr in den **Verteidigungspolitischen Richtlinien** von 1992, 2003 und 2011 und der Weißbücher 1994 und 2006. Horst Köhler hatte wegen eines etwas holprig daherkommenden Interviews vor drei Jahren auf diese Zusammenhänge aufmerksam machen wollen - und musste sein Präsidentenamt aufgeben. Offenbar hält sich Gauck an eine Grundregel der politischen Klasse: Über die ökonomischen Interessen der Politik spricht man nicht, man setzt sie nur durch.

Obwohl das Instrument Militär zum sensibelsten Bereich der Politik und des nationalen und internationalen Rechts gehört, existieren für Gauck weder das Grundgesetz der Bundesrepublik mit seinem den Krieg ächtenden Art. 26 und die Bundeswehr auf Landesverteidigung verpflichtenden Art. 87a, noch die UN-Charta mit dem strikten Gewaltverbot nach Art. 2,4, noch der Einigungsvertrag von 1990, der in Art. 2 definitiv verlangt, "*dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird*". Er stellt demnach auch nicht die Frage, ob Krieg völkerrechtlich oder ethisch sein darf, sondern ihn interessiert nur noch, ob militärische Einsätze "*die gewünschten Ziele erreichen*" oder "*ob wir im Einzelfall die Mittel haben, die für ein sinnvolles Eingreifen nötig sind*".
So ist der letzte Schritt nicht mehr weit: Für Gauck gibt es wieder den "*gerechten Krieg*". Originalton: "*Sie (die Bundeswehr) hat unser Zutrauen verdient, nicht nur in Debatten um den 'gerechten Krieg' zu bestehen, sondern auch einem 'gerechten Frieden' einen Weg zu bahnen*." Hätte der ehemalige Pastor und Kirchenfunktionär doch nur das Wort der deutschen Bischöfe aus dem Jahr 2000 zur Kenntnis genommen! Dort hatte sich die Kirche endgültig von Begriff und Konzeption des "*gerechten Kriegs*" verabschiedet. (1)

In Kreisen der Bundeswehr wird die Rede Gaucks überschwänglich gefeiert und heute schon als "historisch" bewertet. In einem negativen Sinn soll sie es auch sein: Gauck soll mit seiner Lobrede die Köpfe und Herzen der Menschen für die Sorgen und Nöte der Soldaten öffnen, soll das einstmals beklagte "*freundliche Desinteresse*" an der Bundeswehr in eine begeisterte Zustimmung verwandeln. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr, der "*Armee im Einsatz*", werden - geht es nach den Plänen von Regierung und NATO - zunehmen. Dafür braucht sie zunehmend die Unterstützung der "*Heimatfront*". Gauck scheint der rechte Mann dafür zu sein.
Peinlich, dass er in seinem Eifer nicht merkt, dass die Bundeswehr dabei ist, das zu werden, was er zu Beginn seiner Rede so heftig kritisiert: Mit Blick auf die DDR geißelt er dort "*Aufmärsche*" und "*die Militarisierung der Schulen*". Hat er denn noch nicht von den öffentlichen Gelöbnissen, der Präsenz der Bundeswehr bei Volksfesten und Messen oder der Teilnahme von Presseoffizieren an Schulveranstaltungen gehört?

Eines können wir nicht nur für den Bundesausschuss Friedensratschlag, sondern für die Friedensbewegung insgesamt sagen: **Von diesem Präsidenten werden wir nicht vertreten.**
Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:
Peter Strutynski (Sprecher)

(1) „*In unserem Dokument vertreten wir nachdrücklich die Auffassung, dass sich die Friedensfrage nicht erst dann stellt, wenn Auseinandersetzungen bereits mit Waffengewalt geführt werden. In der nationalen wie internationalen Politik muss es vielmehr darum gehen, die Ursachen von Gewalt frühzeitig und mit Nachdruck zu bekämpfen und Verhältnisse zerstörerischer Gewalt erst gar nicht entstehen zu lassen. Wir möchten damit ausdrücklich auch einen Gegenakzent zu den üblichen öffentlichen Diskussionen über Frieden und Sicherheit setzen. In den Medien kommt die Debatte ja gewöhnlich nur in Gang, wenn Konflikte gewalttätig eskalieren und sich die Frage eines "Eingreifens" stellt. Wir möchten hingegen einen Beitrag zur Humanisierung der Lebenswirklichkeiten leisten, der gewaltlosen Lösungen Priorität einräumt. "Gerechter Friede" heißt unser Wort daher und nicht "Gerechter Krieg".*“
http://www.dbk.de/presse/details/?presseid=972&cHash=11208da14d686e15a78890f4f389f340

Monty Schädel, DFG/VK:

„Den Tod deutscher Soldaten im Krieg zu glorifizieren und gleichzeitig **die Opfer dieser Soldaten nicht einmal zu erwähnen**, ist menschenverachtend. Den Soldaten und den Opfern gegenüber. Die Rede ist nicht zu ertragende nationalistische Kriegspropaganda. Der Präsident sollte zur Kenntnis nehmen, daß die »glücksüchtige« deutsche Gesellschaft das Militär und insbesondere den Krieg deutscher Soldaten im Ausland ablehnt."

Rudolf Hänsel: Wir wollen keine Kriegspropaganda mehr!
Offener Brief an Bundespräsident Joachim Gauck

Wir Deutschen haben nach zwei Weltkriegen eine eigene Meinung zur Frage von Krieg und Frieden und wollen keine Kriegspropaganda mehr

„Dass es wieder deutsche Gefallene gibt, ist für unsere glückssüchtige Gesellschaft schwer zu ertragen."
Joachim Gauck am 12. Juni 2012

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck!

Erlauben Sie mir als deutschem Bürger der Nachkriegsgeneration einige Anmerkungen zum Tenor Ihrer Ansprache in der Führungsakademie der Bundeswehr und zu einigen Ihrer Aussagen.

Wie kommt unser Staatsoberhaupt dazu – so meine spontane gefühlsmässige Reaktion nach der Lektüre Ihres Redetextes –, uns Deutsche nach zwei Weltkriegen darüber zu belehren, was wir zur Frage von Krieg und Frieden zu denken haben. Da Sie meines Wissen als Pfarrer und „friedlicher Revolutionär" nie eine Waffe in die Hand nahmen, kann ich mir Ihre Gesinnungsänderung nicht erklären, wenn Sie nun als Bundespräsident für Auslandseinsätze der Bundeswehr werben, militärische Gewalt rechtfertigen, dafür plädieren, uns wieder an deutsche Gefallene zu gewöhnen und damit Kriegspropaganda betreiben.
Ist das wirklich Ihre persönliche Überzeugung oder haben Sie uns als neues Staatsoberhaupt zu sagen, was Deutschland zu denken verordnet ist? Ob Sie mit Ihrer Rede mittelbar Verfassungsprinzipien verletzen (z. B. Förderung des Angriffskrieges, Betreiben von Kriegspropaganda) kann ich nicht einschätzen, wäre aber im Einzelfall zu prüfen.
Ihre Rede lässt sich jedenfalls einordnen in die Reihe markiger Sprüche unseres Verteidigungsministers Thomas de Maizière über Deutschlands neue Verantwortung und militärische Rolle in der Welt während der so genannten Münchner Sicherheitskonferenz am 3. Februar 2012.

Nun noch zu einzelnen Aussagen Ihrer Rede:
„Liebe Soldatinnen und Soldaten: Sie schützen und verteidigen, was uns am wichtigsten ist, auch über die Grenzen unseres Landes hinaus: Freiheit und Sicherheit, Menschenwürde und das Recht jedes einzelnen auf Unversehrtheit." (…) *Die Bundeswehr auf dem Balkan, am Hindukusch und vor dem Horn von Afrika, im Einsatz gegen Terror und Piraten – wer hätte so etwas vor zwanzig Jahren für möglich gehalten? (...) Diese Bundeswehr ist keine Begrenzung der Freiheit, sie ist eine Stütze unserer Freiheit. (...) Die Bundeswehr ist (...) zu einem Friedensmotor geworden*."

Wo in Deutschland, sehr geehrter Herr Bundespräsident, oder im Kosovo, in Afghanistan, in Somalia schützen deutsche Soldaten Freiheit, Sicherheit, Menschenwürde und das Recht jedes einzelnen auf Unversehrtheit, wo ist die Bundeswehr „Friedensmotor"? Die Menschen in diesen Ländern sind „dank" unserer Bundeswehreinsätze im Verbund mit der von Amerika geführten Nato unfreier, unsicherer, in ihrer Menschenwürde zutiefst verletzt und viele von ihnen entweder tot, oder kriegsverletzt, krebskrank und hoffnungslos. Tatsächlich war vor zwanzig Jahren für uns Deutsche eine Beteiligung der Bundeswehr an Angriffskriegen der Nato undenkbar. Da haben Sie Recht.

„*Gewalt, auch militärische Gewalt, wird immer auch ein Übel bleiben, Aber sie kann – solange wir in der Welt leben, in der wir leben – notwendig und sinnvoll sein, um ihrerseits Gewalt zu überwinden.* (…)
Kriege, noch dazu völkerrechtswidrige Angriffskriege, sehr geehrter Herr Bundespräsident, waren noch nie sinnvoll und konnten noch nie Gewalt überwinden – das hat uns die Geschichte gelehrt. Und Kriege sind auch in Zukunft obsolet. Lassen Sie mich dazu zwei Zeitzeugen zitieren: **Leo Tolstoi** (1828-1910) sagte zur Frage von Krieg und Frieden: „*Eine vernünftige Erklärung dafür, warum Länder und Völker gegeneinander Krieg führen sollten, gibt es nicht und kann es nie geben*." Und die erste Friedensnobelpreis-Trägerin und engagierte Kriegsgegnerin Berta v. Suttner (1843-1914) meinte hierzu: „*Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut soll immer wieder mit Blut abgewaschen werden.*"

Herr Bundespräsident, Sie sagten des Weiteren: „*Eine funktionierende Demokratie (erfordert) auch Einsatz, Aufmerksamkeit, Mut, und manchmal auch das Äusserste, was ein Mensch geben kann: das Leben, das eigene Leben. (...)*
Dass es wieder deutsche Gefallene gibt, ist für unsere glückssüchtige Gesellschaft schwer zu ertragen."

Sterben „*für Gott, Kaiser und Vaterland"?* Nein danke! Nicht mehr, Herr Bundespräsident! Meine Großmutter, die zwei Weltkriege erlebt hat und meine Mutter haben den Schmerz über den Verlust des gefallenen Sohnes und Bruders im 2. Weltkrieg Zeit Ihres Lebens nicht überwunden. Und das ist nur ein Beispiel von Abermillionen anderer Kriegsschicksale in aller Welt.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, wir Deutschen haben nach zwei Weltkriegen eine eigene Meinung zur Frage von Krieg und Frieden und wollen keine Kriegspropaganda mehr.

Hochachtungsvoll, Dr. Rudolf Hänsel



Liedermacher Hans-Eckart Wenzel:

»Der Gauck ist aufgegangen! /
Die Uniformen prangen /
Am Hindukusch so klar. /
Die Welt steht da und schweiget /
Und aus den Reden steiget /
Der alte Scheiß so wunderbar. (...)«



***Weitere Stellungnahmen, Leserbriefe zu Gaucks-Rede**:*
http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Bundeswehr/gauck.html und *http://www.nachdenkseiten.de/?category_name=bundespraesident*

Die Rede des deutschen Bundespräsidenten ist hier dokumentiert: http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Bundeswehr/gauck.html
***Auszüge aus der Rede von Gauck** in Hamburg am 12.6.2012:*

Freiheit, so haben wir gelernt, ist ohne Verantwortung nicht zu haben. Sie entbehrt auch ihres Wertes und ihrer Würde ohne diesen Begriff. Für Sie, liebe Soldatinnen und Soldaten, ist diese Haltung schrittweise selbstverständlich geworden. Ist sie es auch in unserer Gesellschaft? Freiheit und Wohlergehen sehen viele als Bringschuld der Demokratie und des Staates. Manche verwechseln dabei aber Freiheit mit Gedankenlosigkeit, Gleichgültigkeit oder auch Hedonismus. Andere sind wiederum sehr gut darin, ihre Rechte wahrzunehmen oder gegebenenfalls sie auch vehement einzufordern. Und vergessen dabei allzu gern, dass eine funktionierende Demokratie auch Einsatz fordert, Aufmerksamkeit, Mut, und eben manchmal auch das Äußerste, was ein Mensch geben kann: das Leben, das eigene Leben….
"Zum anderen ist es aber so, dass bei vielen ein Nicht-Wissen-Wollen existiert. Das ist irgendwie menschlich: Wir wollen nicht behelligt werden mit Gedanken, dass es langfristig auch uns betreffen kann, wenn anderswo Staaten zerfallen oder Terror sich ausbreitet, wenn Menschenrechte systematisch missachtet werden. Wir denken eben nicht gerne daran, dass es heute in unserer Mitte wieder Kriegsversehrte gibt. Menschen, die ihren Einsatz für Deutschland mit ihrer seelischen oder körperlichen Gesundheit bezahlt haben. Und noch viel weniger gerne denken wir daran, dass es wieder deutsche Gefallene gibt, das ist für unsere glückssüchtige Gesellschaft schwer zu ertragen....
Diese Bereitschaft zur Hingabe ist selten geworden in Zeiten, da jeder für sich selbst Verantwortung zu übernehmen hat – und zu viele meinen, damit schon genug Verantwortung zu tragen…
Bundeswehr ist – gerade durch solche Lehrgänge und Begegnungen – zu einem Friedensmotor geworden. Sie befördert das große „Wir“, ohne das ein dauerhafter Friede nicht möglich ist."
http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/dokumente/diese-bundeswehr-ist-keine-begrenzung-der-freiheit-sondern-eine-stuetze-?print

Gegen die Rekrutierungsarbeit der Bundeswehr

Aufruf zur bundesweiten Aktionswoche gegen Bundeswehr in Schulen und Hochschulen, 24.-29. September 2012



17.05.2012

Die Bundeswehr drängt an die Schulen und Hochschulen! In den Schulen sucht sie zum einen nach dem Ende der Wehrpflicht neue Rekruten und Rekrutinnen. Zum anderen will sie schon die Kinder und Jugendlichen – die Wähler und Wählerinnen von morgen – von der Notwendigkeit militärischer Einsätze überzeugen.

In immer mehr Bundesländern schließt sie deshalb Kooperationsvereinbarungen mit den jeweiligen Kultusministerien. Damit sichert sie ihren Jugendoffizieren und Jugendoffizierinnen Zugang in die Klassenzimmer. Diese „Experten für die politische Bildung“ gestalten dort den Unterricht, entwerfen Lehrmaterialien, organisieren Ausflüge in Kasernen oder andere Seminarfahrten und üben zunehmend Einfluss auf die Ausbildung von Lehrkräften aus. Auch die Wehrdienstberater und Wehrdienstberaterinnen kommen regelmäßig und immer häufiger in Schulen, um Jugendliche offensiv für den Dienst an der Waffe anzuwerben. Auch an den Hochschulen wird eine zunehmende Militarisierung der Forschung und Lehre immer deutlicher.

Wir wollen uns gemeinsam der Militarisierung des Bildungssystems in den Weg stellen.

Darum rufen wir zu einer bundesweiten Aktionswoche vom 24.- 29. September 2012 gegen den Einfluss der Bundes-wehr und der Rüstungsindustrie auf das Bildungswesen auf. In vielen Städten sollen dezentral bunte, kreative und öffentlichkeitswirksame Aktionen und Veranstaltungen stattfinden, um Politik und Öffentlichkeit auf die Problematik der zunehmenden Militarisierung des Bildungssystems aufmerksam zu machen.

Wir fordern die sofortige Kündigung der bestehenden Kooperations-vereinbarungen zwischen Kultusministerien und der Bundeswehr sowie die flächendeckende Einführung und Einhaltung von Zivilklauseln um eine Lehre und Forschung an Hochschulen zu garantierten, die ausschließlich zivilen Zwecken dient.

http://www.dfg-vk.de/thematisches/schulfrei-fuer-die-bundeswehr/

Dossier unter: http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Schule/Welcome.html

Peter Grottian

Ziviler Ungehorsam ist der Schlüssel

Panzerexport nach Saudi-Arabien kann verhindert werden

Noch schweigt Angela Merkel, wenn Altkanzler Helmut Schmidt sie wegen der Genehmigung von bis zu 270 Panzern für Saudi-Arabien kritisiert. Mit seiner »Ich hätte das nicht getan«-Schelte zielt er im Vorfeld des Wahljahres 2013 auf eine Revitalisierung der öffentlichen Debatte. Die Bundesregierung wagte ihre Entscheidung bislang nicht wirklich zu verteidigen. Merkel und Verteidigungsminister Thomas de Maizière wirkten wie von der Waffenlobby getrieben. Aber die fast einhellige **scharfe öffentliche Kritik am Export der »Leopard 2«** und die Tatsache, daß 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung **Waffenexporte ablehnen**, zeigt die Glut unter der Asche eines nur vordergründig beruhigten Themas. Wenn selbst die Anhänger von CDU/CSU und FDP mehrheitlich gegen Waffenexporte sind, dann ist die Bundesregierung wie bei keinem anderen Politikfeld damit konfrontiert, den Panzerexport gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Bürger durchsetzen zu wollen, die nicht mehr will, daß die Waffen von Heckler & Koch Hunderttausenden den Tod bringen und deutsche Panzer gegen arabische Demokratiebewegungen eingesetzt werden. Täterin in politischer Verantwortlichkeit ist auch Angela Merkel – für die Menschenrechte angeblich nicht verhandelbar sind.

Jenseits aller Öffentlichkeit sind die **Regierung von Saudi-Arabien und der Rüstungs-konzern Krauss-Maffei-Wegmann** nicht untätig geblieben, zu einem Vertragsabschluß zu kommen. Trotz noch vorhandener Probleme scheint eine einvernehmliche Lösung nahe. Saudi-Arabien brennt auf das weltweit beste, deutsche Produkt. Das spanische Angebot, mit deutscher Lizenz gebaute Panzer zu liefern, ist das eher Konkurrenzgetöse ohne Substanz oder ein schlecht inszenierter Bluff, um ins Geschäft zu kommen. Krauss-Maffei-Wegmann hat zwar übervolle Auftragsbücher und deshalb keine Eile. Aber es geht um einen auf mehrere Jahre angelegten Liefervertrag. Die Sorge vor einer wieder aufflammenden öffentlichen Debatte mit unabsehbaren Folgen hängt wie ein Damoklesschwert über den Verhandlungen. Die Rüstungslobbyisten wollen den Deal möglichst lange vor dem Wahlkampf 2013 bundessicherheitsratsfest machen. Doch dann ist das öffentliche Auffliegen unvermeidlich: Es gibt zu viele Mitwisser für die erneute Entscheidung des Bundessicherheitsrats und zu viele Zulieferbetriebe, aus denen Informationen über Konkretes sprudeln können. Ein solches Großprojekt läßt sich nicht mehr an der Öffentlichkeit vorbeimogeln. Merkels Schweigen ist auf längere Sicht kaum durchhaltbar.

Inzwischen gibt es ein beeindruckendes, noch nie dagewesenes buntes **Bündnis von über 120 Gruppen in der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel«.** Zur Verhinderung des »Leo«-Exports bereiten sie **Proteste für September/ Oktober** entlang der Rüstungsbetriebe für den Panzer im Bodenseeraum, München, Kassel, Düsseldorf und am Tatort Berlin vor. Aktionen des zivilen Ungehorsams sind geplant. Das zentral-dezentrale Mobilisierungskonzept zielt auf die politische Unverantwortlichkeit und eine systematische Rufschädigung von Rüstungsunternehmen. Künstler des »Zentrums für politische Schönheit« um Philipp Ruch rufen kreativ dazu auf, Waffenfabrikanten zu denunzieren. Da sind Bürgerspaziergänge zu den verantwortlichen Herstellern wie einst zu den Bänkern und Politikern im Berliner Grunewald nicht mehr fern. Aktionen, mit denen – bei aller Wahrung persönlicher Integrität – ihre politische und unternehmerische Verantwortlichkeit für Waffenproduktion an den Pranger gestellt werden soll.

Die Rüstungsunternehmen werden sich mittelfristig selbst einen Kopf machen müssen, wie die **Umstellung der Rüstungsproduktion auf eine nachhaltige zivile Fertigung** aussehen könnte. Und sie werden mit ihrem Arbeitsplatzargument niemanden mehr beeindrucken, wenn nur noch 0,2 bis 0,3 Prozent der Erwerbstätigen in der Rüstungsproduktion tätig sind. Deutschland ohne Waffenindustrie wäre selbst im Kapitalismus möglich. Doch Rüstung ist Renditerausch. Die Zivilgesellschaft wird Merkel zwingen müssen, den »Leo« an die Kette zu legen – als ersten Schritt auf einem Weg, Rüstungsproduktion und Waffenhandel abzuschaffen. Der zivile Ungehorsam ist vermutlich der Schlüssel für einen erfolgreichen Konflikt. Die Zeichen stehen günstig – weil eine überwältigende Mehrheit der Menschen dahinter steht.

Peter Grottian ist Hochschullehrer für Politikwissenschaft der FU Berlin, im Wissenschaftlichen Beirat von ATTAC und »Bewegungsunternehmer«.
buero.grottian@gmx.de

Aufruf eines unabhängigen Personenbündnisses, der sich gegen den geplanten Export von 270 Leopard-2-Panzern nach Saudi-Arabien richtet. Der Aufruf "Legt den Leo an die Kette - Öffentliche Selbstverpflichtung zu Protest und Zivilem Ungehorsam" ist von fast 200 Personen und Prominenten aus sozialen Bewegungen unterzeichnet. Weitere Unterzeichnungen sind erwünscht. http://www.grundrechtekomitee.de/node/50

Hiroshima- und Nagasaki-Tag 2012 http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/hiro2012.htm

Immer noch Atomwaffen in Deutschland

67 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki lagern noch immer über 20.000 Atomsprengköpfe auf unserem Planeten mit einer Zerstörungsgewalt, die 900.000 Mal so groß ist wie die Hiroshima-Bombe. US-Präsident Obamas Reden von Prag und Kairo haben uns dem Ziel atomarer Abrüstung leider nur atmosphärisch und psychologisch näher gebracht.

Statt mehr als 20 Jahre nach Ende des Ost- West Konfliktes dieses Teufelszeug endlich zu beseitigen, wird bei allen offiziellen Atomwaffenstaaten und bei den "Nachzüglern" Israel, Indien, Pakistan und Nord-Korea modernisiert; neue bessere, genauere Sprengköpfe, neue Trägersysteme, Flugzeuge, U-Boote. Die Proliferationsgefahr steigt. Weitere Regionalmächte können bald "die Bombe" anstreben und ein neues nukleares Wettrüsten anheizen.

Entgegen vergangener Ankündigungen aus der Bundesregierung sollen auch die in Deutschland verbliebenen US-Atomwaffen in Büchel/Eifel nicht abgezogen, sondern ab 2017 durch modernere ersetzt werden - die NATO-Atomwaffenstrategie will es so.

Bei den zahlreichen Aktionen zum Hiroshima-/Nagasakitag fordern wir den umgehenden Abzug dieser Atomwaffen als ersten Schritt hin zu einem atomwaffenfreien Europa. Notwendig dafür ist die Kündigung des Stationierungsabkommens zwischen der Bundesregierung und der US-Regierung.

*Ein **"online-Lexicon"** zu allem rund um Atomwaffen und deren Gefahren ist unter* http://www.atomwaffena-z.info/ *eingerichtet.*
***Veranstaltungen** zu den Hiroshima/Nagasaki-Tagen:* http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/hir12ter.htm

Marokko: Die Kämpfe der Landbevölkerung



„Es lebe die Solidarität der Arbeiter. Wenn wir unsere Rechte verteidigen, verlieren wir sie nicht!“

So schließt die Landarbeitergewerkschaft der Souss-Region im Süden Marokkos ihre Presseerklärung ab, in der sie den Erfolg von 6 Landarbeitern mitteilt, deren Forderungen erfüllt wurden - nach einem Hungerstreik von 38 Tagen. Sie hatten bei der großen französischen Agrarfirma SOPROFEL gearbeitet. Diese besitzt große Flächen im ertragreichen Souss und exportiert vor allem nach Europa landwirtschaftliche Produkte (z.B. Tomaten). Die Arbeitsbedingungen sind sehr prekär (Kein Vertrag, keine Zahlung der Sozialversicherungen, Arbeitsunfälle,...). Dreißig Landarbeiter, die versucht hatten, eine Gewerkschaft aufzubauen und Streiks zu organisieren, wurden 2008 entlassen (bzw. nicht weiter beschäftigt), sie wurden außerdem von einem Gericht im Namen des § 288 verurteilt (Verbot von Streiks). Die breiten Proteste haben damals zu einem Abkommen mit der Firma geführt, das jedoch nicht umgesetzt wurde. Daraufhin haben 6 von ihnen einen Hungerstreik begonnen. Unterstützt wurden sie von einem Komitee und von der Gewerkschaft „Union Nationale du secteur Agricole“; die Bevölkerung hat Kundgebungen, Blockaden und Demonstrationen durchgeführt. Ergebnis: Die gerichtlichen Verfolgungen werden jetzt fallen gelassen, sie bekommen eine Entschädigung, ihre Namen werden von den „schwarzen Listen“ gestrichen.

Bericht: http://www.legrandsoir.info/+maroc-les-ouvriers-licencies-du-groupe-francais-soprofel-idyl-sont-en-greve-de-la-faim+.html

Video über das Fest zur Ehre der 6 Gewerkschafter: http://www.youtube.com/watch?NR=1&feature=endscreen&v=lPU_Rai-YXk

Brutale Unterdrückung der Proteste in Chlihat (im Norden Marokkos)

Seit längerem protestiert die Landbevölkerung von Chlihat gegen eine spanische Firma, die 2000 Hektar staatlicher landwirtschaftlicher Fläche gepachtet hat. Sie beklagen, dass der Anbau von Reis im großen Maßstab zu einer Mückenplage führt und dass die Firma nur sehr wenige Menschen eingestellt hat.
Nachdem Verhandlungen erfolglos geblieben waren, besetzten die Menschen die Ländereien und forderten, dass der Reis nicht angebaut wird. Sie wurden von der Armee angegriffen, das Dorf selbst wurde geplündert.
Die Bewohner flohen in die Wälder – und kamen Tage später erst allmählich zurück, als ein Solidaritätsmarsch (u.a.von attac Marokko organisiert) bis zu ihnen durchkam.



Bild: Die Frauen haben ihre Angst überwunden

Video-Berichte:
Chlihat1: http://www.youtube.com/watch?v=Zoz8flLnPvw&feature=em-share_video_use
Chlihat2: http://www.youtube.com/watch?v=dbkD7r3s7WI&feature=em-share_video_user

Staatliche Repression in Marokko

*Die scharfe Repression der anhaltenden Proteste auf dem Land und in den Städten wird u.a. von **Amnesty International** dokumentiert. Einen gerichtlichen Erfolg haben die 16 zu hohen Geld- und Gefängnisstrafen jungen Menschen errungen -S. Bericht in SiG 95: Manche Strafen sind jetzt auf Bewährung. Aber zur gleichen Zeit werden neue drakonische Strafen ausgesprochen).*
„ Am 25. Mai 2011 beteiligten sich vor dem Gesundheitsministerium in Rabat rund 8000 Mediziner_innen an einem **Sitzstreik**, dem ein Protestmarsch zum Parlament folgen sollte. Doch die Sicherheitskräfte gingen nach vorliegenden Meldungen mit Knüppeln und Fußtritten gegen die Demonstrierenden vor und fügten dabei 40 von ihnen unterschiedlichste Verletzungen zu. Ein 40 Jahre alter Arzt erlitt einen Beckenbruch und musste sich einer Notoperation unterziehen.
Am 28. und 29. Mai 2011 griffen die Proteste auf mehrere andere Städte über, darunter Kenitra, Safi, Fes, Tanger, Casablanca und Salé. Die Teilnehmer_innen, unter ihnen politische Aktivist_innen, Menscherechtsverteidiger_innen und Mitglieder der Bewegung 20. Februar, forderten Reformen in Politik und Gesellschaft und verlangten ein Ende der Korruption. Die Proteste verliefen weitgehend friedlich. Mehrere Zeug_innen haben Amnesty International jedoch berichtet, dass zahlreiche Protestierende von Uniformierten oder Zivilkleidung tragenden Angehörigen der Sicherheitskräften mit Schlagstöcken oder Knüppeln verprügelt und mit Fußtritten traktiert worden sind. Einige der Protestteilnehmer_innen, unter ihnen Kinder, trugen dabei Verletzungen am Kopf und im Gesicht davon.“
http://www.amnesty.de/urgent-action/ua-152-2011-1/gewalt-gegen-demonstrierende?destination=node%2F2977

Mehr hier: http://www.cadtm.org/MAROC-SAFI-Une-premiere-victoire ,http://www.cadtm.org/Maroc-Casablanca-Acharnement
http://www.cadtm.org/Maroc-Ouverture-d-un-nouvea,
http://www.cadtm.org/Maroc-La-repression-etouffe-le

Kontext TV: Der Kampf ums Wasser

Vor knapp zwei Jahren hat die UN-Vollversammlung den Zugang zu sauberem Wasser und Sanitärversorgung zu einem Menschenrecht erklärt – nach langen Kämpfen sozialer Bewegungen.

Doch nach wie vor haben fast 900 Millionen Menschen weltweit keinen Zugang zu sauberem Wasser.

Die Übernutzung und Verschmutzung von Süßwasserreserven durch Industrie und Landwirtschaft, der Klimawandel sowie Privatisierung und Landraub gefährden die Zukunft der Wasserversorgung – vor allem für die ärmsten Menschen im globalen Süden. Eine globale Wasserkrise zeichnet sich ab.

Kontext TV sprach auf dem **Alternativen Weltwasserforum, das vom 14. bis 17. März 2012 in Marseille** stattfand, und auf dem parallel stattfindenden 6. Weltwasserforum mit AktivistInnen und VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen über die Ursachen der Wasserkrise und Perspektiven für **Wassergerechtigkeit.**

Die **Sendung** gliedert sich in sieben Teile:

1. **Stimmen vom Alternativen Weltwasserforum in Marseille**:
2. **Maude Barlow: "Unserer Erde geht das saubere Wasser aus"**:
3. **Widerstand gegen Wasserprivatisierung wächst**
4. **Wasser als Menschenrecht**
5. **Fracking bedroht Grundwasserreserven** in den USA und Europa:
6. **Asien: Wasserprivatisierung auf Kosten der Ärmsten / Kriege ums Wasser drohen**
7. **Oscar Olivera: Der „Wasserkrieg" von Cochabamba und die Rechte der Natur**

http://www.kontext-tv.de/node/225

Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht

Europäisches Bürgerbegehren http://www.right2water.eu/de

Wir sind der Überzeugung, dass sich die Europäische Union stärker für einen universellen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung auch in Ländern außerhalb der EU einsetzen sollte. Millionen von Menschen werden diese Dienstleistungen immer noch vorenthalten.

Unsere Ziele:

1. **Wasser und sanitäre Grundversorgung als Garantie für alle Menschen in Europa.**
2. **Keine Liberalisierung der Wasserwirtschaft.**
3. **Universeller (globaler) Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung.**

Die Europäische Bürgerinitiative ist seit dem 1. April 2012 ein neues Instrument der partizipativen Demokratie in Europa. Die BürgerInnen verfügen mit der EBI über die Möglichkeit, ein bestimmtes Thema auf die europäische politische Agenda zu setzen. Hierzu müssen ***eine Million Unterschriften*** *aus mindestens sieben unterschiedlichen EU-Mitgliedstaaten gesammelt werden*

Formular für die Unterschriftensammlung

http://www.verdi.de/themen/internationales/wasser-ist-menschenrecht

Grano de Arena („Sand im Getriebe") spanischer Newsletter der Attac-Bewegung

Nummer 656, 21. Mai 2012 : Hay alternativas (Es gibt Alternativen)

Eine Übersicht, von Werner Horch übersetzt und zusammengestellt ***Bestellung: mailto:informativo@attac.org***

*HAY ALTERNATIVAS. *

Noam Chomsky beschreibt die politische und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte als einen Klassenkampf, der einseitig von der Unternehmerschaft und ihren Verbündeten geführt wird, und setzt sich mit den Folgen auseinander: wachsende Ungleichheit, unermesslicher Reichtum in den Händen weniger, zunehmende Armut und Verunsicherung für viele. Die Entwicklung folgt für Chomsky keinem Naturgesetz, sondern ist das Ergebnis entsprechender Entscheidungen. Doch es gibt Alternativen.

*ESTADOS UNIDOS: UNA NACIÓN SUBDESARROLLADA. (USA: eine unterentwickelte Nation). Der Autor Roberto Torres Collazo begründet, warum die Vereinigten Staaten von Amerika trotz des dort vorhandenen immensen Reichtums als unterentwickeltes Land anzusehen sind. Wichtige Bereiche wie Wirtschaft, Gesundheit, Lebensmittelversorgung, Arbeit und Wohnen weisen Merkmale auf, wie man sie sonst aus armen Ländern kennt.

REDES SOCIALES SON FENÓMENO IRREVERSIBLE Y CRECIENTE,

Pedro Rioseco berichtet von einer Konferenz, an der u.a. I. Ramonet (Le Monde Diplomatique) teilnahm, mit dem Titel "Die Explosion der Publistik – von den Massenmedien zur Medienmasse", die sich mit der Bedeutung sozialer Netze im Internet wie Facebook befasste.

*BIOLOGÍA: WASHINGTON GENERA VIRUS LETAL.

Ein Virus mit der Bezeichnung H5N1, das 1997 in Hongkong entdeckt wurde und zunächst nicht auf Menschen übertragbar war, wurde von Wissenschaftlern aus den Niederlanden und den USA so weiterentwickelt, dass es auch Menschen befallen kann. Die Forschungsarbeiten werden maßgeblich von der US-amerikanischen Gesundheitsbehörde finanziert. Das Virus ist äußerst tödlich, die Sterbeziffer beträgt über 50 Prozent. Es besteht die Gefahr, dass es zu einer biologischen Waffe weiterentwickelt wird.

*ARGENTINA: PRONUNCIAMIENTO DE PLATAFORMA 2012 *

In Argentinien entstand vor kurzem die Plataforma 2012, ein Zusammenschluss von Intellektuellen und Kulturschaffenden. Sie verfolgt das Ziel, dem offiziellen Diskurs der Regierung und ihren verzerrenden Darstellungen der Wirklichkeit etwas entgegenzusetzen und eine Gesellschaft zu schaffen, in der die derzeit bestehenden Ungleichheiten beseitigt sind, sei es in wirtschaftlicher, sozialer oder geschlechtlicher Hinsicht oder in Bereichen wie Bildung, Gesundheitswesen und Umwelt. Der Artikel befasst sich weiterhin mit dem Einfluss der großen internationalen Bergbaugesellschaften in Argentinien und den für Menschen und Umwelt verheerenden Folgen des rücksichtslosen Abbaus von Bodenschätzen.

*CHILE: MARCHA POR LA EDUCACIÓN REÚNE CERCA DE 100 MIL ESTUDIANTES EN SANTIAGO *

Am 16. Mai 2012 fand in Santiago, Chile, eine Demonstration statt, die von Studierendenorganisationen sowie Schüler- und Schülerinnenorganisationen veranstaltet wurde. Es nahmen etwa 100.000 Personen teil. Protestiert wurde gegen die Privatisierung des Bildungswesens. Gefordert wurde ein Bildungswesen in öffentlicher Hand und eine konstenfreie und qualitativ hochwertige Ausbildung.



Palästina

Weltsozialforum Freies Palästina, 28. Nov. - 1. Dez. 2012 in Porto Alegre

Eine Welle der Solidarität mit Palästina hat Europa und die Welt erfasst.

Wir, Organisationen in Europa, rufen auf zur Teilnahme am Weltsozialforum Freies Palästina, einem weltweiten Treffen von auf breiter Basis agierenden zivilgesellschaftlichen Bewegungen aus der ganzen Welt. Wir rufen auf zu einer breiten Beteiligung unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Organisationen in Europa, diese einzigartige Gelegenheit zu ergreifen, um mit internationalen Partnern ein Netzwerk zu bilden und an der Vorbereitung des Forums mitzuwirken.

Das Weltsozialforum Freies Palästina hat sich zum Ziel gesetzt:

- Die Stärke der Solidarität mit den Forderungen des palästinensischen Volkes aufzuzeigen und die Vielfalt der Initiativen und Aktivitäten um Gerechtigkeit und Frieden in der Region darzustellen.

- Wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die palästinensische Selbstbestimmung, die Schaffung eines palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt zu sichern und die Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts zu gewährleisten durch:
a) das Ende der israelischen Besatzung und der Kolonilisierung allen arabischen Landes und den Abriss der Mauer;
b) Gewährleistung der fundamentalen Rechte der palästinensischen Bürgerinnen und Bürger Israels auf vollständige Gleichstellung; und
*c) Einsetzung, Schutz und Förderung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge,in ihre Heimat und auf ihre Besitztümer zurückzukehren, wie es in der **UN-Resolution 194** festgelegt wurde.*

- Einen Raum für Diskussion, Austausch von Ideen, Strategien und Plänen zu bieten, um die Strukturen der Solidaritätsarbeit zu verbessern.

Wir rufen europäische Solidaritätsbewegungen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Netzwerke und Gewerkschaften auf, das Weltsozialforum Freies Palästina zu unterstützen und an ihm teilzunehmen.

***Unterstützende Gruppen aus europäischen Ländern:** http://www.palaestina-solidaritaet.de/?page_id=20*

website zum WSF FP: **http://wsfpalestine.net/**

Internationaler Aufruf für Ende der Gaza-Blockade

Fünf Jahre Abriegelung

Anlässlich des fünften Jahrestags der Abriegelung des Gazastreifens fordern heute 50 internationale Hilfs- und UN-Organisationen, darunter „medico international" in einem gemeinsamen Aufruf ein Ende der Blockade: ***"Seit über fünf Jahren leiden mehr als 1,6 Millionen Menschen unter einer völkerrechtswidrigen Abriegelung des Gazastreifens. Mehr als die Hälfte hiervon sind Kinder.***
Wir, die Unterzeichnenden fordern mit einer Stimme: Beendet die Abriegelung jetzt."

Die Abriegelung des Gazastreifens und seine Trennung von der Westbank und Ostjerusalem ist Teil einer israelischen Politik der Fragmentierung der palästinensischen Gebiete, sagt Tsafrir Cohen, Nahostreferent der Frankfurter Hilfs- und Menschenrechtsorganisation: "*Will die Bundesregierung am Ziel einer Zweistaatenlösung festhalten, muss sie massiven Druck auf Israel ausüben die Abriegelung aufzuheben. Ansonsten droht die Zersplitterung der Palästinensergebiete unumkehrbar zu werden.*"
Der Aufruf wurde u.a. von Amnesty International ,IKV Pax Christi , Oxfam , Terre des Hommes, UNICEF, UNESCO, UNRWA, Weltgesundheitsorganisation unterschrieben.

Über die Situation in Gaza: S. auch:
Bericht der UN-Organisation für die besetzten Gebiete:
http://www.ochaopt.org/gazablockade/

http://www.medico.de/themen/menschenrechte/nahost/dokumente/einige-irrtuemer-zu-gaza-und-die-lebenswirklichkeit-in-einem-abgeriegelten-streifen/4235/

Medico international: Israel zerstört Solar-und Windanlagen

Israel will erneut von Deutschland finanzierte humanitäre Projekte im Westjordanland abreißen

Pressemitteilung, 19.06.2012
Erneut haben israelische Behörden Abrissverfügungen für humanitäre Projekte im Westjordanland erteilt. Betroffen sind diesmal **Solar- und Windanlagen,** welche die Frankfurter Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international in Zusammenarbeit mit der israelischen Organisation Comet-ME in dem palästinensischen **Dorf Tuba** errichtete. Finanziert werden die Projekte aus Spendengeldern und mit finanzieller Unterstützung des Deutschen Auswärtigen Amts.

Rund 1.500 Palästinenser sind von der dezentralen, regenerativen Energieversorgung abhängig, da die israelische Administration ihnen den Anschluss an die bestehenden Wasser- und Stromleitungen in den sog. C-Gebieten, entgegen dem Humanitären Völkerrecht, verweigert. *"Die israelischen Behörden fördern dort zwar den Siedlungsbau mit großzügigen Subventionen, genehmigen Palästinensern aber keinerlei Baumaßnahmen in ihren Dörfern*", kritisiert medico-Nahostreferent Tsafrir Cohen. "*Der drohenden Abriss ist Ausdruck einer Politik der gezielten Rückentwicklung. Die israelische Administration macht der palästinensischen Bevölkerung das Leben in den C-Gebieten unmöglich.Sie sollen so in die dichtgedrängten städtischen Enklaven Ramallah oder Hebron verdrängt werden.*"
Aber ohne den ländlichen Raum der C-Gebiete – immerhin 60 Prozent der Westbank – ist kein lebensfähiger palästinensischer Staat möglich. Darin sind sich ebenfalls Bundesregierung, EU, UN und Weltbank einig. Deshalb sorgten Abrissverfügungen für ähnliche Projekte von medico international und Comet-ME Anfang 2012 für internationale Proteste. Mit der Fortsetzung der Abrissprozedur, so Cohen, erteilt die israelische Politik einer Zweistaatenlösung weiter faktisch eine Absage.

http://www.medico.de/presse/pressemitteilungen/israel-will-erneut-von-deutschland-finanzierte-humanitaere-projekte-im-westjordanland-abreissen/4236/

Weitere Berichte:
http://www.medico.de/themen/vernetztes-handeln/blogs/paradoxe-hoffnung/2012/02/15/248/

http://www.medico.de/themen/krieg/nahost/dokumente/cgebiete/4167/#Gal

Pax Christi
"Besatzung schmeckt bitter"

Mit der bundesweiten Aktion "Besatzung schmeckt bitter" möchte die Nahostkommission von pax christi Verbraucher/innen darauf aufmerksam machen, dass Obst und Gemüse mit der Ursprungsangabe "Israel" vielfach aus völkerrechtswidrigen Siedlungen stammt.

Was kann ich tun?

- Fordern Sie mit uns die eindeutige Kennzeichnung von Waren, die aus israelischen Siedlungen stammen.

- Melden Sie Lebensmittel, deren Herkunft Ihnen unklar ist, über das bundesweite Webportal www.lebensmittelklarheit.de an die Verbraucherzentralen.

- Verzichten Sie - bis die Kennzeichnungspflicht erfüllt ist - auf Lebensmittel, die die unklare Ursprungsangabe "Israel" tragen, wenn es sich dabei um Siedlungsprodukte handeln könnte. Kaufen Sie nur Produkte, von denen Sie sicher wissen, dass sie aus Israel stammen.

Farbig bedruckte Obsttüten als "Hingucker" für den Dialog mit Einzelhändlern und für Aktionen vor Ort stellen wir Ihnen zusammen mit weiteren Aktionsmaterialien gern kostenlos zur Verfügung. Bitte schicken Sie Ihre Bestellung an sekretariat@paxchristi.de und geben Sie Ihre Adresse und die gewünschte Anzahl an:

pax christi Sekretariat
Mehr:
http://www.paxchristi.de/nahost.infos.2/nahost.infos.2.2.3/index.html
Kurzes Video:
http://www.katholisch1.tv/index.php/kath1/Startseite/Besatzung_schmeckt_bitter

Hungerstreik von palästinensischen Gefangenen

Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.: Presseerklärung

Berlin, 25. Juni, 2012

Am 14 Mai 2012 befanden sich c. 2000 palästinensische Gefangene im Hungerstreik. Sie kämpften gegen die inhumanen und gesetzwidrigen Bedingungen ihres Hafts, u.a. gegen die Administrativhaft, wobei sie ohne Anklage oder Prozess auf immer wieder verlängerten Fristen im Gefängnis gehalten werden, gegen die Isolierhaft, und dafür, daß sie Familienbesuch und adäquate medizinische Behandlung bekommen dürfen.

Am 14. Mai wurde ein Abkommen mit den israelischen Gefängnisbehörden getroffen, worauf die meisten Gefangenen wieder angefangen haben, Nahrung zu sich zu nehmen. Am 31. Mai starb Zuhair Lubada als Folge der Schäden, die seine Gesundheit durch den Streik erlitten hat. Einer der zwei, die weiter gehungert haben, war Mahmoud Sarsak, ein prominenter palästinensicher Fußballer, der als solcher viele internationale Unterstützung bekam. Als Folge des Versprechens, daß er am Ende seiner gegenwärtigen Administrativhaft am 10 Juli freigelassen wird, hat auch er am Montag wieder angefangen zu essen.

Am Donnerstag begann aber erneut Hassan Safadi einen Hungerstreik, den er am 14. Mai nach 71 Tagen aufgegeben hatte, weil das Versprechen, ihn aus dem Administrativhaft zu befreien, nicht eingehalten wurde. Als 'Strafe' dafür ist er jetzt in Isolationshaft.

Es ist zu befürchten, daß Ähnliches öfters der Fall sein wird.

Der Mangel an Interesse seitens der internationalen Presse trägt dazu bei, daß Israel Karte Blanche nimmt, aus eigenen Interessen Abkommen zu treffen, die sie nicht einhält.

Deshalb stehen wir weiter wöchentlich vor der israelischen Botschaft in Berlin, um gegen die Haft- und allgemeinen Lebensbedingungen der Palästinenser zu protestieren.

Weitere Informationen und Protestbrief zum Unterschreiben:
http://www.amnesty.org/en/library/asset/MDE15/035/2012/en/7829f26c-62ff-4f6f-9a25-d0d619edc82a/mde150352012en.html
Noam Chomsky: **Palestinian Hunger Strike a Protest Against "Violations of Elementary Human Rights"**
http://www.democracynow.org/2012/5/14/noam_chomsky_palestinian_hunger_strike_a

Praxis der Administrativhaft: „*Inhaftierung ohne Anklage, ohne Prozess, das Besuchsrecht massiv eingeschränkt: Administrativhaft ist laut eines heute veröffentlichten Berichts von Amnesty International immer noch gängige Praxis in Israel. Ende April saßen 308 Palästinenser in israelischen Gefängnissen in Administrativhaft - unter ihnen 24 Mitglieder des palästinensischen Legislativrates, Menschenrechtsverteidiger und Journalisten. Sie sind, ebenso wie viele andere palästinensische Gefangene in Israel, der Gefahr der Folter sowie grausamer und entwürdigender Behandlung während ihrer Gefangenschaft ausgesetzt - auch als Strafmaßnahme für Hungerstreiks oder andere Formen des Protests*." **http://www.amnesty.de/presse/2012**/6/6/amnesty-israel-muss-endlich-administrativhaft-fuer-palaestinenser-abschaffen?destination=node%2F2939
Ein anderer, etwas ausführlicherer Artikel über diese Praxis, auch mit Hinweis auf einen neuen Bericht:
http://www.amnesty-koeln-gruppe2415.de/

Astrid Schaffert: CINEMA JENIN

Am 28.6. kommt der Dokumentarfilm von Marcus Vetter CINEMA JENIN in die bundesdeutschen Kinos.
Es ist der dritte Dokumentarfilm des Regisseurs aus Jenin in der Westbank. Bei Dreharbeiten zu seinem zweiten Film, in dem er Ismail Khatib, den Vater eines elfjährigen Jungen, der im Flüchtlingslager durch die Israelis erschossen wurde, dazu interviewte, warum der die Organe seines Sohnes israelischen Kindern spendete, entstand die Idee, das alte Kino in Jenin wieder aufzubauen.
Zusammen mit dem Übersetzer Ismail stürzen sie sich in das Projekt, das, wir können es uns denken, nicht einfach zu realisieren ist.
CINEMA JENIN schildert in der Art eines persönlichen Tagebuchs das schwierige, aber schließlich erfolgreiche Ringen um das ungewöhnliche Projekt. (...)
Nachdem im August 2010 das Cinema Jenin eröffnet wurde, feierte der Film CINEMA JENIN am 5. April 2012, dort seine Premiere. (…)

„Freedomtheatre" in Jenin:
http://thefreedomtheatre.org/
http://www.freedombus.ps/
http://powerofculture.info/blog/tag/the-freedom-theatre

Friedenskonferenz zu Syrien und Iran

Sonntag, 8. Juli in Kassel

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen,
die dramatische Zuspitzung der Lage in Syrien und die anhaltenden Sanktioinen und Kriegsdrohungen gegen Iran veranlassen uns zu einer ganztägigen Friedenskonferenz am Sonntag, den 8. Juli in Kassel. Dieser "kleine Friedensratschlag" wird sich ausschließlich mit Iran und Syrien befassen und nach Wegen suchen, welche die Friedensbewegung einschlagen soll und kann. Es gibt viele offene Fragen, auf die wir nach Antworten suchen.
Auf der Tageskonferenz kommen Expertinnen und Experten zu Wort, die über die Lage in Iran und Syrien sowie über die Strategien der imperialen Mächte kompetent Auskunft geben können. Wir erwarten also gut fundierte lebhafte Diskussionen mit Ergebnissen, die die Friedensbewegung voran bringen.

Ort: Café Buch-Oase (Saal), Kassel, Germaniatsr. 14
Beginn: 10:30 Uhr Ende: 17:30 Uhr ; Einladung: http://www.ag-friedensforschung.de/bewegung/baf/konferenz2012.pdf

Referenten und Themen:

Dr. Erhard Crome, Berlin: Der Nahe und Mittlere Osten in den strategischen Überlegungen und Ambitionen von USA, EU/Deutschland und NATO - Stehen wir vor einer Neuordnung der "neuen Weltordnung"?

Prof. Dr. Mohssen Massarat, Osnabrück: Der Stand der Atomgespräche mit Iran: Worum geht es wirklich und was sind unsere Alternativen?

Prof. Dr. Karin Kulow, Berlin: Die Situation in Syrien und die Interventionsgefahr durch auswärtige Mächte. Unsere Alternativen

Peter Strutynski und Hans Georg Klee (Kassel und München): Arbeitsfelder, Kampagnen und Aktionsfähigkeit der Friedensbewegung: Iran und Syrien nicht eingeplant? Gemeinsame Positionen und Verabredungen

Drei Klimacamps in diesem Sommer:

Klimacamp München: 13.07. - 15.07.2012 in Attaching/Freising http://www.jbn.de/service/veranstaltungen/kalender/klimacamp/
Klimacamp im Rheinland: 3.-12. August 2012 in Manheim bei Köln http://www.klimacamp.ausgeco2hlt.de/
Klima- und Energiecamp Lausitz: 11.-19. August in Jänschwalde http://www.lausitzcamp.info/

Attac Sommerakademien

Österreich:

"Europa am Wendepunkt?! - solidarisch und demokratisch aus der Krise."

18. – 22. Juli 2012 / Schloss Goldegg (Salzburg)

*Wir beschäftigen uns mit den **Fragen**:*
Wo stehen wir in Europa?
Was propagieren die politischen/ wirtschaftlichen Eliten/Regierungen? Welche Alternativen sehen wir?
Welche Rolle haben die europäischen sozialen Bewegungen und Attac in der Eurokrise?
Ist das Projekt Europa gescheitert?
Wo stehen wir als europäische Völkergemeinschaft, was sind die Herausforderungen und – noch viel wichtiger – welche Lösungsstrategien sind möglich um ein Europa der Solidarität, globalen Fairness, sozialen Gerechtigkeit und demokratischen Mitbestimmung zu schaffen?

*Im Kern dieser Betrachtung der Herausforderungen und Lösungsansätze für Europa stehen **drei Seminarreihen:***
- Eurokrise I: Finanzmärkte/Staatsfinanzierung
- Eurokrise II: Wirtschaftsregierung/Fiskalpakt
- Ökologie und Klima

Neben Workshops, mehrtägigen Seminaren und international besetzten Plenarveranstaltungen wird es auch wieder ein inspirierendes Rahmenprogramm mit Live-Musik, Sport und Kultur sowie Raum zum gemütlichen Zusammensein und Diskutieren geben.
http://www.attac.at/events/sommerakademie/thema.html

Deutschland:

Sommerakademie 2012 - Teilhaben - Teil sein

1. bis 5. August 2012
Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz

Eine ganz andere Krisenpolitik, mehr Demokratie statt weniger, Sanierung der öffentlichen Haushalte durch Umverteilung statt Spardiktat, ein solidarisches Europa - diese Forderungen sind einige der Fixpunkte in der aktuellen Protestdynamik.
Und daran möchten wir auch mit unserer diesjährigen Sommerakademie anknüpfen:

Wir möchten möglichst viele Menschen motivieren, Teil der Bewegung zu sein und sich gemeinsam für Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum für alle stark zu machen.

*Entlang der **Themenblöcke***
Finanzmärkte entwaffnen
Reichtum umverteilen, anders wirtschaften
Demokratie erstreiten
Klimagerechtigkeit/ Ökologische Transformation und
Politisches Handwerkszeug

werden wir wieder jede Menge spannender Podien, Foren und Workshops stricken, und wie immer wird auch das kulturelle Rahmenprogramm nicht zu kurz kommen.

Wir freuen uns auf Euch!

http://www.attac.de/aktuell/soak/startseite/